



Eingaben im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit insgesamt 41 Partnerstaaten ab 2018/2019 [62]

5. Übrige [25]

- alliancefinance
- Alliance sud (2)
- Auslandschweizer-Organisation
- Bundesgericht
- Bundesverwaltungsgericht
- Centre Patronal
- Fédération des Entreprises Romandes
- Fondation Genève Place Financière
- Forum SRO (2)
- Interkantonaler Rückversicherungsverband
- Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz (2)
- Les Libéraux-Radicaux Genève
- Lindemann Rechtsanwälte
- privatim, die schweizerischen datenschutzbeauftragten
- Schweizerischer Versicherungsverband (2)
- Society of Trust and Estate Practitioners (2)
- Stiftung für Konsumentenschutz
- SwissHoldings
- Swiss Society of New Zealand
- Übernahmekommission
- Verband Schweizerischer Kantonalbanken (2)
- Verband Schweizerischer Vermögensverwalter (2)
- Verband der Auslandsbanken in der Schweiz
- Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken
- Vereinigung Schweizerischer Privatbanken

Vorab per E-Mail an
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bernhof
3003 Bern

Zollikon, den 15. März 2017

Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 (Vernehmlassungen vom 1.12.2016 und 2.2.2017)

Sehr geehrte Damen und Herren

In der **alliancefinance** haben sich unabhängige Vermögensverwalter, Finanzdienstleister, Treuhänder, Rechtsanwälte sowie verschiedene Branchenorganisationen aus der gesamten Schweiz zusammenschlossen. Hauptziel der Vereinigung ist das Engagement für einen attraktiven, selbstbewussten und wettbewerbsfähigen Finanz- und Wirtschaftsplatz Schweiz, für Rechtssicherheit und Stabilität.

Gerne nehmen wir nachfolgend zu den zwei Vernehmlassungsvorlagen vom 1. Dezember 2016 sowie vom 2. Februar 2017 Stellung. **In der vorliegenden Form befürworten wir die Einführung des AIA mit einigen Ländern, mit anderen Ländern (Argentinien, Brasilien, China, Kolumbien, Indien, Indonesien, Malaysia, Mexiko, Russland, Saudiarabien, Südafrika) lehnen wir die vorgeschlagene Lösung ab.**

I. Grundsätzliches

alliancefinance steht dem automatischen Informationsaustausch grundsätzlich kritisch gegenüber. Die Schweiz ist aus steuerlichen Gründen am AIA mit vielen der vorgeschlagenen Ländern kaum interessiert. Dagegen haben verschiedene Länder ein Interesse, mit der Schweiz den AIA einzuführen. Für die Schweiz kann das einzige Motiv zur weiteren Verbreitung des AIA sein, die Interessen der eigenen Wirtschaft und der eigenen Bürger zu wahren und zu stärken. Dies bedeutet vor allem, dass die Interessen der Bankkunden in der Schweiz und der Schweizer Bürger im Ausland gewahrt werden.

Bei gewissen Ländern, bei denen **alliancefinance** den AIA grundsätzlich ablehnt, wäre als Alternative zum Vorschlag des Bundesrates allenfalls das einfachere „Modell 1“¹ vertretbar.

¹ Siehe dazu erläuternder Bericht vom 14. Januar 2015 zur multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten und zu einem Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen, S. 8.

II. Beurteilungskriterien

Aus Sicht des Finanzplatzes Schweiz müssen die Länder, mit denen ein AIA vereinbart wird, folgende Kriterien erfüllen:

1. Faire Möglichkeiten zur Regularisierung der Vergangenheit für bestehende Bankkunden nach Abschluss der Vereinbarung.
2. Gewährleistung der Gleichstellung der Schweiz mit anderen Ländern, insbesondere mit solchen mit starken Finanzplätzen.
3. Bestehen eines substantiellen Marktpotentials für die Schweizer Wirtschaft.
4. Gleichzeitig mit der Einführung des AIA muss ein freier oder wenigstens verbesserter Marktzugang für Schweizer Finanzdienstleister zum inländischen Markt des Vertragspartners verbunden sein. Auch in diesem Zusammenhang muss mindestens die Gleichstellung mit konkurrierenden Finanzplätzen sichergestellt sein.
5. Gewährleistung der vom Bundesrat festgelegten Kriterien von Reziprozität, Datenschutz, Spezialitätenprinzip und Gleichbehandlung bei der Kundenidentifikation. Diese bundesrätlichen Kriterien setzen einen funktionierenden und korruptionsfreien Rechtsstaat voraus.
6. Reziprozität: Die Schweiz soll den Vertragspartnern die Informationen nur liefern, wenn diese ihrerseits die gleichen Informationen liefern können und auch tatsächlich liefern.

III. Beurteilung der Abkommen

1. Im Hinblick auf die oben aufgeführten zentralen Kriterien erfüllen folgende Länder das Kriterium „**korruptionsfreier Rechtsstaat**“ (Kriterium 5) sicher nicht, da sie als hochgradig korrupt gelten. Dies sind Länder, die im Corruption Perceptions Index 2016² von Transparency International nicht mindestens den Wert von 50 Punkten erreichen (maximal 100, minimal 10). Transparency International beschreibt solche Länder wie folgt: “The lower-ranked countries in our index are plagued by untrustworthy and badly functioning public institutions like the police and judiciary.” Wenn die Schweiz (im Ranking auf Platz 5 mit 86 Punkten) mit solchen Ländern AIA-Verträge abschliesst, dann ist das Risiko hoch, dass nicht die Länder, sondern deren korrupte Beamten Nutzen aus den Informationen ziehen - zum Schaden der Bankkunden.

Alphabetische Liste der korrupten Ländern (in Klammer Index 2016): Argentinien (36), Brasilien (40), China (40), Kolumbien (37), Indien (40), Indonesien (37), Malaysia (49), Mexiko (30), Russland (29), Saudiarabien (46), Südafrika (45).

2. **Reziprozität:** Die Erstellung und die Konsolidierung der Informationen nach dem offiziellen AIA-Standard ist eine administrativ und EDV-technisch sehr anspruchsvolle Arbeit. Wir bezweifeln, dass die Mehrzahl der vorgeschlagenen Länder überhaupt in der Lage ist – selbst wenn sie dies wollten – diese Informationen aufzubereiten und der Schweiz zu übergeben. Aus Gründen der Reziprozität darf die Schweiz mit solchen Ländern den AIA nicht durchführen bzw. muss ihn bei Nichteinhaltung durch die Gegenseite abbrechen.

² <http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016#table>, zuletzt besucht am 13. März 2017.

3. Eine Abschwächung der Problematik der Korruption und eine Lösung der mangelnden Reziprozität könnten sein, mit den entsprechenden Ländern nicht den offiziellen Standard zu vereinbaren. Stattdessen sollte eine einfachere Lösung gewählt werden, bei der lediglich die Kunden-, Konten- und Depotstammdaten ausgetauscht würden, ohne die Angabe von Beträgen (Vermögen, Erträge etc.).
4. Die AIA-Abkommen betreffen nicht nur die ausländischen Kunden schweizerischer Banken, sondern auch im Ausland lebende Schweizer, die in der Schweiz Bankkonten unterhalten. Diese Auslandschweizer sind infolge des AIA vermehrt mit dem Problem konfrontiert, dass sich Schweizer Institute aus Risiko- und Rentabilitätsüberlegungen weigern, für sie Konten und Depots zu führen. Als begleitende Massnahme muss der Bundesrat sicherstellen, dass mindestens die staatlichen Finanzinstitute (Postfinance, Kantonalbanken) und solche der Kategorie „Too Big To Fail“ verpflichtet sind, für Auslandschweizer Konten, Depots und Kredite zu führen.

Wir bedanken uns für die entgegengebrachte Aufmerksamkeit und die Berücksichtigung unserer Anliegen und Positionen.

Mit freundlichen Grüssen

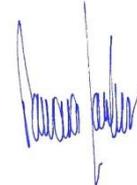
alliancefinance



Dr. Arthur Loepfe
Präsident



Prof. Dr. Hans Geiger
Vorstandsmitglied



lic. iur. Tamara Lauber
Geschäftsführerin

Eidgenössisches Finanzdepartment EFD
Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Mail: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 14. März 2017

Stellungnahme zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer Serie von weiteren Staaten und Territorien ab 2018/2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung vom 1. Dezember 2016, uns an der Vernehmlassung zur Ausweitung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) auf eine erste Serie weiterer Partnerstaaten und -territorien zu beteiligen. Alliance Sud, die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks, engagiert sich in der Schweiz für eine transparente und entwicklungspolitisch kohärente Steuerausienpolitik. Auf der internationalen Ebene setzen wir uns im Verbund mit zahlreichen Netzwerkpartnern für dasselbe Ziel ein.

Alliance Sud begrüsst die geplante Einführung des AIA mit weiteren Partnerländern sehr. Wir teilen auch ausdrücklich die Einschätzung des Bundesrates, dass bei den vorgeschlagenen Staaten und Territorien geeignete Voraussetzungen in Sachen Vertraulichkeit und Datenschutz bestehen. Im Grundsatz wird Alliance Sud auch die nochmals weitere Ausdehnung des AIA auf zusätzliche Partnerländer, zu der eine parallele Vernehmlassung (eröffnet am 2.2.2017) läuft, positiv beurteilen.

Wir halten jedoch kritisch fest, dass es sich bei den vorgeschlagenen Partnerländern ausschliesslich um Industrie-, Schwellen- und fortgeschrittene Entwicklungsländer mit einem vergleichsweise hohen Einkommen handelt. Ärmere Entwicklungsländer fehlen noch immer unter den AIA-Partnern der Schweiz. Wir legen dem Bundesrat deshalb nahe, den AIA möglichst rasch und proaktiv allen Ländern anzubieten, die sich dafür interessieren, insbesondere allen Unterzeichnerstaaten des relevanten MCAA (Multilateral Competent Authority Agreement).

Wie Alliance Sud bereits in den Vernehmlassungsantworten zum Bundesgesetz und den Ausführungsbestimmungen zum AIA (AIAG bzw. AIAV) hervorgehoben hat, entgehen den Entwicklungsländern durch die Steuerflucht ins Ausland jedes Jahr Milliardenbeträge, die sie sonst zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit für die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und die Klimafinanzierung nutzen könnten. Der AIA wird hier Abhilfe schaffen. Im Gegensatz zur erweiterten Amtshilfe setzt er keinen begründeten Verdacht auf Steuerhinterziehung

voraus, sondern ermöglicht einen solchen Verdacht erst. Im Sinne der entwicklungspolitischen Kohärenz ist darum unabdingbar, dass der AIA nicht auf einflussreiche OECD-Staaten, G20-Mitglieder oder europäische Territorien beschränkt bleibt.

Mit freundlichen Grüßen,

Alliance Sud

A handwritten signature in grey ink, appearing to read 'DG', with a long horizontal flourish extending to the right.

Dominik Gross

Fachverantwortlicher Internationale Steuer- und Finanzpolitik

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Mail: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 12. April 2017

Stellungnahme zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung vom 2. Februar 2017, uns an der Vernehmlassung zur Ausweitung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) auf zusätzliche Partnerstaaten und -territorien der AIA-Vereinbarung zu beteiligen. Alliance Sud, die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks, setzt sich in der Schweiz für eine transparente und entwicklungspolitisch kohärente Steuerausienpolitik ein. Auf der internationalen Ebene verfolgen wir im Verbund mit zahlreichen Netzwerkpartnern dasselbe Ziel.

Wir begrüssen den geplanten Einschluss zusätzlicher Partnerländer ins AIA-Netzwerk der Schweiz und befürworten insbesondere den Einschluss verschiedener Schwellenländer. Den betreffenden Staaten würden sonst durch die Steuerflucht ins Ausland weiterhin Einnahmen verloren gehen, die ihnen nicht nur zustehen, sondern auch weitere Entwicklungsfortschritte ermöglichen sollen.

Gleichzeitig nehmen wir zur Kenntnis, dass die geplante Ausdehnung des AIA auch die einflussreichen G20-Staaten China, Russland und Saudi Arabien betreffen soll. Es handelt sich dabei um Länder mit grossen Mängeln in Sachen Rechtsstaatlichkeit. Alle drei werden von der Menschenrechtsorganisation Freedom House mit Blick auf politische und zivile Rechte als absolut ungenügend («not free») eingestuft.

In diesem Zusammenhang möchten wir daran erinnern, dass ein fehlender Informationsaustausch weniger dem Schutz rechtschaffener Menschen vor Übergriffen durch erpresserische Staatsapparate dient, sondern eher Steuerhinterzieher schützt, die ihrem Heimatland wichtige Finanzmittel für die Bildung, die Gesundheitsversorgung oder Verkehrsinfrastruktur entziehen, um dann trotzdem von diesen Gemeingütern zu profitieren. In der Regel handelt es sich dabei um Angehörige der wirtschaftlichen Elite, deren Reichtum auch ohne das Wissen um ein Konto in der Schweiz offensichtlich ist. Für staatliche Übergriffe ist der AIA hier kaum relevant.

In diesem Sinne begrüssen wir im Grundsatz auch die geplante Ausdehnung des AIA auf Länder wie China, Russland und Saudi Arabien. Wir unterstützen in diesen Fällen jedoch auch das Vorhaben des

Bundesrates, den gegenseitigen AIA in diesen Fällen erst dann zu aktivieren, wenn die vom Global Forum verlangten Standards in Sachen Vertraulichkeit und Datensicherheit erfüllt sind bzw. das Global Forum die geforderten Verbesserungen validiert hat.

Zu kritisieren ist, dass die geplante Ausdehnung des AIA keineswegs alle Länder umfasst, welche die multilaterale AIA-Vereinbarung (Multilateral Competent Authority Agreement, MCAA) unterzeichnet haben. Ghana zum Beispiel, das vom Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) mit Geldern aus dem Entwicklungsbudget bei der Erhöhung seiner Steuereinnahmen unterstützt wird, fehlt auf der Kandidatenliste für den AIA. Warum das so ist, geht aus den Vernehmlassungsunterlagen nicht hervor. Wir legen dem Bundesrat nahe, den AIA möglichst rasch und proaktiv allen Ländern anzubieten, die sich dafür interessieren, insbesondere allen Unterzeichnerstaaten des MCAA.

Mit freundlichen Grüßen,

Alliance Sud

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'DG', with a long horizontal flourish extending to the right.

Dominik Gross

Fachverantwortlicher Internationale Steuer- und Finanzpolitik



Auslandschweizer-Organisation
Organisation des Suisses de l'étranger
Organizzazione degli Svizzeri all'estero
Organisaziun dals Svizzers a l'ester
Alpenstrasse 26
CH – 3006 Bern
Tel. +41(0)31 356 61 00
Fax +41(0)31 356 61 01
www.aso.ch, info@aso.ch

Berne, le 16 mars 2017

Arrêtés fédéraux concernant l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec une nouvelle série d'états et de territoires dès 2018/2019 – Position de l'Organisation des Suisses de l'étranger

L'Organisation des Suisses de l'étranger (OSE) est une fondation de droit privé qui défend les intérêts des 775'000 Suisses vivant hors des frontières nationales.

L'OSE salue l'échange automatique d'informations et les conventions signés en ce sens qui constituent un pas important vers la transparence.

Nous souhaitons cependant attirer l'attention sur la situation particulière des Suisses de Nouvelle-Zélande qui ont cotisé à l'AVS/AI avant d'émigrer en Nouvelle-Zélande et qui ont ainsi versé obligatoirement des cotisations en vue d'une rente suisse. À leur arrivée en Nouvelle-Zélande, ces personnes financent le régime de retraite néo-zélandais à travers les impôts qu'elles paient. Cependant, le système néozélandais de retraite (« superannuation ») est tel, qu'arrivée à l'âge de la retraite, une personne percevant une rente suisse, voit son droit à la retraite néo-zélandaise réduit d'autant. Cela revient pratiquement à considérer que les années cotisées en Suisse l'ont été à perte. En effet, ces personnes ont contribué à deux systèmes de retraite, le système suisse et le système néo-zélandais mais n'ont droit, au final, qu'à une partie des prestations pour lesquelles elles ont cotisé.

Comme mentionné dans le rapport explicatif relatif à la procédure de consultation, ce problème est connu et sa résolution réside dans la conclusion d'une convention de sécurité sociale entre ces deux pays.

L'OSE approuve le principe de l'échange automatique d'informations et la conclusion de conventions dans ce but. Elle estime, dans le cas de la Nouvelle-Zélande, que la conclusion d'une convention de sécurité sociale au plus vite doit constituer une priorité.

En vous remerciant de l'attention portée à la position de l'Organisation des Suisses de l'étranger, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

Sarah Mastantuoni
Directrice

Ariane Rustichelli
Directrice

Bundesgericht
Tribunal fédéral
Tribunale federale
Tribunal federal

GS / EFD
✚ - 9. Jan. 2017 ✚
Reg.-Nr.



Der Generalsekretär
CH - 1000 Lausanne 14
Tél. 021 318 91 02
Fäx 021 323 37 00
Korrespondenznummer 10.9

An den Vorsteher des
Eidg. Finanzdepartements EFD
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Bundesgasse 3
3003 Bern

vorab per E-Mail an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Lausanne, 5. Januar 2017/ave

**Vernehmlassungsverfahren: Einführung des automatischen
Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten
und Territorien ab 2018/2019**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sie haben das Bundesgericht eingeladen, im Rahmen des oben erwähnten Vernehmlassungsverfahrens bis zum 15. März 2017 Stellung zu nehmen; dafür danken wir Ihnen bestens.

Wir teilen Ihnen mit, dass das Bundesgericht auf eine Vernehmlassung verzichtet.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, den Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochschätzung.

Freundliche Grüsse

Dr. iur. Paul Tschümperlin

Kopie (per E-Mail)
- Bundesverwaltungsgericht



Der Präsident / Die Präsidentenkonferenz

Postfach, 9023 St. Gallen
Telefon +41 58 70 52626
Registratur-Nummer: 024.1

A-Post

Eidgenössisches Finanzdepartement
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Bundesgasse 3
3003 Bern

PDF- und Word-Version per E-Mail an:

vernehmlassungen@sif.admin.ch

St. Gallen, 15. Februar 2017 / rac

**Vernehmlassung: Einführung des automatischen Informationsaustauschs über
Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Für Ihre Einladung vom 1. Dezember 2016 zur Stellungnahme im oben erwähnten Vernehmlassungsverfahren danken wir Ihnen bestens. Wir haben den Entwurf mit Interesse zur Kenntnis genommen.

In der vorliegenden Angelegenheit verzichtet das Bundesverwaltungsgericht auf eine Stellungnahme. Wir bitten Sie, bei der Auswertung der Vernehmlassung die Antwort des Bundesverwaltungsgerichts als Enthaltung und nicht als Zustimmung auszuweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Präsident des
Bundesverwaltungsgerichts

Der Vorsitzende der
Präsidentenkonferenz

Jean-Luc Baechler

Vito Valenti

Kopie an:

- Bundesgericht
- Bundesstrafgericht
- Bundespatentgericht



Monsieur le Conseiller fédéral Ueli Maurer
Chef du Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Paudex, le 2 mars 2017
SHR/sul

Consultation fédérale – Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec une nouvelle série d'États et de territoires à partir de 2018/2019

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous vous remercions d'avoir bien voulu nous consulter sur l'objet cité en titre et vous communiquons ci-après notre prise de position.

Nous nous borderons à apprécier le projet dans son ensemble et à émettre quelques remarques d'ordre général et vous renvoyons pour les questions techniques à l'avis exprimé par les branches professionnelles concernées.

I. Considération générale

Depuis 2013, le groupe du G20 a décidé d'intensifier la lutte contre la soustraction d'impôts, et de remplacer le standard international de l'échange à la demande par la norme EAR – l'échange automatique de renseignements. La Suisse et sa place financière n'ont eu d'autre choix que de suivre la tendance et de reprendre la norme EAR même si ce modèle n'est pas parfait et coûtera cher aux banques. En vue de l'introduction de la norme EAR, l'Assemblée fédérale a adopté, le 18 décembre 2015, la convention multilatérale concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale ainsi que l'accord multilatéral entre autorités compétentes en matière d'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers en matière fiscale (MCAA) qui codifie les principes de l'échange automatique de renseignements (EAR).

A ce jour, 101 États se sont engagés à mettre en œuvre cette norme internationale, dont des concurrents de la Suisse, tels Londres, Hong Kong et Singapour. La ratification de l'accord MCAA ne crée aucune obligation et le choix des pays auxquels la Suisse appliquera l'échange automatique de renseignements est capital, tout comme la nécessité d'agir en coordination avec les autres places financières importantes, notamment Londres, New York, Hong Kong et Singapour. Ainsi, l'échange automatique ne peut entrer en ligne de compte qu'à condition que les grandes places financières s'engagent dans le même sens et pratiquent réellement l'échange, sans exception pour les trusts ou les sociétés de domicile. Il ne serait en effet pas logique que la Suisse pratique l'échange automatique d'informations avec un pays si les autres places financières ne font pas de même (*same level playing field*).

La Suisse est déjà bien engagée dans le processus qui doit la mener à reprendre certains standards internationaux en matière de fiscalité ainsi qu'en ce qui concerne l'échange de renseignements. L'EAR est ainsi entré en vigueur au début de l'année 2017 avec les 28 États de l'Union européenne plus Gibraltar.

Cela étant, nous nous permettons de relever que, comme le soulignait un avis de droit du Professeur René Matteotti, une attention particulière doit être accordée à la sécurité juridique lors de la mise en œuvre de l'EAR. La Suisse doit ainsi vérifier que l'EAR n'intervient qu'avec les États partenaires qui satisfont aux standards minimaux en matière de protection des données à la hauteur des exigences du droit constitutionnel suisse. Si un État ne garantit pas ces minimas, la Suisse devra alors mettre fin à l'EAR avec cet État.

II. Remarques particulières concernant les arrêtés fédéraux mis en consultation

Le présent projet vise à présenter à l'Assemblée fédérale les projets d'arrêtés fédéraux relatifs à l'introduction de l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (EAR) avec l'Argentine, le Brésil, l'Inde, le Mexique, l'Afrique du Sud, le Chili, Israël, la Nouvelle-Zélande, Andorre, les Îles Féroé, le Groenland, Monaco, Saint-Marin, la Barbade, les Bermudes, les Îles Vierges britanniques, les Îles Caïman, Maurice, les Seychelles, les Îles Turques-et-Caïques et l'Uruguay.

La Suisse s'est engagée à adopter le standard de l'OCDE sur l'échange automatique de renseignements en matière fiscale à partir de 2017, à l'instar d'une centaine d'États. Cet engagement doit être tenu et nous soutenons l'approbation de nouveaux arrêtés fédéraux qui autorisent le gouvernement à rajouter des pays à la liste des États partenaires de la Suisse. Cette autorisation accordée par le Parlement au gouvernement ne doit toutefois pas constituer un blanc-seing et il est nécessaire que des vérifications soient effectuées avant d'envoyer des données à nos partenaires, d'une part parce qu'entre le moment où la protection des données a été vérifiée dans un pays et celui où il en reçoit effectivement de la Suisse il se sera écoulé deux ou trois ans ; d'autre part parce que le standard de l'OCDE repose sur l'assistance administrative mutuelle, et il ne ferait aucun sens que la Suisse soit la seule à envoyer des renseignements à un pays. Cela étant, nous suggérons, à l'instar de l'Association de Banques Privées Suisses, que le Parlement ratifie ces arrêtés fédéraux et les complète par une clause qui oblige le gouvernement à vérifier une dernière fois, avant d'activer l'EAR avec un pays donné, si celui-ci n'a pas violé les règles de confidentialité lors de son assistance administrative avec d'autres pays. Par ailleurs, le gouvernement devra aussi vérifier si d'autres places financières internationales pertinentes ont aussi activé ou permis d'octroyer l'EAR à ce pays. Il ne serait en effet pas logique, comme nous l'avons déjà affirmé plus haut, que la Suisse pratique l'échange automatique d'informations avec un pays si les autres places financières ne font pas de même (*same level playing field*).

Par ailleurs, force est de constater que la Suisse n'a obtenu aucune contrepartie de la part de ces pays alors que l'amélioration de l'accès au marché devrait être impérativement inclus dans les négociations sur l'échange automatique. Or, la Suisse s'est contentée de discussions et de vagues promesses, ce qui n'est pas suffisant. Le Conseil fédéral doit œuvrer pour obtenir le meilleur accès au marché possible, notamment quand une déclaration conjointe à cet effet est signée.

S'agissant de l'entrée en vigueur de l'échange automatique de renseignements avec ces nouveaux pays, il nous paraît que l'EAR devrait toujours commencer au 1^{er} janvier, et non en cours d'année, pour des raisons pratiques évidentes et pour ne pas compliquer le travail des banques. Enfin, nous rappelons que l'exception accordée aux États-Unis et l'application inégale des règles sur l'identification des clients résultant de FATCA sont deux points faibles, mais la Suisse a néanmoins intérêt à adopter l'EAR. Sinon, elle se retrouvera très vite sous le feu de la critique internationale, certains pays brandissant la menace de listes grises ou noires, voire de sanctions. Cela étant, il nous paraît que la pression devrait être intensifiée sur les États-Unis afin que ces derniers remplacent leur loi FATCA par le standard de l'OCDE, ceci afin de respecter également le principe du *same level playing field*.

Au vu de ce qui précède, nous ne sommes pas opposés à l'approbation de ces nouveaux accords pour autant que le gouvernement s'engage à vérifier, avant d'activer l'EAR avec un pays donné, que celui-ci respecte les règles de confidentialité lors de l'assistance administrative et que les autres places internationales pertinentes ont aussi activé ou promis d'octroyer l'EAR à ce pays. Le Conseil fédéral doit aussi s'engager à ouvrir des discussions concrètes pour l'amélioration de l'accès aux marchés de ces pays.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Centre Patronal



Sandrine Hanhardt Redondo



Secrétariat général

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Département fédéral des finances
Monsieur le Conseiller fédéral
Ueli Maurer
Bundesgasse 3
3003 Berne

Genève, le 11 avril 2017
FER No 09-2017

Consultation fédérale sur l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec d'autres Etats et territoires signataires de l'Accord EAR à partir de 2018/2019

Monsieur le Conseiller fédéral, Cher Monsieur,

En date du 1^{er} février 2017, le Conseil fédéral a mandaté le département fédéral des finances afin de mener une procédure de consultation sur l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec des Etats et territoires signataires supplémentaires de l'accord multilatéral entre autorités compétentes concernant l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (MCAA ou Accord EAR) à partir de 2018/2019.

1. Contexte de l'échange automatique de renseignements à de nouveaux Etats ou territoires signataires de l'accord MCAA

En date du 18 décembre 2015, l'Assemblée fédérale a adopté la convention multilatérale concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale ainsi que l'accord multilatéral entre autorités compétentes en matière d'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers en matière fiscale (MCAA) qui codifie les principes de l'échange automatique de renseignements (EAR).

A l'heure actuelle, la Suisse s'est engagée à pratiquer l'EAR avec 38 Etats et Territoires à compter de 2018.

En date du 1^{er} décembre 2016, le département fédéral des finances a ouvert une procédure de consultation concernant le projet d'introduction de l'EAR avec 21 Etats et Territoires à partir de 2018/2019 et a complété cette liste, le 2 février 2017, avec l'extension de l'EAR à 20 nouveaux Etats et Territoires à partir de 2018/2019.

Tant l'OCDE que le forum mondial sur la transparence et l'échange de renseignements à des fins fiscales ainsi que le G20 comptent sur la mise en œuvre complète de l'EAR par tous les pays qui s'y sont engagés d'ici à 2017 au plus tard (pour un premier échange de données en 2018).

Les 101 Etats qui se sont engagés à mettre en œuvre cette norme internationale disposent ainsi d'une marge de manœuvre réduite et, dans ce contexte, la Suisse doit s'assurer de respecter son engagement d'introduire l'échange automatique de renseignements avec de nouveaux Etats partenaires dans des délais raisonnables afin de renforcer la réputation et l'intégrité de sa place financière, sa compétitivité à l'échelle internationale et de ne pas subir de pressions internationales.

La Fédération des Entreprises Romandes soutient la mise en œuvre en Suisse de standards internationaux, en particulier avec ses principaux partenaires commerciaux que sont les pays membres de l'UE, de l'OCDE et du G20. Toutefois, la mise en œuvre de l'échange automatique de renseignements avec les pays concernés devra se faire dans le respect de la réciprocité, de la confidentialité des données et de la nécessité d'améliorer l'accès au marché dans les Etats auxquels la Suisse accordera l'EAR. Le respect de ces trois principes permettra de garantir la compétitivité et l'attractivité de notre place économique et, en particulier, de notre place financière en comparaison avec nos principaux concurrents que sont notamment Londres, New York, Hong Kong et Singapour.

2. La réciprocité

Afin de garantir l'égalité de traitement entre les différentes places financières internationales, l'échange automatique pourra entrer en ligne de compte qu'à condition que l'ensemble des autres places financières d'importance s'engagent également à mettre en œuvre l'échange automatique de renseignements, d'une façon équivalente à celle qui sera mise en pratique par la Suisse. Il conviendra donc que les arrêtés fédéraux relatifs à la mise en œuvre de l'EAR avec les pays concernés contiennent une clause qui permette à la Suisse de vérifier si d'autres places financières internationales, d'importance comparable à notre pays, pratiquent également l'échange automatique de renseignements avec le pays concerné par la mise en œuvre d'un EAR avec la Suisse. Il ne serait en effet pas acceptable que la Suisse pratique l'échange automatique d'information avec un Etat si les autres places financières ne font pas de même (*same level playing field*).

Il convient également de souligner, à ce stade, l'avantage compétitif dont bénéficie les intermédiaires financiers américains, puisque les Etats-Unis ont décidé de ne pas appliquer le standard de l'OCDE mais leur propre système, dénommé Loi FATCA, qui prévoit une réciprocité limitée en matière d'échange automatique de renseignements.

3. Protection des données avant de procéder à l'échange automatique de renseignements

Il incombe au Conseil fédéral de s'assurer, préalablement à l'envoi d'informations, que l'Etat récipiendaire ne s'est pas livré à une utilisation abusive de renseignements obtenus dans le cadre de l'EAR avec d'autres pays.

La Fédération des Entreprises Romandes recommande ainsi que les arrêtés fédéraux soient complétés par une clause qui oblige le Conseil fédéral à vérifier, une dernière fois, avant l'envoi de données au pays concerné que celui-ci n'a pas violé les règles de protection des données et de confidentialité lors de son assistance administrative avec d'autres Etats.

4. Accès aux marchés

La Fédération des Entreprises Romandes souhaiterait que la mise en œuvre des EAR avec les différents Etats et territoires concernés permette d'améliorer l'accès à ces marchés pour les entreprises suisses. Il est en effet important que les entreprises suisses, et en particulier les intermédiaires financiers helvétiques, puissent bénéficier d'un véritable accès aux marchés concernés afin de pouvoir offrir leurs prestations de services aux domiciles de leurs clients.

La Fédération des Entreprises Romandes recommande vivement que des discussions et des mesures relatives à l'accès aux marchés puissent être entreprises en parallèle des négociations des EAR avec les Etats concernés.

5. Conclusion

La Fédération des Entreprises Romandes soutient le projet d'extension de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec de nouveaux Etats et Territoires pour autant que l'égalité de traitement entre places financières concurrentes puisse être garantie et que la confidentialité des données transmises puisse être garantie. De même, notre Fédération recommande vivement que les discussions concrètes soient entreprises pour améliorer l'accès aux marchés dans les Etats auxquels la Suisse accordera l'échange automatique de renseignements.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, cher Monsieur, à l'assurance de notre haute considération.



Blaise Matthey
Secrétaire général



Arnaud Bürgin
Secrétaire patronal, FER Genève

Par e-mail (vernehmlassungen@sif.admin.ch)
et par courrier

Monsieur Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Département fédéral des finances
Bernernhof
3003 Berne

Genève, le 9 mars 2017

Consultations sur l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec 41 nouveaux Etats et territoires

Monsieur le Conseiller fédéral

La Fondation Genève Place Financière (FGPF) souhaite prendre position dans le cadre des deux procédures de consultation ouvertes le 1^{er} décembre 2016 et le 2 février 2017 à propos de l'approbation des Arrêtés fédéraux concernant l'introduction de l'échange automatique de renseignements (EAR) relatifs aux comptes financiers avec 21 respectivement 20 nouveaux Etats et territoires signataires de l'Accord multilatéral entre autorités compétentes concernant l'EAR.

Bref rappel historique

En mai 2014, la Suisse a déclaré qu'elle entendait appliquer le standard élaboré par l'OCDE en matière d'échange automatique de renseignements fiscaux (EAR).

Depuis cette date, notre pays a tout mis en œuvre pour concrétiser cette volonté. Il a d'abord fallu adhérer aux différentes Conventions internationales établissant le cadre de cette collaboration puis adopter une Loi fédérale ad hoc.

Le travail législatif s'est poursuivi par le biais de la ratification d'un traité avec l'Union Européenne, entré en vigueur début 2017. En parallèle, la Confédération a mené des négociations bilatérales avec plusieurs Etats dans le but d'introduire l'EAR avec eux.

A l'issue de ces différentes démarches diplomatiques, la Suisse s'est engagée à pratiquer l'EAR avec 38 Etats et territoires à compter de 2018.

Au vu des éléments qui précèdent, la Fondation Genève Place Financière constate que, jusqu'à présent, notre pays a rempli ses engagements avec la diligence requise, en conformité avec les règles fixées par son processus démocratique.

Poursuivant sur cette voie, le Département fédéral des finances a lancé deux nouvelles salves de consultations, le 1er décembre 2016 et le 2 février 2017, portant sur l'introduction de l'EAR avec 21, respectivement 20 nouveaux Etats et territoires.



Parmi les pays concernés, on trouve en particulier l’Afrique du Sud, l’Argentine, le Mexique, la Colombie, l’Inde, la Chine et la Russie.

Sur le principe, la Fondation Genève Place financière un avis favorable au sujet de l’élargissement du champ de l’EAR, qui concernera, au-delà de l’UE, en particulier les pays membres de l’OCDE et du G20.

Toutefois, cette approbation ne doit pas être perçue comme un blanc-seing généralisé à destination du Gouvernement et du Parlement fédéral.

Les précautions à prendre

L’accès au marché

Dans l’examen des projets en question il conviendra de garder à l’esprit la nécessité d’améliorer l’accès au marché dans les Etats auxquels la Suisse accordera l’EAR. Il est en effet vital pour les intermédiaires financiers helvétiques de pouvoir offrir leurs prestations de services au domicile de leurs clients. A défaut, les risques de délocalisation de postes de travail ne sauraient être sous-estimés.

Pour l’heure, les déclarations communes signées avec plusieurs pays dans le cadre de négociations bilatérales contiennent une clause libellée de manière très vague. On évoque « l’intérêt d’aspirer à des allègements et à des améliorations des conditions cadre régissant les activités transfrontalières ». Il est grand temps de concrétiser ces bonnes intentions pour lever les obstacles aux activités transfrontalières.

L’égalité de traitement

On peut légitimement attendre du Gouvernement helvétique qu’il vérifie de manière rigoureuse, avant de transmettre une quelconque information à un Etat étranger à l’horizon 2019, que la Suisse ne fasse pas cavalier seul. Cela signifie en clair que les principales Places internationales concurrentes devront aussi adresser au pays en question les données requises. En l’absence d’une telle garantie, il tombe sous le sens que les clients choisiront les lieux les plus cléments.

Il faut donc que le Parlement inclue dans les Arrêtés fédéraux une clause d’activation prévoyant expressément le respect du principe évoqué ci-dessus.

Une parenthèse mérite d’être ouverte. En termes d’égalité de traitement, on relèvera que les Etats-Unis ont choisi de ne pas appliquer le standard de l’OCDE mais leur propre système, dénommé FATCA, qui prévoit une réciprocité limitée. Les intermédiaires financiers américains bénéficient dès lors d’un avantage compétitif non négligeable.

La confidentialité

Les mêmes précautions doivent être prises en lien avec le respect du principe de la confidentialité.

En 2019, il incombera au Conseil fédéral de s’assurer, préalablement à l’envoi d’informations, que l’Etat récipiendaire ne s’est pas livré à une utilisation abusive des renseignements obtenus d’autres pays. La

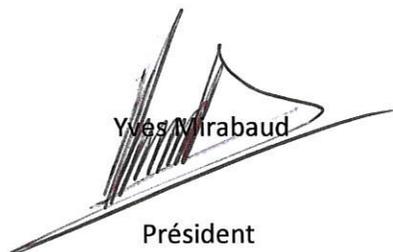


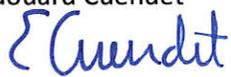
constatation d'une violation des règles de confidentialité devra conduire le Gouvernement helvétique à ne pas entamer le processus d'échanges de données.

Les Arrêtés ratifiés par les Chambres fédérales devront ainsi contenir une disposition spécifique prévoyant une activation de l'EAR sous réserve de ces vérifications.

Les risques inhérents à une entorse au principe de la confidentialité portant sur des informations aussi sensibles ne relèvent pas de la théorie. Dans certains pays, l'aspect fiscal est secondaire. Il en va surtout de l'intégrité physique, voire même de la vie, des clients fortunés.

Nous vous remercions par avance de l'attention que vous voudrez bien porter à la présente prise de position et vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre très haute considération.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Yves Mirabaud', written over a stylized graphic element that resembles a sail or a wing. The signature is slanted upwards to the right.
Yves Mirabaud
Président

Edouard Cuendet
A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Edouard Cuendet', written in a cursive style.
Directeur



FORUM SRO | OAR | OAD

Einschreiben / per E-Mail vorab

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Rechtsdienst Generalsekretariat
Bernerhof
3003 Bern

Zug, 24. Februar 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 2. Februar 2017, mit welchem Sie das Forum SRO zur Einreichung einer Stellungnahme zu oben genannter Angelegenheit eingeladen haben.

Das Forum SRO ist ein im Handelsregister des Kantons Zürich eingetragener Verein. Seine Mitglieder sind derzeit 10 Selbstregulierungsorganisationen (SRO) gemäss Geldwäschereigesetz, deren 9 ordentliche Mitglieder von der FINMA und ein assoziiertes Mitglied von der Eidgenössischen Spielbankenkommission beaufsichtigt werden. Zweck des Vereins ist es unter anderem, sich im Rahmen von Vernehmlassungen für die Belange der Mitglieder im Rahmen ihrer Tätigkeit als SRO einzusetzen. Für weitere Informationen steht Ihnen unsere Homepage www.forum-sro.ch zur Verfügung.

Da gestützt auf Art. 4 AIA-Verordnung Vermögensverwalter und Anlageberater als „nicht meldende Finanzinstitute“ nach Art. 3 Abs. 11 AIA-Gesetz gelten, sind Mitglieder der SRO von der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden vom 29. Oktober 2014 über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA-Vereinbarung) grundsätzlich nicht betroffen. Wir verzichten deshalb auf eine Stellungnahme. Ferner verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 21. April 2015 zum internationalen Informationsaustausch in Steuersachen.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Neese', written in a cursive style.

Dr. Martin Neese
Präsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'C. Kindler', written in a cursive style.

Caroline Kindler
Geschäftsführerin



Einschreiben / per E-Mail vorab

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Rechtsdienst Generalsekretariat
Bernernhof
3003 Bern

Zug, 24. Februar 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 2. Februar 2017, mit welchem Sie das Forum SRO zur Einreichung einer Stellungnahme zu oben genannter Angelegenheit eingeladen haben.

Das Forum SRO ist ein im Handelsregister des Kantons Zürich eingetragener Verein. Seine Mitglieder sind derzeit 10 Selbstregulierungsorganisationen (SRO) gemäss Geldwäschereigesetz, deren 9 ordentliche Mitglieder von der FINMA und ein assoziiertes Mitglied von der Eidgenössischen Spielbankenkommission beaufsichtigt werden. Zweck des Vereins ist es unter anderem, sich im Rahmen von Vernehmlassungen für die Belange der Mitglieder im Rahmen ihrer Tätigkeit als SRO einzusetzen. Für weitere Informationen steht Ihnen unsere Homepage www.forum-sro.ch zur Verfügung.

Da gestützt auf Art. 4 AIA-Verordnung Vermögensverwalter und Anlageberater als „nicht meldende Finanzinstitute“ nach Art. 3 Abs. 11 AIA-Gesetz gelten, sind Mitglieder der SRO von der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden vom 29. Oktober 2014 über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA-Vereinbarung) grundsätzlich nicht betroffen. Wir verzichten deshalb auf eine Stellungnahme. Ferner verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 21. April 2015 zum internationalen Informationsaustausch in Steuersachen.

Freundliche Grüsse



Dr. Martin Neese
Präsident



Caroline Kindler
Geschäftsführerin



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
CH-3003 Bern

Zuständig Otto Hubacher
Tel. Nr. +41 (0)31 320 22 69
E-Mail otto.hubacher@irv.ch

Bern, 7. März 2017

Stellungnahme zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/ 2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. Februar 2017 haben Sie den Interkantonalen Rückversicherungsverband (IRV) eingeladen, zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen, dass Sie uns in den Kreis der Anhörungsadressaten aufgenommen haben.

Der IRV ist das Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum der Kantonalen Gebäudeversicherungen (KGV) für Fragen und Aktivitäten im Bereich Rückversicherungen. Der IRV als öffentlich-rechtliche Körperschaft mit Geschäftsausrichtung innerhalb der Schweiz verfügt über keine vorliegend relevanten Anknüpfungspunkte zu Argentinien, Brasilien, Indien, Mexiko, Südafrika, Chile, Israel, Neuseeland, Andorra, die Faröer-Inseln, Grönland, Monaco, San Marino, Barbados, Bermuda, die Britischen Jungferninseln, die Cayman-Inseln, Mauritius, die Seychellen, die Turks- und Caicosinseln und Uruguay. Ebenso sind unsere Mitglieder, die KGV, allesamt öffentlich-rechtliche Unternehmen mit Haupttätigkeit in der Schweiz ohne uns bekannte Bezugspunkte zu den genannten Ländern.

Aus diesen Gründen enthalten wir uns einer Stellungnahme zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit diesen Ländern.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme und stehen Ihnen bei allfälligen Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Interkantonaler
Rückversicherungsverband



Roland Birrer
Vizedirektor/CFO



Otto Hubacher
Leiter Rechtsdienst



Poststrasse 25, 3071 Ostermundigen
Eidgenössisches Finanzdepartement

Adresse: Vernehmlassungen@sif.admin.ch

3071 Ostermundigen, 3. Februar 2017

Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die uns eingeräumte Möglichkeit, zum oben erwähnten Bundesbeschluss Stellung zu nehmen.

Nach Prüfung der zur Verfügung stehenden Unterlagen sind wir zum Schluss gelangt, dass das fragliche Vorhaben die Arbeit unserer Verbandsmitglieder nicht direkt berührt. Wir verzichten deshalb darauf, uns zum vorgelegten Entwurf zu äussern.

Für Ihre Kenntnisnahme und Ihr Verständnis danken wir Ihnen im Voraus bestens.

Mit freundlichen Grüssen

Konferenz der Betreibungs- und
Konkursbeamten der Schweiz

Gerhard Kuhn, Sekretär

Roger Schober, Präsident



Poststrasse 25, 3071 Ostermundigen
Eidgenössisches Finanzdepartement

Adresse: Vernehmlassungen@sif.admin.ch

3071 Ostermundigen, 9. Februar 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien des AIA-Abkommens ab 2018/2019; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Für die uns eingeräumte Möglichkeit, zum oben erwähnten Bundesbeschluss Stellung zu nehmen, danken wir Ihnen bestens.

Nach Durchsicht der einsehbaren Unterlagen sind wir der Ansicht, dass das fragliche Vorhaben sich nicht direkt auf die Arbeit unserer Verbandsmitglieder auswirkt. Wir verzichten deshalb darauf, uns zum vorgelegten Entwurf zu äussern.

Für Ihre Kenntnisnahme danken wir Ihnen im Voraus bestens.

Mit freundlichen Grüssen

Konferenz der Betreibungs- und
Konkursbeamten der Schweiz

Gerhard Kuhn, Sekretär

Roger Schober, Präsident

Dr. iur. Jürg Wissmann***
Dr. iur. Alexander Lindemann* ** ***
Dufourstrasse 22
CH-8008 Zürich
Switzerland
Phone +41 44 256 73 50
Fax +41 44 256 73 41

www.lindemannlaw.ch

An
Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD
Bern, Schweiz

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Kopie an:
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Herr Jörg Gasser, Staatssekretär
Bundesgasse 3
3003 Bern

Stabsstelle für Internationale Finanzplatzagenden SIFA
Frau Dr. Katja Gey, Leiterin
Grass-Strasse 10, Postfach 684
9490 Vaduz, Liechtenstein

Mitglieder der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des
Ständerates

Mitglieder der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des
Nationalrates

Zürich, 13. Dezember 2016

* Member of Swiss Professional Association for
Auditors, Tax Advisors & Fiduciaries



** Member of International Fiscal Association



*** Member of Zurich Lawyers' Association and
Swiss Association of Attorneys-at-Law



Vorgeschlagener Automatischer Informationsaustausch Russland – Schweiz; Schwere Menschenrechtsverstösse beim Voluntary Disclosure Program in Russland

Sehr geehrte Damen & Herren,

Unsere Kanzlei ist seit den 90iger Jahren auf Wirtschaftsrecht für den russischsprachigen Markt ehemaliger Sowjetrepubliken spezialisiert.¹ Aufgrund der Vernehmlassung wurde bekannt, dass Russland & Schweiz beabsichtigen, den automatischen Informationsaustausch (AIA) bilateral zu aktivieren. Damit würden unsere beiden Staaten Bank- und Kontodaten jährlich automatisch austauschen. Beide Staaten haben das Multilateral Competent Authority Agreement (MCAA) unterzeichnet. Die Niveaus beim Daten- und Rechtsschutz divergieren allerdings stark:

1. Russische Kunden nach steuerlichen Selbstanzeige von Mitgliedern des russischen Geheimdienstes & Prosecutors Komitees am Wohnort schwer bedroht und erpresst

Die Gewährleistung eines effektiven Datenschutzes und der Vertraulichkeit der erhaltenen Daten ist in Russland, trotz der Beurteilung der OECD von Russland als „partly compliant“, in der Praxis nicht gegeben. **Unsere Kunden wie auch Kundenberater verschiedener Finanzinstitute (u.a. Falcon Private Bank, Finaport, Lombard Odier, Julius Bär) berichten übereinstimmend, dass russische Klienten nach einer steuerlichen Selbstanzeige in Russland vom Mitgliedern des**

¹ Siehe www.lindemannlaw.ch

russischen Geheimdienstes sowie eines Prosekutor Komitees an ihrem Wohnort schwer bedroht und erpresst werden. Sie wurden unter Androhung von Gefängnis, der Gefahr für Leib und Leben oder der Zerstörung des Unternehmens aufgefordert, einen wesentlichen Teil der un versteuerten Gelder herauszugeben. Die betreffenden Akteure erlangten auf Grund ihrer staatlichen Funktion die Informationen und nutzen diese zum eigenen Vorteil aus. Kundenbetreuer schildern die Situation u.a. so:

„Den Amnestieteilnehmern wurde gedroht sie geschäftsmässig und auch physisch fertigzumachen, d.h. sie entweder unter einer gefälschten Belastung lange Zeit ins Gefängnis zu bringen, [...] oder ihnen das Business zu entreissen, wenn sie nicht den wesentlichen Teil der angegebenen Gelder den Erpressern übergeben. Ein Kunde hat bereits sein Business verloren. Diesen Sachverhalt habe ich bereits im August von einem Kunden geschildert bekommen. Die Information von [...], der viele Amnestieopfer kennt, bestätigt dieses Vorgehen.“

*„I can confirm from my side that it is 100% true.
I have 2 similar cases with my clients, who applied recently for Amnesty.
Looking back to the history of Russia, especially during Soviet Union period, amnesty means that you are signing your death penalty by your own.“*

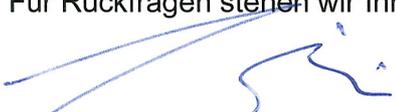
Diese Vorkommnisse zeigen, dass Steuerinformationen nicht nur von Steuerbehörden verwendet werden, sondern sind in der Praxis jederzeit auch anderen Personen in Russland zugänglich. Hinsichtlich Menschenrechte gehört Russland gemäss Freiheitsindex weltweit zu den 25% schlechtesten Staaten, Menschenrechtsorganisationen kritisieren mehrheitlich die Verhältnisse.² Das widerspricht den Voraussetzungen für den AIA und den von der Schweiz gesetzten Auswahlkriterien für AIA-Partner.

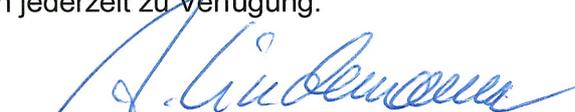
2. Korruption & Schwarzmarkt für Steuerdaten

Aufgrund der hohen Korruption ist in der Praxis – auch wenn die Gesetzesgrundlagen teilweise vorhanden sind – die Vertraulichkeit von Steuerdaten keinesfalls gesichert. **Notorisch ist z.B. der russische Schwarzmarkt für Steuerdaten („Горбушка“), auf dem erwiesenermassen für USD 100 die „vertraulichen“ Steuerakten beliebiger Personen erworben werden können.**³ Gemäss Transparency zählt Russland leider zu den korruptesten Staaten unseres Planeten (Russland erhält nur 29 von 100 Punkten und rangiert damit auf Platz 131 von 176 – zum Vergleich: die Schweiz liegt mit 86 Punkten auf Rang 5)⁴ Betroffenen Personen müssen schwerwiegende Nachteile für Leib, Leben und Vermögen fürchten.

FAZIT: Es besteht u.E. keine Eile. Da der Rechts- und Datenschutz in der Praxis in Russland aktuell nicht gewährleistet ist, sollten wir den Abschluss eines AIA-Abkommens zwischen Russland und der Schweiz vorerst zurückstellen. Sofern sich die Lage in den nächsten Jahren bessert, kann die bilaterale Aktivierung des AIA erneut geprüft werden. Die erwähnten Kundenbetreuer sind gerne bereit die Angaben persönlich zu bestätigen, wir bieten an den Kontakt herzustellen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit zu Verfügung.


Dr. iur. Jürg Wissmann


Dr. iur. Alexander Lindemann

² <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2014>: Gemäss Freiheitsindex von Freedomhouse wird Russland hinsichtlich Political Rights and Civil Liberties als non-compliant beurteilt: "Russia intensified domestic persecution of political opponents and vulnerable minority groups"; siehe Übersicht der Einschätzungen von Menschenrechtsorganisationen: <http://www.humanrights.ch/de/service/laenderinfos/russland/>

³ Bei Interesse stellen wir zu Beweiszwecken den Kontakt zu Händlern her

⁴ http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016

Par e-mail (vernehmlassungen@sif.admin.ch)
et par courrier
Monsieur Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Département fédéral des finances
Bernernhof
3003 Berne

Genève, le 12 avril 2017

Consultations sur l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec 20 Etats et territoires supplémentaires

Monsieur le Conseiller fédéral

Le PLR-Genève entend exprimer son avis dans le cadre de la procédure de consultation lancée le 2 février 2017 à propos de l'approbation des Arrêtés fédéraux concernant l'introduction de l'échange automatique de renseignements (EAR) relatifs aux comptes financiers avec 20 nouveaux Etats et territoires signataires de l'Accord multilatéral entre autorités compétentes concernant l'EAR.

Importance du processus démocratique

Dans son rapport explicatif (p. 4), le Département fédéral des finances (DFF) expose que « *du fait que l'EAR avec des nombreux Etats partenaires importants n'est censé être mis en œuvre qu'en 2018/2019 – c'est-à-dire un an plus tard que ne le prévoit l'engagement contracté en 2014 auprès de la communauté internationale -, la Suisse s'expose dès à présent à la critique internationale* ».

Le PLR-Genève estime que notre pays a tout mis en œuvre afin d'honorer ses engagements internationaux, dans le respect de son processus démocratique interne. Le bref rappel historique ci-dessous permet de le démontrer.

En mai 2014, la Suisse a déclaré qu'elle entendait appliquer le standard élaboré par l'OCDE en matière d'échange automatique de renseignements fiscaux (EAR).

Depuis cette date, le travail législatif a été concrétisé par le biais de la ratification d'un traité avec l'Union Européenne, entré en vigueur début 2017. En parallèle, la Confédération a mené des négociations bilatérales avec plusieurs Etats dans le but d'introduire l'EAR avec eux.

A l'issue de ces différentes démarches diplomatiques, la Suisse s'est engagée à pratiquer l'EAR avec 38 Etats et territoires à compter des années 2017 ou 2018.

Poursuivant sur cette voie, le Département fédéral des finances a lancé deux nouvelles salves de consultations, le 1er décembre 2016 et le 2 février 2017, portant sur l'introduction de l'EAR avec 21, respectivement 20 nouveaux Etats et territoires.

Il est à relever que l'avancement par étapes qui est mis en place, qui a donné la préséance aux discussions avec les Etats qui nous entourent, et qui se poursuit maintenant avec d'autres juridictions, est très similaire à celui qu'ont adopté nombre des juridictions qui se sont elles aussi engagées sur l'introduction de l'EAR.

Au vu de ce qui précède, on ne saurait reprocher à notre pays de trainer les pieds dans l'application du nouveau standard. Notre processus démocratique, qui fait notre fierté, a certes pour conséquence de nous faire avancer à un rythme parfois plus lent que d'autres Etats aux procédures législatives expéditives, mais il ne saurait être question de renier notre ADN pour autant.

La confidentialité des données

Dans son Rapport explicatif (p. 5 et suivantes), le DFF souligne l'importance du respect de la protection des données et de la confidentialité dans le cadre de l'EAR. Il rappelle expressément que *« si un Etat ou un territoire n'est pas en mesure d'apporter dans les délais les améliorations exigées par le Forum mondial en la matière, l'OCDE escompte que l'EAR fondé sur la norme internationale sera mis en œuvre, dans un premier temps, sur une base non réciproque. Cela signifie que ces Etats et territoire devront livrer des informations de compte mains n'en recevront pas avant d'avoir atteint un niveau de confidentialité et de sécurité des données conformes à la norme internationale »*.

Le PLR-Genève accorde une importance prépondérante au respect de la protection des données. Il insiste sur le fait que les risques inhérents à une violation du principe de la confidentialité portant sur des informations aussi sensibles ne relèvent pas de la théorie. Dans certains pays, l'aspect fiscal est secondaire. Il en va surtout de l'intégrité physique, voire même de la vie, des clients fortunés. Ils sont effectivement exposés, eux-mêmes et leur famille, à des menaces de chantage, de racket et d'enlèvement.

Le PLR-Genève est d'avis que le Rapport explicatif se montre trop timoré en ce qui concerne le respect de ces principes dans certains Etats. Par exemple, il relève au sujet de l'Indonésie (Rapport explicatif, p. 8) que *« le cadre juridique, administratif et technique concernant la confidentialité et la sécurité des données en Indonésie a été jugé insuffisant par le panel d'experts du Forum Mondial. L'Indonésie s'est vu imposer un plan d'action qui prescrit des mesures contraignantes à mettre en œuvre rapidement. A l'heure actuelle, elle ne remplit donc pas les conditions de l'instauration de l'échange réciproque de données »*.

Plus loin (Rapport explicatif, p. 14), on peut lire que *« le cadre juridique, administratif et technique concernant la confidentialité et la sécurité des données en Malaisie a été jugé satisfaisant par le panel d'experts du Forum mondial. Ce dernier a néanmoins suggéré à la Malaisie de viser un certain nombre d'améliorations. Ces recommandations n'ont pas débouché sur un plan d'action »*.

Des remarques similaires ont été exprimées à propos de la Russie (Rapport explicatif, p. 9).

Ces divers éléments démontrent que la Suisse ne saurait se contenter de vagues promesses dans un domaine aussi essentiel.

En 2019, il incombera au Conseil fédéral, ou pour lui son administration, de s'assurer, préalablement à l'envoi d'informations, que l'Etat récipiendaire ne s'est pas livré à une utilisation abusive des renseignements obtenus d'autres pays. La constatation d'une violation des règles de confidentialité devra conduire le Gouvernement helvétique à ne pas entamer le processus d'échanges de données. Au-delà de ce contrôle concret, il s'agira de façon abstraite également de s'assurer que le respect du standard de confidentialité exigé par l'EAR est assuré.

Les Arrêtés ratifiés par les Chambres fédérales devront ainsi contenir une disposition spécifique, une clause d'activation, prévoyant une entrée en vigueur effective de l'EAR sous réserve de ces vérifications.

L'égalité de traitement (« Level playing field »)

Le PLR-Genève a constaté ci-dessus que le DFF était avant tout préoccupé par le fait que la Confédération ne prenne pas de retard par rapport à d'autres Etats dans la mise en œuvre de l'EAR. Le Rapport explicatif se montre en revanche beaucoup moins loquace lorsqu'il s'agit de faire en sorte que la Suisse ne fasse pas cavalier seul dans l'application de ce standard.

Il en va pourtant de la compétitivité de notre secteur bancaire et financier en comparaison internationale et du maintien de compétences et d'emplois sur notre seul.

Par conséquent, on peut légitimement attendre du Gouvernement helvétique qu'il vérifie de manière rigoureuse, avant de transmettre une quelconque information à un Etat étranger à l'horizon 2019, que les principales Places internationales concurrentes feront de même et adresseront au pays en question les données requises. En l'absence d'une telle garantie, il tombe sous le sens que la place financière suisse se pénalisera en offrant aux clients des banques un cadre juridique moins respectueux de la protection de la sphère privée que celui de ses principaux concurrents. Ce ne peut être là le sens de la participation de la Suisse à l'EAR

Il faut donc que le Parlement inclue dans les Arrêtés fédéraux une clause d'activation prévoyant expressément le respect du principe évoqué ci-dessus.

En termes d'égalité de traitement, on relèvera pour finir que les Etats-Unis ont choisi de ne pas appliquer le standard de l'OCDE mais leur propre système, dénommé FATCA, qui prévoit une réciprocité limitée. Les intermédiaires financiers américains bénéficient dès lors d'un avantage compétitif non négligeable. Il s'agit d'une brèche béante en matière de « level playing field ».

L'accès au marché

Pour la Place financière suisse l'accès aux marchés étrangers revêt un caractère prioritaire. Si les intermédiaires financiers helvétiques ne peuvent pas aller offrir leurs services au domicile de leurs clients, ils risquent de délocaliser tout ou partie de leurs effectifs. Cet aspect a été à plusieurs reprises mis en avant par le Gouvernement suisse.

Le PLR-Genève ne peut dès lors être que déçu à la lecture du Rapport explicatif qui ne consacre que quelques lignes à ce sujet crucial.

Dans le chapitre dédié à la Russie, on peut lire à propos de l'accès au marché que : « *la Suisse mène avec la Russie un dialogue régulier en ce qui concerne les questions financières. Des questions techniques concernant la collaboration dans le secteur financier y sont également abordées dans l'intention de*

renforcer la sécurité juridique des relations entre ces deux pays » (Rapport explicatif, p. 10). On perçoit mal la portée concrète de cette déclaration !

A propos de l'Arabie Saoudite, il est dit que « *la Suisse est fondamentalement intéressée à élargir les possibilités en ce qui concerne les opérations internationales et à augmenter la sécurité juridique dans le cadre des prestations financières* » (Rapport explicatif, p. 11).

Pour les Emirats arabes unis, le Rapport explicatif reste tout aussi vague : « *Les places financières des Emirats arabes unis font donc partie des marchés cibles par les prestataires de services financiers suisses hors Europe et la Suisse est fondamentalement intéressés à maintenir et à améliorer l'accès à ces marchés* » (Rapport explicatif, p. 15).

Concernant l'Indonésie, la Malaisie et la Colombie, le Rapport explicatif fait même l'impasse sur la problématique de l'accès au marché. Ce silence est d'autant plus étonnant que l'Indonésie fait partie du G20 et que la Malaisie et la Colombie sont considérées comme des « partenaires économiques et commerciaux importants » (Rapport explicatif, p. 3).

Dans l'examen de chacun des projets d'Arrêtés, les Chambres fédérales ne pourront se contenter de simples déclarations d'intention. Elles devront réclamer au Gouvernement des démarches concrètes pour améliorer l'accès au marché et assurer ensuite un suivi de la mise en place effective de ces mesures.

Nous vous remercions par avance de l'attention que vous voudrez bien porter à la présente prise de position et vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre très haute considération.



Alexandre de Senarclens
Président

An den Vorsteher des
Eidgenössischen Finanzdepartements

Basel, den 14. März 2017

Per E-Mail an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 – Vernehmlassung (eröffnet am 1.12.2016) und zusätzliche Vernehmlassung (eröffnet am 2.2.2017)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die beiden eingangs erwähnten Vernehmlassungsvorlagen, zu denen wir aus Sicht von privatim, der Vereinigung der schweizerischen Datenschutzbeauftragten, wie folgt Stellung nehmen:

Mit den vorliegenden Bundesbeschlüssen soll der automatische Informationsaustausch (AIA) auf zwei weitere Serien von Staaten ausgedehnt werden. Zu diesen Staaten gehören unter anderem auch die Volksrepublik China, die Russische Föderation, Südafrika, Indien, Brasilien oder Saudi-Arabien. Von den insgesamt 41 Ländern, auf die der AIA ausgedehnt werden soll, sind ganze *26 Länder* auf der Liste des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB)¹ als solche *aufgeführt, deren Gesetzgebung einen nicht angemessenen und damit ungenügenden Datenschutz im Sinne des Art. 6 Datenschutzgesetzes (DSG, SR 235.1) gewährleisten*. Konkret weisen sogar lediglich acht Länder gemäss der EDÖB-Liste eine Gesetzgebung mit angemessenem Schutz für die Bearbeitung von Personendaten auf.

privatim erachtet es als höchst problematisch, dass mit dem AIA Daten in Länder geliefert werden sollen, die auf der EDÖB-Liste nicht als Länder mit gleichwertigem Datenschutzniveau wie die Schweiz aufgeführt sind.

Zwar kann ein angemessener Schutz auch bereichsspezifisch, also im nationalen Steuerrecht garantiert werden. Wir sind jedoch skeptisch, ob mit der Bezugnahme auf Überprü-

¹ Die List unter folgendem Link abrufbar: <https://www.edoeb.admin.ch/datenschutz/00626/00753/index.html?lang=de>

fungen durch andere Gremien überall tatsächlich das Schutzniveau festgestellt werden kann, das aus Schweizer Sicht angemessen wäre.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Beat Rudin
Präsident privatim

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Herr Matthieu Boillat
Herr Christian Champeaux
Bundesgasse 3
3003 Bern

per email an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Zürich, 15. März 2017

Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019

Sehr geehrter Herr Boillat, sehr geehrter Herr Champeaux, sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Versicherungsverband SVV dankt für die Gelegenheit, im Vernehmlassungsverfahren zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) ab 2018 mit einem ersten Austausch in 2019 mit Argentinien, Brasilien, Indien, Mexiko, Südafrika, Chile, Israel, Neuseeland, Andorra, die Färöer Inseln, Grönland, Monaco, San Marino, Barbados, Bermuda, die Britischen Jungferninseln, die Cayman Inseln, Mauritius, die Seychellen, die Turks und Caicos Inseln sowie Uruguay, Stellung nehmen zu dürfen.

Zur Vernehmlassung betreffend Einführung des AIA ab 2018/2019 mit China, Indonesien, Russland, Saudi-Arabien, Liechtenstein, Kolumbien, Malaysia, die Vereinigten Arabischen Emirate, Montserrat, Aruba, Curaçao, Belize, Costa Rica, Antigua und Barbuda, Grenada, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen, die Cookinseln und die Marshallinseln, erlauben wir uns, in einem späteren Zeitpunkt Stellung zu nehmen.

Die Arbeiten in Zusammenhang mit dem AIA des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen SIF sowie der Eidgenössischen Steuerverwaltung ESTV werden ausdrücklich verdankt.

Der SVV unterstützt die Einführung des AIA. Dieser ist die logische Konsequenz der globalen Tendenz, Transparenz zu schaffen und Steuerhinterziehung zu vereiteln. Die Einführung des AIA mit den eingangs erwähnten Staaten und Territorien stellt einen weiteren relevanten Schritt zur Umsetzung des AIA dar und wird seitens SVV grundsätzlich begrüsst. Der SVV unterstützt dahingehend die Bundesbeschlüsse der Vorlage, mit denen der Bundesrat ermächtigt wird - mit oder ohne rechtlich nicht bindende gemeinsame Absichtserklärungen - dem Sekretariat des Koordinierungsgremiums der AIA-Vereinbarung (Multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den

automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten) mitzuteilen, die Staaten und Territorien in die geführte Liste nach Abschnitt 7 Absatz 2.2 der AIA-Vereinbarung aufzunehmen – so dass der AIA zwischen der Schweiz und diesen Partnerstaaten eingeführt werden kann.

Im Sinne einer Klarstellung und zur praktikablen Umsetzung macht der SVV jedoch auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung des nachfolgend aufgeführten versicherungsspezifischen Aspektes aufmerksam.

I. Gemeinsamer Melde- und Sorgfaltsstandard für Informationen über Finanzkonten (GMS) Abschnitt III Unterabschnitt A

Es stellt sich die Frage, wie betreffend GMS Abschnitt III Unterabschnitt A in Zusammenhang mit den Staaten und Territorien der vorliegenden Vernehmlassung verfahren wird. Der SVV bittet höflich um Klärung.

Der GMS als Beilage zur AIA-Vereinbarung sieht erleichterte Verfahrenspflichten bei bestehenden Konten von natürlichen Personen, bei denen es sich um rückkaufsfähige Versicherungs- oder Rentenversicherungsverträge handelt, vor.

GMS Abschnitt III Unterabschnitt A

Sorgfaltspflichten bei bestehenden Konten natürlicher Personen

Die folgenden Verfahren gelten für die Identifizierung meldepflichtiger Konten unter den bestehenden Konten natürlicher Personen.

Nicht überprüfungs-, identifizierungs- oder meldepflichtige Konten.

Ein bestehendes Konto einer natürlichen Person, bei dem es sich um einen rückkaufsfähigen Versicherungs- oder Rentenversicherungsvertrag handelt, muss nicht überprüft, identifiziert oder gemeldet werden, vorausgesetzt, die Gesetze verhindern tatsächlich den Verkauf solcher Verträge durch das meldende Finanzinstitut an im meldepflichtigen Staat ansässige Personen.

Im Änderungsprotokoll zum Abkommen Schweiz-EU zur Richtlinie 2003/48/EG (Besteuerung Zinserträge) ist auf S. 5056f. vorgesehen, dass die praktische Relevanz von Anhang I Abschnitt III Unterabschnitt A - dem zufolge bestehende rückkaufsfähige Versicherungsverträge und Rentenversicherungsverträge nicht überprüft, identifiziert oder gemeldet werden müssen, vorausgesetzt, die Gesetze verhindern effektiv den Verkauf solcher Verträge durch das meldende Finanzinstitut an im meldepflichtigen Staat ansässige Personen - geprüft wird:

«Die Vertragsparteien legen Anhang I Abschnitt III Unterabschnitt A gemeinsam dahin aus, dass die Gesetze den Verkauf von rückkaufsfähigen Versicherungsverträgen und Rentenversicherungsverträgen an im meldepflichtigen Staat ansässige Personen nur dann effektiv verhindern, wenn das auf ein meldepflichtiges in einem teilnehmenden Staat (einem Mitgliedstaat oder der Schweiz) ansässiges Finanzinstitut anwendbare Recht (das EU-Recht und das innerstaatliche Recht der Mitgliedstaaten oder das schweizerische Recht) dieses meldepflichtige Finanzinstitut nicht nur effektiv durch Gesetz am Verkauf von rückkaufsfähigen Versicherungsverträgen und Rentenversicherungsverträgen in einem meldepflichtigen Staat (der Schweiz oder je nach Zusammenhang einem Mitgliedstaat) hindert, sondern das meldende Finanzinstitut durch Gesetz effektiv daran hindert, rückkaufsfähige Versicherungsverträge und Rentenversicherungsverträge unter sonstigen Umständen an in diesem meldepflichtigen Staat ansässige Personen zu verkaufen.

Sind nach Massgabe des anwendbaren Rechts der Europäischen Union und des innerstaatlichen Rechts eines Mitgliedstaats meldende Finanzinstitute in der Schweiz durch Gesetz am Verkauf solcher Verträge an in diesem Mitgliedstaat ansässige Personen unabhängig vom Ort des Abschlusses dieser Verträge gehindert, teilt der betreffende Mitgliedstaat dies der Europäischen Kommission mit, die dies ihrerseits der Schweiz notifiziert. Sind nach Massgabe des schweizerischen Rechts meldende Finanzinstitute eines oder mehrerer Mitgliedstaaten durch Gesetz am Verkauf solcher Verträge an in der Schweiz ansässige Personen unabhängig vom Ort des Abschlusses dieser Verträge gehindert, notifiziert die Schweiz die Europäische Kommission entsprechend, die ihrerseits die Mitgliedstaaten davon in Kenntnis setzt. Diese Notifikationen erfolgen vor Inkrafttreten des Änderungsprotokolls unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Rechtslage zum Zeitpunkt des Inkrafttretens. In Ermangelung einer solchen Notifikation wird davon ausgegangen, dass meldende Finanzinstitute durch die Gesetze des meldepflichtigen Staates im Einzelfall nicht effektiv am Verkauf von rückkaufsfähigen Versicherungsverträgen oder Rentenversicherungsverträgen an in diesem meldepflichtigen Staat ansässige Personen gehindert sind. Vorausgesetzt, dass das meldende Finanzinstitut durch das Recht seines Staates nicht ebenfalls effektiv am Verkauf von rückkaufsfähigen Versicherungsverträgen oder Rentenversicherungsverträgen an in dem meldepflichtigen Staat ansässige Personen gehindert ist, findet Anhang I Abschnitt III Unterabschnitt A auf die betreffenden meldenden Finanzinstitute und Verträge keine Anwendung.»

II. Datenschutz

Der SVV weist auf die Relevanz des Datenschutzes und der Datensicherheit hin.

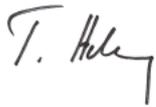
Die Schweiz sollte - nicht nur theoretisch aufgrund bestehender Grundlagen – im Einzelfall kritisch prüfen, ob die Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit in den Zielländern tatsächlich erfüllt sind. Die Beurteilung sollte nicht allein gestützt auf Untersuchungen anderer Gremien erfolgen.

Es liegt im Interesse der Kunden von Schweizer Finanzinstituten, dass Kundendaten, die die Schweizer Finanzinstitute melden, in den Zielländern tatsächlich gemäss Spezialitätsprinzip vertraulich behandelt werden.

Wir hoffen, dass unsere Anliegen gehört werden und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

Schweizerischer Versicherungsverband SVV



Thomas Helbling
Direktor



Marc Chuard
Leiter Ressort Finanz & Regulierung

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

per email an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Zürich, 13. April 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien der AIA-Vereinbarung ab 2018/2019

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Versicherungsverband SVV dankt für die Gelegenheit, im Nachgang zur Vernehmlassungsantwort vom 15. März 2017 auch Stellung nehmen zu dürfen im Vernehmlassungsverfahren zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) ab 2018 mit einem ersten Austausch in 2019 mit China, Indonesien, Russland, Saudi-Arabien, Liechtenstein, Kolumbien, Malaysia, die Vereinigten Arabischen Emirate, Montserrat, Aruba, Curaçao, Belize, Costa Rica, Antigua und Barbuda, Grenada, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen, die Cookinseln und die Marshallinseln.

Die Arbeiten in Zusammenhang mit dem AIA des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen SIF sowie der Eidgenössischen Steuerverwaltung ESTV werden ausdrücklich verdankt.

Der SVV unterstützt die Einführung des AIA. Dieser ist die logische Konsequenz der globalen Tendenz, Transparenz zu schaffen und Steuerhinterziehung zu vereiteln. Die Einführung des AIA mit den eingangs erwähnten Staaten und Territorien stellt einen weiteren relevanten Schritt zur Umsetzung des AIA dar und wird seitens SVV grundsätzlich begrüsst. Der SVV unterstützt dahingehend die Bundesbeschlüsse der Vorlage, mit denen der Bundesrat ermächtigt wird - mit oder ohne rechtlich nicht bindende gemeinsame Absichtserklärungen - dem Sekretariat des Koordinierungsgremiums der AIA-Vereinbarung (Multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten) mitzuteilen, die Staaten und Territorien in die geführte Liste nach Abschnitt 7 Absatz 2.2 der AIA-Vereinbarung aufzunehmen – so dass der AIA zwischen der Schweiz und diesen Partnerstaaten eingeführt werden kann.

Im Sinne einer Klarstellung und zur praktikablen Umsetzung macht der SVV jedoch auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung nachfolgend aufgeführter Aspekte hin.

I. **Gemeinsamer Melde- und Sorgfaltsstandard für Informationen über Finanzkonten (GMS) Abschnitt III Unterabschnitt A**

Es stellt sich die Frage, wie betreffend GMS Abschnitt III Unterabschnitt A in Zusammenhang mit den Staaten und Territorien der vorliegenden Vernehmlassung verfahren wird. Der SVV bittet höflich um Klärung.

Der GMS als Beilage zur AIA-Vereinbarung sieht erleichterte Verfahrenspflichten bei bestehenden Konten von natürlichen Personen, bei denen es sich um rückkaufsfähige Versicherungs- oder Rentenversicherungsverträge handelt, vor.

GMS Abschnitt III Unterabschnitt A Sorgfaltspflichten bei bestehenden Konten natürlicher Personen

Die folgenden Verfahren gelten für die Identifizierung meldepflichtiger Konten unter den bestehenden Konten natürlicher Personen.

Nicht überprüfungs-, identifizierungs- oder meldepflichtige Konten.

Ein bestehendes Konto einer natürlichen Person, bei dem es sich um einen rückkaufsfähigen Versicherungs- oder Rentenversicherungsvertrag handelt, muss nicht überprüft, identifiziert oder gemeldet werden, vorausgesetzt, die Gesetze verhindern tatsächlich den Verkauf solcher Verträge durch das meldende Finanzinstitut an im meldepflichtigen Staat ansässige Personen.

In diesem Zusammenhang wird auf das Änderungsprotokoll zum Abkommen Schweiz-EU zur Richtlinie 2003/(48/EG (Besteuerung Zinserträge) auf S. 5056f. hingewiesen, wonach die praktische Relevanz von Anhang I Abschnitt III Unterabschnitt A geprüft wird.

Entsprechend muss für sämtliche Abkommen diese Frage im Vorfeld einer Inkraftsetzung abschliessend geklärt sein.

II. **Russland**

« Russian FATCA » basiert auf Article 6 Federal Law No 173-FZ vom 28.6.2014, wonach ausländische Finanzinstitute Konten von Russen, russischen Gesellschaften und russisch kontrollierten Gesellschaften jährlich nach Russland melden müssen.

Zwar soll gemäss Information von Beratern:

- in Russland nicht auf die Meldungen insistiert werden, wenn im Meldestaat die Meldungen verboten sind (so wie in der Schweiz gestützt auf Art. 271 StGB);
- bis anhin bei Nichtlieferung von Meldungen keine Strafen oder Sanktionen ausgesprochen und keine Repressalien angedroht worden sein;

- bei Einführung des AIA in Russland das «Russian FATCA» wahrscheinlich aufgehoben werden, resp. die praktische Bedeutung verloren gehen.

Das Gesetz ist jedoch formell in Kraft, so dass die Obliegenheiten u.a. gegenüber den schweizerischen Finanzinstituten existieren und grundsätzlich erfüllt werden müssen.

Da es nicht sein kann, dass die Schweizer Finanzinstitute zwei unterschiedliche Meldesysteme mit Russland ein- und umsetzen müssen, sollte die Situation geklärt sein - so dass bei Einführung des AIA «Russian FATCA» obsolet ist.

Im erläuternden Bericht zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien des AIA-Abkommens ab 2018/2019 wurde kein Hinweis auf «Russian FATCA» gefunden.

Im Weiteren ist zwischen Russland und der Schweiz ein einheitliches Verständnis über die für den AIA relevanten Territorien herbeizuführen. Insbesondere ist zu klären, ob die Krim in Bezug auf den AIA als russisches Territorium zu behandeln ist. Falls aus politischen Gründen eine Klärung mit Russland als nicht opportun erscheint, ist die Frage in den schweizerischen Erlassen zu regeln.

III. Datenschutz

Der SVV weist auf die Relevanz des Datenschutzes und der Datensicherheit hin.

Die Schweiz sollte - nicht nur theoretisch aufgrund bestehender Grundlagen – im Einzelfall kritisch prüfen, ob die Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit in den Zielländern tatsächlich erfüllt sind. Die Beurteilung sollte nicht allein gestützt auf Untersuchungen anderer Gremien erfolgen.

Es liegt im Interesse der Kunden von Schweizer Finanzinstituten, dass Kundendaten, die die Schweizer Finanzinstitute melden, in den Zielländern tatsächlich gemäss Spezialitätsprinzip vertraulich behandelt werden.

Wir hoffen, dass unsere Anliegen gehört werden und danken für deren Berücksichtigung.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Versicherungsverband SVV



Thomas Helbling
Direktor



Marc Chuard
Leiter Ressort Finanz & Regulierung

Secrétariat d'Etat aux questions financières internationales SFI

Bundesgasse 3

3003 Berne

Par email: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Date 15 mars 2017
Document No. 060142060142/SW-05117050/DWI
Subject **Prise de position STEP - CRS**

Madame, Monsieur,

STEP est l'association mondiale professionnelle regroupant les personnes qui conseillent les familles d'une génération à une autre. Présente dans 95 pays, STEP est forte de plus de 20'000 membres, dont des avocats, des experts comptables et d'autres spécialistes patrimoniaux et successoraux (trustees, family offices etc.).

En Suisse, l'association STEP fut été fondée en 1992. Par la suite, plusieurs branches se sont établies à travers tout le pays: Bâle, Genève, Lausanne, Lugano, Vaduz, Zoug et Zurich. Aujourd'hui regroupées en une fédération, ces 7 associations comptent environ 1'500 membres.

Compte tenu de ces activités, nos membres traitent notamment les données financières relatifs à leurs clients, individus ou familles, et comprennent donc les risques d'abus relatifs à ces données sensibles.

1. Echange automatique de renseignements en Suisse

Le 21 juillet 2014, l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE) publiait l'ensemble des documents relatifs à la nouvelle norme internationale concernant l'EAR.

Le 8 octobre 2014, le Conseil fédéral approuvait les mandats de négociation définitifs sur l'introduction de la nouvelle norme internationale régissant l'EAR avec des états partenaires. Il précisait en particulier que "la nouvelle norme doit satisfaire à certaines exigences: les renseignements échangés doivent être utilisés exclusivement aux fins convenues (principe de la spécialité), les renseignements doivent être échangés sur une base réciproque et la protection des données doit être garantie."

En novembre 2016, la Suisse a signé une déclaration commune en vue d'introduire l'EAR avec l'Argentine, le Brésil, le Mexique, l'Uruguay, l'Inde et l'Afrique du Sud. Pour ces différents pays, le Département fédéral des finances (DFF) annonçait que "les exigences élevées posées en matière de respect du principe de la spécialité et de garantie de la confidentialité des données transmises sont remplies."

Ces déclarations sont des plus étonnantes, tant elles contrastent avec la réalité en matière de non-respect de la protection des données (*infra* ch. 2), de corruption (*infra* ch. 3) et d'absence d'Etat de droit (*infra* ch. 4) dans les pays concernés.

2. Protection insuffisante des données

Selon l'art.5 de la Loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (**LEAR**), les dispositions relatives à la protection des données à respecter doivent être au moins conformes aux dispositions matérielles de la loi fédérale du 19 juin 1992 sur la protection des données (**LPD**).

Le Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence (**PFPDT**) a établi une liste récapitulant l'état de la protection des données dans le monde. Cette liste recense les Etats ayant une législation assurant un niveau de protection adéquat (art.6 al. 1 LPD).

Or, il ressort de la version de la liste de mai 2016¹ que seule l'Argentine a un niveau de protection adéquat tant pour les personnes physiques que morales. Le Brésil, l'Uruguay, le Mexique, l'Inde et l'Afrique du Sud ont un niveau insuffisant.

De plus, selon la dernière liste de janvier 2017², seuls l'Argentine et l'Uruguay ont un niveau de protection des données jugé suffisant par le PFPDT.

Ainsi, on peine à comprendre, comment le gouvernement suisse peut envisager d'introduire l'EAR avec le Brésil, l'Uruguay, le Mexique, l'Inde et l'Afrique du Sud, alors qu'une de ses propres autorités (PFPDT) reconnaît qu'ils n'offrent pas garanties suffisantes pour protéger les données (à échanger).

3. Etats corrompus

Transparency International (TI) est une ONG ayant pour principale vocation la lutte contre la corruption des gouvernements et institutions gouvernementales mondiaux. Elle jouit d'un rayonnement international, possédant des sections autonomes dans 110 pays du Nord comme du Sud.³

Transparency International (TI) publie chaque année son "*Corruption Perceptions Index*" (**Index**) recense l'étendue de la corruption dans le secteur public. L'édition 2016 inclut les données macroéconomiques de 176 pays.

Or, sur une échelle de 0 à 100⁴, les Etats candidats à l'EAR font pâle figure: L'Argentine a un score de 36, le Brésil 40, le Mexique 30, l'Inde 40 et l'Afrique du Sud 45. A titre de comparaison, la Suisse jouit d'un score de 86.

La réalité est donc que les fonctionnaires des autorités fiscales de ces Etats transmettront les données financières sensibles contenues dans l'EAR à des organisations criminelles, qui pratiquent notoirement des extorsions, enlèvements et chantages dans ces pays. Ainsi, l'administration fiscale mexicaine a déjà dénoncé 3'222 (!) fonctionnaires au Ministère Public ou au Bureau de Contrôle

¹ Annexe 1 - Liste du Préposé fédéral à la protection des données du 2 mai 2016.

² Annexe 2 - Liste du Préposé fédéral à la protection des données du 12 janvier 2017.

³ <https://www.transparency.org/>

⁴ 0 indiquant une économie totalement corrompue, 100 valant absence complète de corruption.

Interne pour accès indu au système informatique, corruption, abus d'autorité, usage de faux, vol et faux dans les titres.⁵

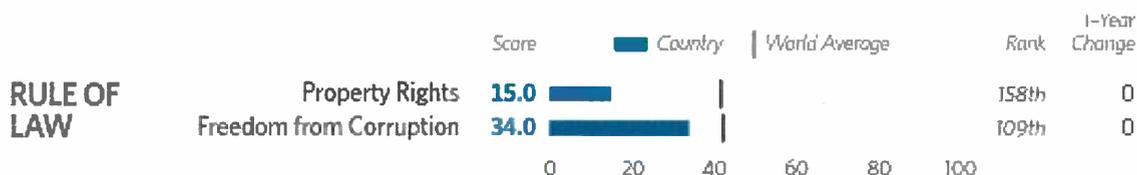
4. Absence d'Etat de droit

Créé en 1889, *The Wall Street Journal* est le quotidien économique et financier le plus vendu au monde.⁶ Quant à la Fondation Heritage, il s'agit d'un laboratoire d'idées ("think tank") américain créé en 1973, qui a pour mission de formuler et promouvoir des politiques publiques conservatrices sur les principes de la libre entreprise, du gouvernement limité et de la liberté individuelle.⁷ Ensemble, ces deux organismes publient chaque année un Indice de Liberté Economique (ILE).⁸ L'ILE mesure le degré de liberté économique en fonction de 10 variables regroupées en 4 piliers.⁹ La 22ème édition (2016) de l'ILE inclut les données macroéconomiques de 186 pays.

De façon générale, sur une échelle de 0 à 100¹⁰, l'Argentine obtient un score général de 43,8, le Brésil affiche 56,5, le Mexique 65,2, l'Inde 56,2 et l'Afrique du Sud 61.9. Par comparaison, la Suisse jouit d'un score de 81.¹¹

Ceci dit, aux fins l'EAR, il convient en particulier de juger les pays candidats à l'EAR à l'aune du pilier "respect de l'Etat de droit" pour déterminer la protection dont bénéficient réellement les personnes de contrôle qui résident dans ces Etats quant au risque d'expropriation et au degré d'indépendance des tribunaux. Les graphiques ci-dessous sont tirés des fiches individuelles de chaque pays, que vous trouverez en annexe.

4.1 Argentine



Corruption plagues Argentine society, and scandals are common. Drug-related violence has increased as international criminal organizations use the country as both an operational base and a transit route. The justice system is burdened by scores of tenured but incompetent and corrupt judges. The lower courts are highly politicized, although the Supreme Court maintains relative independence despite intense pressure from the government.

L'Argentine se situe bien en-dessous de la moyenne mondiale, notamment en termes de garantie de la propriété. Le constat est sans appel: "la corruption ravage toute la société argentine". Pire encore, "les juges sont titulaires mais incompetents et corrompus" et le système judiciaire subit "des pressions

⁵ Annexe 9 - "Denuncia SAT a malos empleados", article de Gonzalo Soto, publié le 13.02.2015, tiré du Reforma (quotidien mexicain fondé en 1993), et traduction libre annexée.

⁶ https://fr.wikipedia.org/wiki/The_Wall_Street_Journal

⁷ https://fr.wikipedia.org/wiki/Heritage_Foundation

⁸ https://fr.wikipedia.org/wiki/Indice_de_libert%C3%A9_%C3%A9conomique

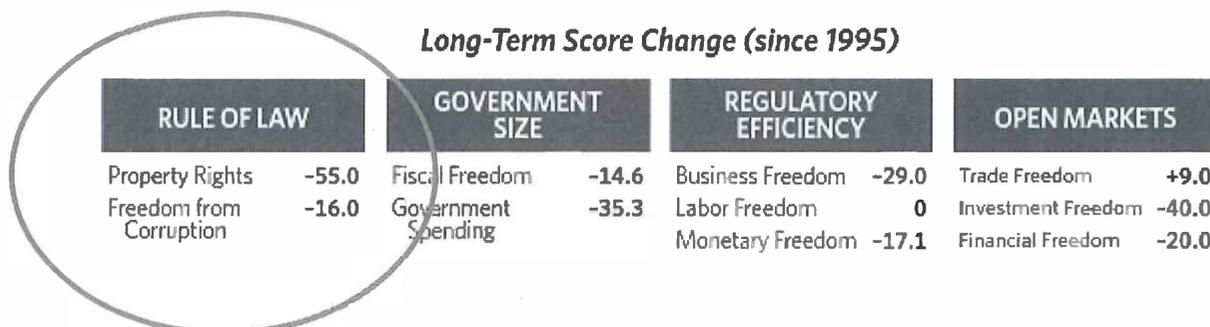
⁹ (i) respect de l'Etat de droit (garantie de la propriété, absence de corruption); (ii) intrusion gouvernementale limitée (liberté fiscale, dépenses publiques); (iii) Efficacité de la réglementation (liberté dans les affaires, du travail, de la monnaie); et (iv) ouverture du marché (liberté du commerce, des investissements, de la finance).

¹⁰ 0 indiquant une économie totalement viciée, 100 indiquant une liberté complète.

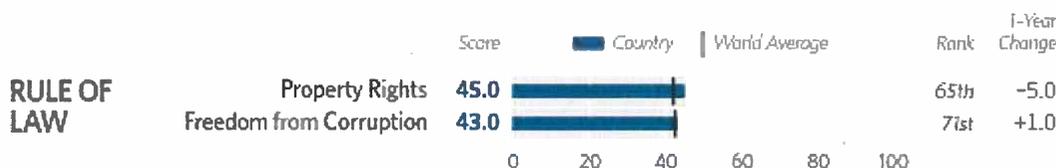
¹¹ <http://www.heritage.org/index/>

intenses du gouvernement". Ainsi, l'ILE conclut que "l'économie argentine a été étouffée par le mépris manifeste de l'Etat de droit".¹²

De surcroît, l'Etat de droit en Argentine n'a que reculé depuis 1995, la garantie de la propriété ayant reculé de 55 points(!) et le niveau de corruption s'étant dégradé de 16 points:



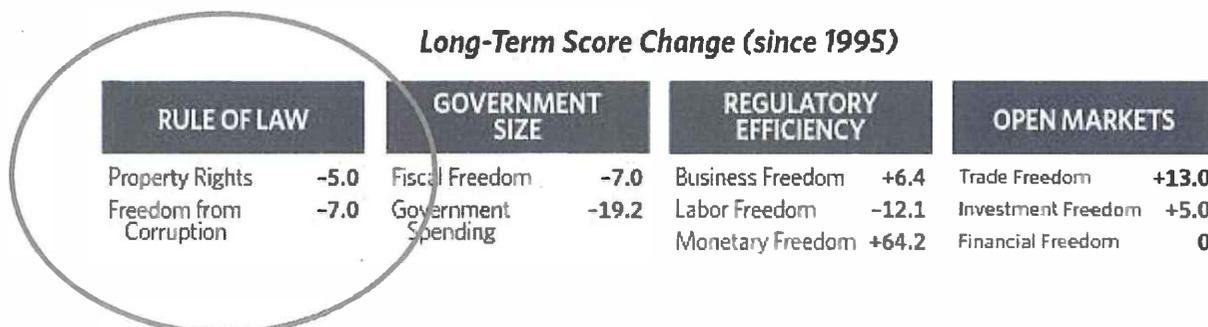
4.2 Brésil



Graft remains endemic, and Brazilians disapprove of President Dilma Rousseff's policies on corruption and crime. In 2014, a former director of state-owned Petrobras accused more than 40 politicians, including one minister and three governors, in a massive kickback investigation. Brazil's judiciary is inefficient and subject to political and economic influence. The court system is overburdened, and contract disputes can be lengthy and complex.

Le Brésil atteint juste la moyenne mondiale tant en termes de garantie de la propriété, mais "la corruption demeure endémique" et "le système judiciaire brésilien est inefficace et soumis aux influences politiques et économiques".¹³ L'initiative récente de l'administration fiscale brésilienne de faire payer une amende supplémentaire de 20% aux contribuables qui avaient pourtant adhéré au programme de rapatriement en 2016 (15% d'impôt sur le revenu + déjà 15% d'amende) est symptomatique de l'absence d'Etat de droit au Brésil.¹⁴

Quant à la tendance, la situation de l'Etat de droit s'est dégradée au Brésil depuis 1995:

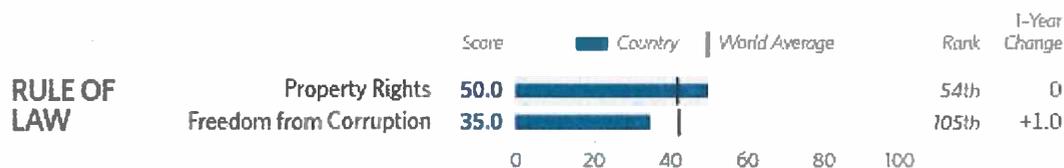


¹² Annexe 4 - Fiche récapitulative Argentine (2016 Index of Economic Freedom).

¹³ Annexe 6 - Fiche récapitulative Brésil (2016 Index of Economic Freedom).

¹⁴ Annexe 8 - « *Fisco cobra multa extra de quem aderiu à repatriação* », 15 février 2017, Valor Economico (le plus grand journal financier du Brésil, fondé en 2000). Traduction certifiée en annexe.

4.3 Mexique



Corruption, deeply embedded culturally, is pervasive and fed by billions of narco-dollars. It entrenches the power of monopolists, party bosses, and other mafias. The murder of 43 college students by a drug gang in September 2014 after a political protest was a poignant reminder of Mexico's ongoing epidemic of violence, corruption, and impunity. Contracts are generally upheld, but courts are inefficient and vulnerable to political interference.

Au Mexique, "le crime organisé et la corruption est endémiques", cette dernière étant "profondément ancrée dans leur culture, envahissant et nourris par des milliards narco-dollars. Il renforce le pouvoir des monopolistes, chefs de parti et autres mafias" Ainsi, l'administration fiscale mexicaine a déjà dénoncé 3'222 (!) fonctionnaires au Ministère Public ou au Bureau de Contrôle Interne pour accès indu au système informatique, corruption, abus d'autorité, usage de faux, vol et faux dans les titres.¹⁵

De surcroît, le système judiciaire est "inefficace et vulnérables aux interférences politiques". Ainsi, l'ILE conclut que "le Mexique accuse un lourd retard dans la promotion de l'Etat de droit et dans le renforcement de son cadre juridique".¹⁶

Et sur le long terme, l'Etat de droit se pèjore notablement au Mexique depuis 1995:

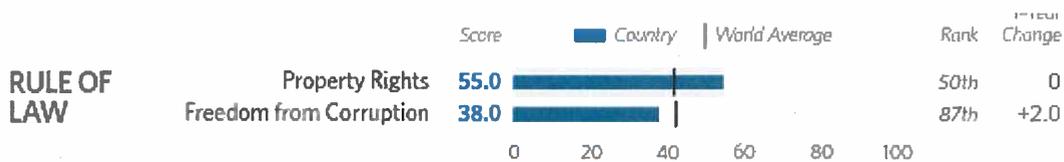
Long-Term Score Change (since 1995)

RULE OF LAW		GOVERNMENT SIZE		REGULATORY EFFICIENCY		OPEN MARKETS	
Property Rights	-20.0	Fiscal Freedom	+2.5	Business Freedom	+15.7	Trade Freedom	+13.0
Freedom from Corruption	-15.0	Government Spending	-10.4	Labor Freedom	-3.2	Investment Freedom	0
				Monetary Freedom	+9.6	Financial Freedom	+30.0

¹⁵ Annexe 9 - "Denuncia SAT a malos empleados", article de Gonzalo Soto, publié le 13.02.2015, tiré du Reforma (quotidien mexicain fondé en 1993), et traduction libre annexée.

¹⁶ Annexe 3 - Fiche récapitulative Mexique (2016 Index of Economic Freedom).

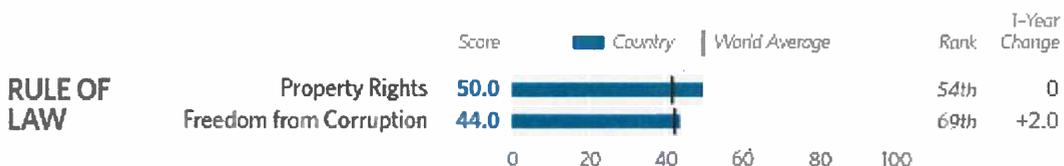
4.4 Inde



Political corruption has a negative effect on government efficiency and economic performance. Civil servants at all levels are known to accept bribes or engage in other corrupt behavior, usually with impunity. India's judiciary is independent, but courts are understaffed and lack the technology necessary to clear an enormous backlog. Uncertainty about land ownership is one of the biggest problems facing the economy.

En Inde la situation est assez semblable au Mexique: la corruption est endémique, "les fonctionnaires de tout niveau étant connus pour accepter des pots-de-vin ou adopter d'autres comportements corrompus, généralement en toute impunité." Quant au système judiciaire, certes indépendant, il "manque de personnel et des moyens nécessaires à surmonter un énorme arriéré". Ainsi, l'ILE conclut à "l'absence d'un cadre juridique et réglementaire efficace".¹⁷

4.5 Afrique du Sud



Allegations of corruption among civil servants persist at all levels despite an excellent anti-corruption regulatory framework. The process for tendering public contracts is often politically driven and opaque. Responding to criticism of courts by government ministers in 2015, the chief justice and other key judges staunchly defended judicial independence. Property rights are relatively well protected, and contracts are generally secure.

En Afrique du Sud, la garantie de la propriété et le niveau de corruption dépassent à peine la moyenne mondiale, "les allégations de corruption des fonctionnaires persistants à tous les niveaux malgré un excellent cadre réglementaire". Ainsi, l'ILE conclut que "la sensibilité du système judiciaire à la corruption mine l'Etat de droit".¹⁸

Sur le long terme, le niveau de corruption en Afrique du Sud s'est aggravé depuis 1995:

Long-Term Score Change (since 1995)

RULE OF LAW		GOVERNMENT SIZE		REGULATORY EFFICIENCY		OPEN MARKETS	
Property Rights	0	Fiscal Freedom	+9.0	Business Freedom	-15.3	Trade Freedom	+34.0
Freedom from Corruption	-6.0	Government Spending	+6.6	Labor Freedom	0	Investment Freedom	-25.0
				Monetary Freedom	+0.8	Financial Freedom	+10.0

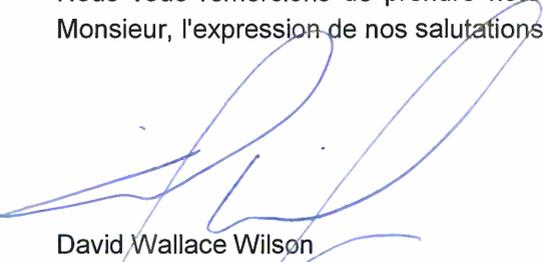
¹⁷ Annexe 5 - Fiche récapitulative Inde (2016 Index of Economic Freedom).

¹⁸ Annexe 7 - Fiche récapitulative Afrique du Sud (2016 Index of Economic Freedom).

5. Conclusion

Les examens répétés et détaillés menés par des ONG de premier plan, par des journaux internationaux de référence et même par une autorité fédérale arrivent au même constat: l'Afrique du Sud, l'Argentine, le Brésil, l'Inde et le Mexique ne remplissent manifestement pas les exigences élevées (en matière de spécialité et de confidentialité) de l'EAR, à cause de leur protection insuffisante des données, de leur corruption élevée voire endémique, ainsi que de leur faibles garanties en matière d'Etat de droit.

Nous vous remercions de prendre note de ce qui précède et vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos salutations distinguées.



David Wallace Wilson
Membre du comité
Président, STEP Genève

Annexes:

- | | |
|----------|---|
| Annexe 1 | Liste du Préposé fédéral à la protection des données du 2 mai 2016 |
| Annexe 2 | Liste du Préposé fédéral à la protection des données du 12 janvier 2017 |
| Annexe 3 | Fiche récapitulative Mexique (2016 Index of Economic Freedom) |
| Annexe 4 | Fiche récapitulative Argentine (2016 Index of Economic Freedom) |
| Annexe 5 | Fiche récapitulative Inde (2016 Index of Economic Freedom) |
| Annexe 6 | Fiche récapitulative Brésil (2016 Index of Economic Freedom) |
| Annexe 7 | Fiche récapitulative Afrique du Sud (2016 Index of Economic Freedom) |
| Annexe 8 | « <i>Fisco cobra multa extra de quem aderiu à repatriação</i> », 15 février 2017, Valor Economico (le plus grand journal financier du Brésil, fondé en 2000). Traduction certifiée en annexe. |
| Annexe 9 | " <i>Denuncia SAT a malos empleados</i> ", article de Gonzalo Soto, publié le 13.02.2015, tiré du Reforma (quotidien mexicain fondé en 1993), et traduction libre annexée. |

Secrétariat d'Etat aux questions financières internationales SFI
Bundesgasse 3
3003 Berne
Par email: vernhemlassungen@sif.admin.ch

Date 13 avril 2017
Document No. 060142/SW-05136654/DWI
Subject **Prise de position STEP – CRS – 3^{ème} consultation**

Madame, Monsieur,

STEP est l'association mondiale professionnelle regroupant les personnes qui conseillent les familles d'une génération à une autre. Présente dans 95 pays, STEP est forte de plus de 20'000 membres, dont des avocats, des experts comptables et d'autres spécialistes patrimoniaux et successoraux (trustees, family offices etc.).

En Suisse, l'association STEP fut fondée en 1992. Par la suite, plusieurs branches se sont établies à travers tout le pays: Bâle, Genève, Lausanne, Lugano, Vaduz, Zoug et Zurich. Aujourd'hui regroupées en une fédération, ces 7 associations comptent plus de 1'600 membres.

Compte tenu de ces activités, nos membres traitent notamment les données financières relatives à leurs clients, individus ou familles, et comprennent donc les risques d'abus relatifs à ces données sensibles.

1. Echange automatique de renseignements en Suisse

Le 21 juillet 2014, l'Organisation de coopération et de développement économiques publiait l'ensemble des documents relatifs à la nouvelle norme internationale concernant l'EAR.

Le 8 octobre 2014, le Conseil fédéral approuvait les mandats de négociation définitifs sur l'introduction de la nouvelle norme internationale régissant l'EAR avec des états partenaires. Il précisait en particulier que "*la nouvelle norme doit satisfaire à certaines exigences: les renseignements échangés doivent être utilisés exclusivement aux fins convenues (principe de la spécialité), les renseignements doivent être échangés sur une base réciproque et la protection des données doit être garantie.*"

Le 1 décembre 2016, le Département fédéral des finances (DFF) a ouvert, une procédure de consultation sur l'introduction de l'EAR avec une série d'autres pays. A ce sujet, nous vous renvoyons à notre prise de position du 15 mars 2017 relative à l'Argentine, le Brésil, le Mexique, l'Uruguay, l'Inde et l'Afrique du Sud.

Le 2 février 2017, le DFF a mis en consultation l'introduction de l'EAR avec la Chine, l'Indonésie, la Russie, l'Arabie saoudite, le Liechtenstein, la Colombie, la Malaisie, les Émirats arabes unis, Montserrat, Aruba, Curaçao, le Belize, le Costa Rica, Antigua-et-Barbuda, la Grenade, Saint-Kitts-et-Nevis, Sainte-Lucie, Saint-Vincent-et-les-Grenadines, les Îles Cook et les Îles Marshall. A juste titre, le Conseil fédéral a précisé que "pour rejoindre le réseau d'Etats partenaires de la Suisse, ces pays devront respecter le principe de la spécialité et garantir la confidentialité des données livrées".¹

Parmi ces 20 Etats, nous nous concentrerons sur 4 pays les plus problématiques: la Chine, la Russie, l'Arabie saoudite et la Colombie. En effet, le non-respect de la protection des données (*infra* ch. 2), la corruption (*infra* ch. 3) et l'absence d'Etat de droit (*infra* ch. 4) dans ces pays est à mille lieues du standard minimum auquel on devrait s'attendre de partenaires auxquels des données financières personnelles d'une telle sensibilité pourraient être transmises.

2. Protection insuffisante des données – selon la Suisse et selon l'UE

Selon l'art.5 de la Loi fédérale sur l'échange international automatique de renseignements en matière fiscale (**LEAR**), les dispositions relatives à la protection des données à respecter doivent être au moins conformes aux dispositions matérielles de la loi fédérale du 19 juin 1992 sur la protection des données (**LPD**).

Le Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence (**PFPDT**) a établi une liste récapitulant l'état de la protection des données dans le monde. Cette liste recense les Etats ayant une législation assurant un niveau de protection adéquat (art.6 al.1 LPD). Or, selon la dernière version de cette liste (janvier 2017), aucun de ces 4 pays ne remplit les exigences minimales suisses en matière de protection des données.² Le nom de l'Autorité nationale de protection des données (probablement inexistante) ne figure même pas sur cette liste.

Ainsi, il est inacceptable que le gouvernement suisse puisse envisager d'introduire l'EAR avec ces 4 pays, alors qu'une de ses propres autorités reconnaît qu'ils n'offrent pas de garanties suffisantes pour protéger les données.

Par ailleurs, ces inquiétudes sont aussi partagées au niveau européen. Dans son avis 2/2015 du 8 juillet 2015, le Contrôleur européen à la protection des données estime que l'EAR cause une atteinte disproportionnée à la protection des données.³ Ses conclusions sont:

"Nous estimons que, durant la phase de négociation, un certain nombre de corrections auraient dû être apportées à l'accord afin de mieux prendre en compte les questions relatives à la protection des données. Nous invitons désormais le législateur européen à introduire de telles garanties en matière de protection des données dans les futures mesures d'application de l'accord ainsi que dans les futurs accords bilatéraux qui seront conclus avec d'autres pays dans ce même domaine. En particulier, tout accord similaire ou toute future mesure d'application devrait:

veiller à la proportionnalité du traitement des données, en subordonnant la collecte et l'échange d'informations fiscales à un risque réel de fraude fiscale et en introduisant des critères visant à dispenser les comptes à faible risque des obligations déclaratives;

¹ <https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiqués.msg-id-65497.html>

² <https://www.edoeb.admin.ch/datenschutz/00626/00753/index.html?lang=fr&download=NHZLpZeg7t,Inp6I0NTU042I2Z6I n1ae2IZn4Z2qZpnO2YUq2Z6gpJCDdXt3fmym162epYbg2c JjKbNoKSn6A-->

³ Avis du CEPD sur l'accord entre l'UE et la Suisse sur l'échange automatique d'informations fiscales.
https://edps.europa.eu/sites/edp/files/publication/15-07-08_eu_switzerland_fr.pdf

- limiter la finalité du traitement des données à la poursuite d'un objectif politique légitime et empêcher son utilisation à d'autres fins sans en avoir informé les personnes concernées;
- prévoir la fourniture d'informations adéquates aux personnes concernées (en vertu de l'article 10 de la directive sur la protection des données) quant à l'objet et aux modalités du traitement de leurs données financières, y compris les destinataires de leurs données;
- établir des normes explicites en matière de sécurité et de protection des données, que les institutions publiques et privées participant à la collecte et à l'échange d'informations fiscales sont tenues de respecter (privacy-by-design). Il devrait également prévoir des sanctions en cas de violation de ces dispositions;
- prévoir une durée de conservation explicite des informations fiscales échangées et imposer leur suppression dès lors qu'elles ne sont plus traitées aux fins de la lutte contre la fraude fiscale."

Or, nous ne trouvons aucune trace de ces garanties dans les déclarations helvétiques relatives à ces 4 pays.

3. Etats corrompus

Transparency International est une ONG ayant pour principale vocation la lutte contre la corruption des gouvernements et institutions gouvernementales mondiaux. Elle jouit d'un rayonnement international, possédant des sections autonomes dans 110 pays du Nord comme du Sud.⁴ Chaque année, Transparency International publie son "Corruption Perceptions Index" (**Index**), lequel recense l'étendue de la corruption dans le secteur public. L'édition 2016 de l'Index inclut les données macroéconomiques de 176 pays.⁵

Or, sur une échelle de 0 à 100 de l'Index⁶, les nouveaux Etats candidats à l'EAR font très pâle figure: l'Arabie saoudite obtient un score de 46, la Chine 40, la Colombie 37 et la Russie 29(!). En comparaison, la Suisse jouit d'un score de 86.

En particulier, la différence entre la Suisse et la Russie est visuellement frappante sur l'Index (cf. Annexe 1): le 5^{ème} de classe face au 131^{ème} cancer – même plus corrompu que le Mexique avec ses 3'222 fonctionnaires dénoncés en 2015.⁷

Ainsi, une véritable contrebande de données financières sensibles s'organiserait si celles-ci étaient transmises dans ces 4 pays largement corrompus.

⁴ <https://www.transparency.org/>

⁵ <https://www.transparency.org/cpi>

⁶ 0 indiquant une économie totalement corrompue, 100 valant absence complète de corruption.

⁷ Cf. notre prise de position du 15 mars 2017. L'ampleur de la corruption est telle que l'Anti Corruption Foundation a été créée en Russie en 2011, une ONG entièrement financées par des dons privés, pour dénoncer publiquement les innombrables cas de corruption. Ces dossiers sont disponibles sur <https://fbk.info/english/about/>

4. Absence d'Etat de droit

Créé en 1889, The Wall Street Journal est le quotidien économique et financier le plus vendu au monde.⁸ Quant à la Fondation Heritage, il s'agit d'un laboratoire d'idées ("think tank") américain créé en 1973, qui a pour mission de formuler et promouvoir des politiques publiques conservatrices sur les principes de la libre entreprise, du gouvernement limité et de la liberté individuelle.⁹

Ensemble, ces deux organismes publient chaque année un Indice de Liberté Economique (ILE).¹⁰ L'ILE mesure le degré de liberté économique en fonction de 12 variables regroupées en 4 piliers.¹¹ La 23ème édition (2017) de l'ILE inclut les données macroéconomiques de 186 pays.

Sur une échelle de 0 à 100¹², la Colombie obtient un score global de 69.7, l'Arabie saoudite 64.4, la Chine 57,4 et la Russie finit de nouveau dernière avec 57.1.¹³ En comparaison, la Suisse jouit d'un excellent score de 81.5 (ce qui en fait le 4^{ème} pays le plus libre au monde).

Aux fins de l'EAR, il convient en particulier de juger ces 4 pays à l'aune du critère du "respect de l'Etat de droit" pour déterminer la protection dont bénéficient réellement les personnes de contrôle résidentes dans ces Etats quant au risque d'expropriation de leurs avoirs et au degré d'indépendance des tribunaux. Les graphiques ci-dessous sont tirés des fiches individuelles de chaque pays.

4.1 Russie

Dire que la situation est inquiétante en Russie est un faible mot: les niveaux de garantie de la propriété, d'efficacité du système judiciaire et d'intégrité gouvernementale sont tous en-dessous de la moyenne mondiale de l'ILE.

En particulier, il y existe un "flagrant déni de l'Etat de droit". Ainsi, le récent scandale Laundromat a mis en lumière la complicité d'officiels russes dans le blanchiment de 22 milliards de dollars.¹⁴ Un spécialiste parle même de "nihilisme légal" dans ce pays.¹⁵

De plus, "les fonctionnaires agissent en toute impunité" et la corruption au sein du gouvernement russe est "omniprésente", rendant le respect de la propriété privée "faible" selon l'ILE.

⁸ https://fr.wikipedia.org/wiki/The_Wall_Street_Journal

⁹ https://fr.wikipedia.org/wiki/Heritage_Foundation

¹⁰ https://fr.wikipedia.org/wiki/Indice_de_libert%C3%A9_%C3%A9conomique

¹¹ (i) respect de l'Etat de droit (garantie de la propriété, absence de corruption, efficacité du système judiciaire); (ii) intrusion gouvernementale limitée (dépenses budgétaires gouvernementales, charge fiscale, état des dépenses publiques); (iii) Efficacité de la réglementation (liberté dans les affaires, du travail, de la monnaie); et (iv) ouverture du marché (liberté du commerce, des investissements, de la finance).

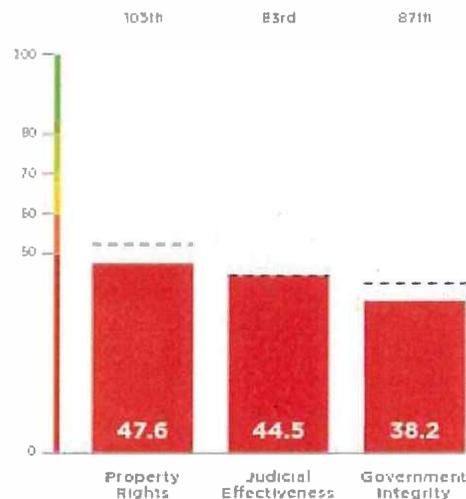
¹² 0 indiquant une économie totalement viciée, 100 indiquant une liberté complète.

¹³ <http://www.heritage.org/index/>

¹⁴ Emmanuel Grynszpan, *Comment plus de vingt milliards d'argent sale sont passés de Moscou à Londres*, Le Temps 21 mars 2017: <https://www.letemps.ch/economie/2017/03/21/plus-vingt-milliards-dargent-sale-passes-moscou-londres>

¹⁵ Prof. Manabu Suhara, professeur à l'Université de Nihon, faculté d'économie et de l'École d'études supérieures de l'Université de Tokyo, *Corruption in Russia: A Historical Perspective*, p. 387: https://src-slav.hokudai.ac.jp/sympo/03september/pdf/M_Suhara.pdf

RULE OF LAW



Les abus d'autorité y sont légion et de notoriété publique. Ainsi l'affaire Yukos, où les actionnaires spoliés ont obtenu en 2014 d'un tribunal arbitral néerlandais le versement de 50 milliards de dollars par l'Etat russe, qui s'y refuse. Selon l'ex-PDG de Yukos (Mikhaïl Khodorkovski), il convient "d'appeler les choses par leur nom, les analyser telles qu'elles sont: les tribunaux qui ne sont pas des tribunaux, l'absence de liberté de parole, des élections faussées et une bureaucratie criminelle."¹⁶ La Suisse a d'ailleurs délivré à M. Khodorkovski un visa à sa libération fin 2013, après plus de dix ans de détention dans les geôles russes.

Et plus récemment encore, "environ 70'000 entreprises sont victimes d'une prise de contrôle avec violence chaque année. Résultat d'une sombre alliance entre les services secrets et le bureau du procureur général, des centaines de milliers d'entrepreneurs sont en prison. C'est l'une des raisons pour laquelle l'économie russe est dans un état déplorable. « Ce que nous avons là, c'est un système d'extorsion cautionné par l'État », dit M. Boris Titov, le responsable de la commission des affaires du président russe, dans un quotidien russe en 2011. Titov a été nommé pendant le bref printemps de l'intérim du président Medvedev. Il cite un autre chiffre : chaque année, ce sont 70 000 entreprises qui subissent ces "raids". "Raid", c'est le terme utilisé en Russie pour désigner la confiscation violente d'une entreprise par un groupe d'hommes masqués. La confiscation est souvent justifiée par de faux contrats ou à travers des délits fabriqués de toutes pièces. Les propriétaires légitimes se retrouvent en prison puis, dans un deuxième temps, des fonctionnaires corrompus du ministère de la justice authentifient les faux contrats."¹⁷ (nous soulignons)

4.2 Chine

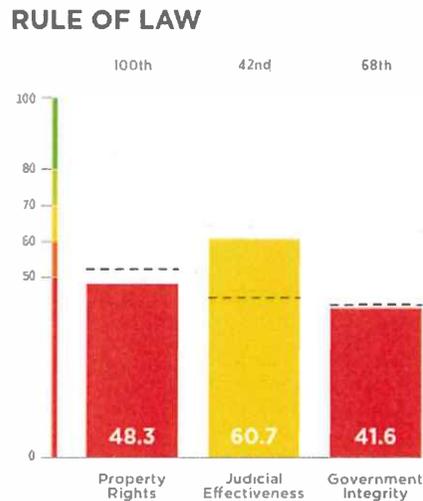
La garantie de la propriété ainsi que l'intégrité gouvernementale se situent en-dessous de la moyenne mondiale. De plus, la Chine demeure "généralement corrompue", la corruption y étant "endémique".

¹⁶ Interview de Mikhaïl Khodorkovski par la Sddeutsche Zeitung, Le Monde, l'International Herald Tribune et le Corriere della Sera, in Le Temps, 27 janvier 2011: <https://www.letemps.ch/monde/2011/01/27/khodorkovski-opposant-personnel-poutine>

¹⁷ David Crawford et Marcus Bensmann, *Le système Poutine (3, 4, 5): trois baleines, un espion et des "raids"*, Enquête: le système Poutine: argent sale et effondrement de l'État, in Mediapart, 1er août 2015: <https://www.mediapart.fr/journal/international/010815/le-systeme-poutine-3-4-5-trois-baleines-un-espion-et-des-raids?onglet=full>

De surcroît, les faibles garanties de l'Etat de droit sont "préoccupantes" et "la vulnérabilité du système juridique à l'influence politique et aux directives du Parti Communiste sape l'Etat de droit" selon l'ILE. Ainsi, on lit avec effroi dans un article du Temps du 11 avril 2017, que "le taux de condamnation des tribunaux chinois, toutes peines confondues, s'élève à 99,92%."¹⁸

Dans son rapport mondial "Condamnations à mort et exécutions 2016", Amnesty International ajoute que la Chine recourt même à la peine de mort pour des crimes économiques...¹⁹



4.3 Arabie saoudite

En Arabie saoudite, le système judiciaire est "non transparent" et "doit coordonner ses décisions avec l'exécutif" selon l'ILE. De plus, la corruption y demeure un "problème significatif".

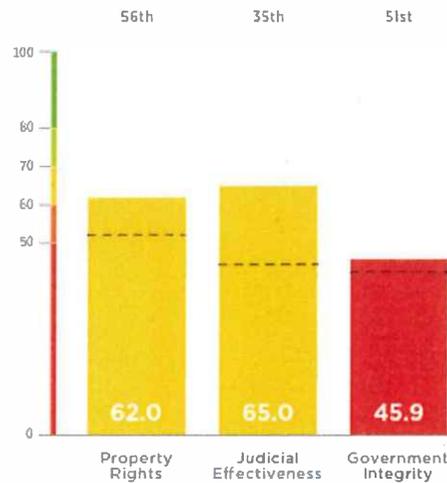
De surcroît, le dernier rapport mondial d'Amnesty International (supra ch. 4.2.) indique que les condamnations ont dans la plupart des cas lieu "à l'issue d'une procédure ne respectant pas les normes internationales en matière d'équité et de procès."²⁰

¹⁸ <https://www.letemps.ch/monde/2017/04/11/amnesty-international-denonce-executions-secretes-chine>

¹⁹ <https://www.amnesty.org/fr/documents/document/?indexNumber=act50%2f5740%2f2017&language=fr>

²⁰ Supra, n°18, p. 8.

RULE OF LAW

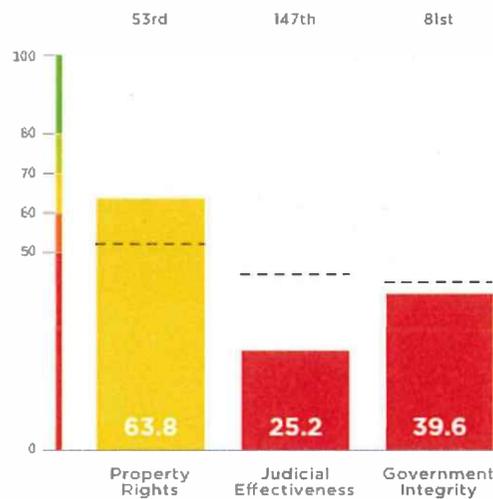


4.4 Colombie

Enfin en Colombie, les niveaux d'efficacité du système judiciaire et d'intégrité gouvernementale sont largement en-dessous de la moyenne mondiale de l'ILE.

En particulier, il est nécessaire d'y "renforcer le système judiciaire" car les tribunaux colombiens souffrent de "corruption et d'extorsion". "Le trafic de drogues et ses conséquences (violence et corruption) continuent d'éroder les institutions" selon l'ILE.

RULE OF LAW



5. Conclusion

Les analyses précédentes ne laissent subsister aucun doute: la Russie, la Chine, l'Arabie saoudite et la Colombie ne remplissent (actuellement) pas les exigences élevées de spécialité et de confidentialité de l'EAR, en raison de la corruption étendue, de l'absence d'Etat de droit (pas de garantie de la propriété privée, inefficacité/inféodation du système judiciaire et absence d'intégrité du gouvernement), ainsi que du non-respect de la protection des données qui y règnent.

En particulier, parmi les 79 pays et territoires concernés par l'EAR avec la Suisse (38 en vigueur et 41 en consultation), la Russie est la moins bien notée à tous points de vue.

"J'espère que les pays occidentaux sont conscients de ce que les espoirs en la démocratie ne sont pas une chose sans importance que l'on peut sacrifier au nom de banals intérêts." M. Mikhaïl Khodorkovski.²¹

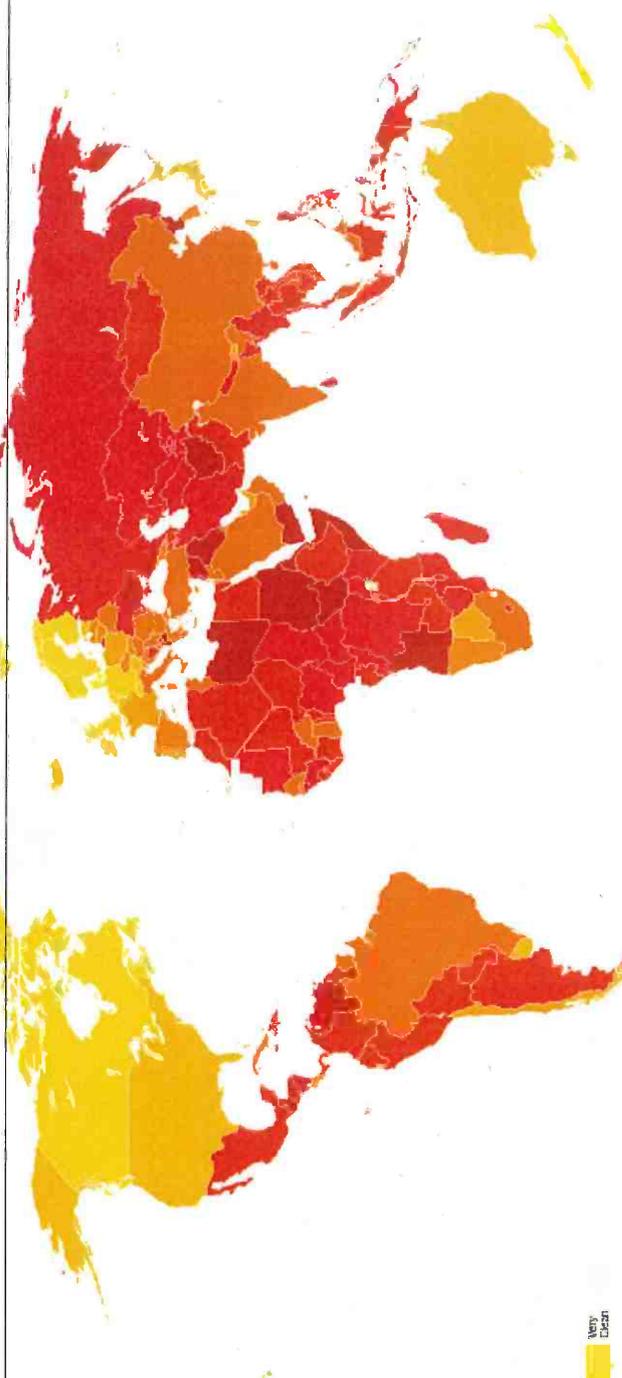
Nous vous remercions de prendre bonne note de ce qui précède et vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos salutations distinguées.



David Wallace Wilson
Membre du comité
Président, STEP Genève

²¹ Cf. note 17.

Annexe 1: Transparency International (TI) - "Corruption Perceptions Index"



CORRUPTION PERCEPTIONS INDEX 2016

The perceived levels of public sector corruption in 176 countries/territories around the world.



RANK	COUNTRY/TERRITORY	SCORE	RANK	COUNTRY/TERRITORY	SCORE	RANK	COUNTRY/TERRITORY	SCORE	RANK	COUNTRY/TERRITORY	SCORE
1	Denmark	90	81	Italy	47	151	Iran	29	221	Yemen	14
2	New Zealand	89	82	Sao Tome and Principe	46	152	Guinea	27	222	Yemen	14
3	Ireland	89	83	Saudi Arabia	45	153	Guinea-Bissau	26	223	Yemen	14
4	Sweden	88	84	Montenegro	45	154	Guinea-Bissau	26	224	Yemen	14
5	Switzerland	88	85	Oman	45	155	Guinea-Bissau	26	225	Yemen	14
6	Norway	85	86	Senegal	45	156	Guinea-Bissau	26	226	Yemen	14
7	Singapore	84	87	South Africa	45	157	Guinea-Bissau	26	227	Yemen	14
8	Netherlands	83	88	Suriname	45	158	Guinea-Bissau	26	228	Yemen	14
9	Canada	83	89	Greece	44	159	Guinea-Bissau	26	229	Yemen	14
10	Germany	81	90	China	44	160	Guinea-Bissau	26	230	Yemen	14
11	Luxembourg	81	91	India	44	161	Guinea-Bissau	26	231	Yemen	14
12	United Kingdom	81	92	Albania	43	162	Guinea-Bissau	26	232	Yemen	14
13	Australia	79	93	Bosnia and Herzegovina	43	163	Guinea-Bissau	26	233	Yemen	14
14	Iceland	78	94	Jamaica	43	164	Guinea-Bissau	26	234	Yemen	14
15	Belgium	77	95	Lesotho	43	165	Guinea-Bissau	26	235	Yemen	14
16	Hong Kong	77	96	Latvia	43	166	Guinea-Bissau	26	236	Yemen	14
17	Austria	75	97	Lithuania	43	167	Guinea-Bissau	26	237	Yemen	14
18	United States	74	98	Malta	43	168	Guinea-Bissau	26	238	Yemen	14
19	Ireland	73	99	Mauritius	43	169	Guinea-Bissau	26	239	Yemen	14
20	Japan	72	100	Rwanda	43	170	Guinea-Bissau	26	240	Yemen	14
21	Uruguay	71	101	Slovenia	43	171	Guinea-Bissau	26	241	Yemen	14
22	Estonia	70	102	Slovenia	43	172	Guinea-Bissau	26	242	Yemen	14
23	France	69	103	Slovenia	43	173	Guinea-Bissau	26	243	Yemen	14
24	Bahrain	66	104	Slovenia	43	174	Guinea-Bissau	26	244	Yemen	14
25	Chile	66	105	Slovenia	43	175	Guinea-Bissau	26	245	Yemen	14
26	United Arab Emirates	66	106	Slovenia	43	176	Guinea-Bissau	26	246	Yemen	14
27	Brazil	65	107	Slovenia	43	177	Guinea-Bissau	26	247	Yemen	14
28	Israel	64	108	Slovenia	43	178	Guinea-Bissau	26	248	Yemen	14
29	Poland	62	109	Slovenia	43	179	Guinea-Bissau	26	249	Yemen	14
30	Portugal	62	110	Slovenia	43	180	Guinea-Bissau	26	250	Yemen	14
31	Barbados	61	111	Slovenia	43	181	Guinea-Bissau	26	251	Yemen	14
32	Costa Rica	61	112	Slovenia	43	182	Guinea-Bissau	26	252	Yemen	14
33	Catar	61	113	Slovenia	43	183	Guinea-Bissau	26	253	Yemen	14
34	Slovenia	61	114	Slovenia	43	184	Guinea-Bissau	26	254	Yemen	14
35	Taiwan	61	115	Slovenia	43	185	Guinea-Bissau	26	255	Yemen	14
36	Bolivia	60	116	Slovenia	43	186	Guinea-Bissau	26	256	Yemen	14
37	Saint Lucia	60	117	Slovenia	43	187	Guinea-Bissau	26	257	Yemen	14
38	The Grenadines	60	118	Slovenia	43	188	Guinea-Bissau	26	258	Yemen	14
39	Cape Verde	59	119	Slovenia	43	189	Guinea-Bissau	26	259	Yemen	14
40	Dominica	59	120	Slovenia	43	190	Guinea-Bissau	26	260	Yemen	14
41	Lithuania	59	121	Slovenia	43	191	Guinea-Bissau	26	261	Yemen	14
42	Uruguay	58	122	Slovenia	43	192	Guinea-Bissau	26	262	Yemen	14
43	Uruguay	58	123	Slovenia	43	193	Guinea-Bissau	26	263	Yemen	14
44	Uruguay	58	124	Slovenia	43	194	Guinea-Bissau	26	264	Yemen	14
45	Uruguay	58	125	Slovenia	43	195	Guinea-Bissau	26	265	Yemen	14
46	Uruguay	58	126	Slovenia	43	196	Guinea-Bissau	26	266	Yemen	14
47	Uruguay	58	127	Slovenia	43	197	Guinea-Bissau	26	267	Yemen	14
48	Uruguay	58	128	Slovenia	43	198	Guinea-Bissau	26	268	Yemen	14
49	Uruguay	58	129	Slovenia	43	199	Guinea-Bissau	26	269	Yemen	14
50	Uruguay	58	130	Slovenia	43	200	Guinea-Bissau	26	270	Yemen	14
51	Uruguay	58	131	Slovenia	43	201	Guinea-Bissau	26	271	Yemen	14
52	Uruguay	58	132	Slovenia	43	202	Guinea-Bissau	26	272	Yemen	14
53	Uruguay	58	133	Slovenia	43	203	Guinea-Bissau	26	273	Yemen	14
54	Uruguay	58	134	Slovenia	43	204	Guinea-Bissau	26	274	Yemen	14
55	Uruguay	58	135	Slovenia	43	205	Guinea-Bissau	26	275	Yemen	14
56	Uruguay	58	136	Slovenia	43	206	Guinea-Bissau	26	276	Yemen	14
57	Uruguay	58	137	Slovenia	43	207	Guinea-Bissau	26	277	Yemen	14
58	Uruguay	58	138	Slovenia	43	208	Guinea-Bissau	26	278	Yemen	14
59	Uruguay	58	139	Slovenia	43	209	Guinea-Bissau	26	279	Yemen	14
60	Uruguay	58	140	Slovenia	43	210	Guinea-Bissau	26	280	Yemen	14
61	Uruguay	58	141	Slovenia	43	211	Guinea-Bissau	26	281	Yemen	14
62	Uruguay	58	142	Slovenia	43	212	Guinea-Bissau	26	282	Yemen	14
63	Uruguay	58	143	Slovenia	43	213	Guinea-Bissau	26	283	Yemen	14
64	Uruguay	58	144	Slovenia	43	214	Guinea-Bissau	26	284	Yemen	14
65	Uruguay	58	145	Slovenia	43	215	Guinea-Bissau	26	285	Yemen	14
66	Uruguay	58	146	Slovenia	43	216	Guinea-Bissau	26	286	Yemen	14
67	Uruguay	58	147	Slovenia	43	217	Guinea-Bissau	26	287	Yemen	14
68	Uruguay	58	148	Slovenia	43	218	Guinea-Bissau	26	288	Yemen	14
69	Uruguay	58	149	Slovenia	43	219	Guinea-Bissau	26	289	Yemen	14
70	Uruguay	58	150	Slovenia	43	220	Guinea-Bissau	26	290	Yemen	14
71	Uruguay	58	151	Slovenia	43	221	Guinea-Bissau	26	291	Yemen	14
72	Uruguay	58	152	Slovenia	43	222	Guinea-Bissau	26	292	Yemen	14
73	Uruguay	58	153	Slovenia	43	223	Guinea-Bissau	26	293	Yemen	14
74	Uruguay	58	154	Slovenia	43	224	Guinea-Bissau	26	294	Yemen	14
75	Uruguay	58	155	Slovenia	43	225	Guinea-Bissau	26	295	Yemen	14
76	Uruguay	58	156	Slovenia	43	226	Guinea-Bissau	26	296	Yemen	14
77	Uruguay	58	157	Slovenia	43	227	Guinea-Bissau	26	297	Yemen	14
78	Uruguay	58	158	Slovenia	43	228	Guinea-Bissau	26	298	Yemen	14
79	Uruguay	58	159	Slovenia	43	229	Guinea-Bissau	26	299	Yemen	14
80	Uruguay	58	160	Slovenia	43	230	Guinea-Bissau	26	300	Yemen	14
81	Uruguay	58	161	Slovenia	43	231	Guinea-Bissau	26	301	Yemen	14
82	Uruguay	58	162	Slovenia	43	232	Guinea-Bissau	26	302	Yemen	14
83	Uruguay	58	163	Slovenia	43	233	Guinea-Bissau	26	303	Yemen	14
84	Uruguay	58	164	Slovenia	43	234	Guinea-Bissau	26	304	Yemen	14
85	Uruguay	58	165	Slovenia	43	235	Guinea-Bissau	26	305	Yemen	14
86	Uruguay	58	166	Slovenia	43	236	Guinea-Bissau	26	306	Yemen	14
87	Uruguay	58	167	Slovenia	43	237	Guinea-Bissau	26	307	Yemen	14
88	Uruguay	58	168	Slovenia	43	238	Guinea-Bissau	26	308	Yemen	14
89	Uruguay	58	169	Slovenia	43	239	Guinea-Bissau	26	309	Yemen	14
90	Uruguay	58	170	Slovenia	43	240	Guinea-Bissau	26	310	Yemen	14
91	Uruguay	58	171	Slovenia	43	241	Guinea-Bissau	26	311	Yemen	14
92	Uruguay	58	172	Slovenia	43	242	Guinea-Bissau	26	312	Yemen	14
93	Uruguay	58	173	Slovenia	43	243	Guinea-Bissau	26	313	Yemen	14
94	Uruguay	58	174	Slovenia	43	244	Guinea-Bissau	26	314	Yemen	14
95	Uruguay	58	175	Slovenia	43	245	Guinea-Bissau	26	315	Yemen	14
96	Uruguay	58	176	Slovenia	43	246	Guinea-Bissau	26	316	Yemen	14
97	Uruguay	58	177	Slovenia	43	247	Guinea-Bissau	26	317	Yemen	14
98	Uruguay	58	178	Slovenia	43	248	Guinea-Bissau	26	318	Yemen	14
99	Uruguay	58	179	Slovenia	43	249	Guinea-Bissau	26	319	Yemen	14
100	Uruguay	58	180	Slovenia	43	250	Guinea-Bissau	26	320	Yemen	14
101	Uruguay	58	181	Slovenia	43	251	Guinea-Bissau	26	321	Yemen	14
102	Uruguay	58	182	Slovenia	43	252	Guinea-Bissau	26	322	Yemen	14
103	Uruguay	58	183	Slovenia	43	253	Guinea-Bissau	26	323	Yemen	14
104	Uruguay	58	184	Slovenia	43	254	Guinea-Bissau	26	324	Yemen	14
105	Uruguay	58	185	Slovenia	43	255	Guinea-Bissau	26	325	Yemen	14
106	Uruguay	58	186	Slovenia	43	256	Guinea-Bissau	26	326	Yemen	14
107	Uruguay	58	187	Slovenia	43	257	Guinea-Bissau	26	327	Yemen	14
108	Uruguay	58	188	Slovenia	43	258	Guinea-Bissau	26	328	Yemen	14
109	Uruguay	58	189	Slovenia	43	259	Guinea-Bissau	26	329	Yemen	14
110	Uruguay	58	190	Slovenia	43	260	Guinea-Bissau	26	330	Yemen	14
111	Uruguay	58	191	Slovenia	43	261	Guinea-Bissau	26	331	Yemen	14
112	Uruguay	58	192	Slovenia	43	262	Guinea-Bissau	26	332	Yemen	14
113	Uruguay	58	193	Slovenia	43	263	Guinea-Bissau	26	333	Yemen	14
114	Uruguay	58	194	Slovenia	43	264	Guinea-Bissau	26	334	Yemen	14
115	Uruguay	58	195	Slovenia	43	265	Guinea-Bissau	26	335	Yemen	14
116	Uruguay	58	196	Slovenia	43	266	Guinea-Bissau	26	336	Yemen	14
117	Uruguay	58	197	Slovenia	43	267	Guinea-Bissau	26	337	Yemen	14
118	Uruguay	58	198	Slovenia	43	268	Guinea-Bissau	26	338	Yemen	14
119	Uruguay	58	199	Slovenia	43	269	Guinea-Bissau	26	339	Yemen	14
120	Uruguay	58	200	Slovenia	43	270	Guinea-Bissau	26	340	Yemen	14
121	Uruguay	58	201	Slovenia	43	271	Guinea-Bissau	26	341	Yemen	14
122	Uruguay	58	202	Slovenia	43	272	Guinea-Bissau	26	342	Yemen	14
123	Uruguay	58	203	Slovenia	43	273	Guinea-Bissau	26	343	Yemen	14
124	Uruguay	58	204	Slovenia							

Von: Gubinelli Oriana [<mailto:o.gubinelli@konsumentenschutz.ch>]

Gesendet: Donnerstag, 9. Februar 2017 12:45

An: _SIF-Vernehmlassungen <Vernehmlassungen@sif.admin.ch>

Betreff: Einführung des automatischen Informationsaustauschs Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten ab 2018/2019

Guten Tag

Besten Dank für Ihre Einladung zur Stellungnahme betreffend oben genannte Anhörung.

Leider hat die Stiftung für Konsumentenschutz momentan keine Kapazitäten, um eine Stellungnahme zu schreiben.

Vielen Dank für Ihr Verständnis!

Mit freundlichen Grüssen

Stiftung für Konsumentenschutz

Freundliche Grüsse

Oriana Gubinelli
Leiterin Beratung

Freitag abwesend

Stiftung für Konsumentenschutz SKS
Monbijoustrasse 61, Postfach
3001 Bern
Tel. +41 31 370 24 24
o.gubinelli@konsumentenschutz.ch
www.konsumentenschutz.ch



Stopp Hochpreisinsel – unterschreiben Sie jetzt die Fair-Preis-Initiative:

<https://wecollect.ch/de/campaign/fairpreisinitiative/>

15. März 2017

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Herr Matthieu Boillat
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Email an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Stellungnahme zur geplanten Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien

Sehr geehrter Herr Boillat

Wir bedanken uns bestens für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur geplanten Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien.

Am 15. Juli 2014 hat die OECD den internationalen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten in Steuersachen (AIA) verabschiedet. Bis heute haben sich 101 Staaten und Territorien zur Umsetzung des Standards bekannt. In der Schweiz haben die eidgenössischen Räte im Dezember 2015 mit der Multilateralen Amtshilfekonvention, dem MCAA und dem AIA-Gesetz die gesetzlichen Grundlagen verabschiedet. Diese Rechtsgrundlagen sind am 1. Januar 2017 in Kraft getreten.

Damit der AIA mit einem Partnerstaat eingeführt werden kann, muss er zusätzlich bilateral aktiviert werden. Inzwischen hat die Schweiz mit 38 Staaten und Territorien den AIA ab 2017/2018 eingeführt. Mit den vorliegend zu beurteilenden internationalen Vereinbarungen will die Schweiz den AIA ab 2018/2019 auf die folgenden Staaten ausdehnen: Andorra, Argentinien, Barbados, die Bermuda-Inseln, Brasilien, die Britischen Jungferninseln, die Cayman Inseln, Chile, die Färöer Inseln, Grönland, Indien, Israel, Mauritius, Mexiko, Monaco, Neuseeland, San Marino, die Seychellen, Südafrika, die Turks und Caicos Inseln und Uruguay.

Die im Industrie- und Dienstleistungssektor tätigen Mitgliedfirmen von SwissHoldings sind vom AIA über Finanzkonten nur am Rande betroffen. Für uns ist zentral, dass die Schweiz in anderen Bereichen wie der Unternehmensbesteuerung nicht international unter Druck gerät, weil sie den AIA ungenügend umsetzt. Wie das EU-Projekt gemeinsamer schwarzer Listen im Steuerbereich zeigt, sind solche Gefahren für die Schweizer Industrieunternehmen absolut real. Hauptkriterien der EU-Liste sind Steuertransparenz, ein fairer Steuerwettbewerb sowie die Umsetzung der BEPS-Vorgaben. Bei der Steuertransparenz wird geprüft, ob ein Staat den AIA-Standard über

Finanzkonten sowie den Amtshilfestandard zum Austausch auf Ersuchen umsetzt. Eine Vermischung der Unternehmensbesteuerung mit dem AIA über Finanzkonten ist nicht nur bei der EU, sondern auch bei OECD und G20 zu beobachten.

Insbesondere nach der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III und dem (vorübergehenden) Weiterbestand der verpönten Schweizer Steuerregimes sollte die Schweiz davon absehen, international weitere Angriffsflächen im Steuerbereich zu schaffen. Aus diesem Grund unterstützt SwissHoldings den Abschluss von AIA-Abkommen mit den vorerwähnten Staaten.

Eine besondere Situation stellt für SwissHoldings Brasilien dar. Seit vielen Jahren versucht die Schweiz mit diesem äusserst wichtigen Handelspartner der Schweiz und Absatzmarkt für Schweizer Industrieprodukte ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) abzuschliessen. Im Rahmen der kürzlich wiederaufgenommenen Verhandlungen konnten offenbar grosse Fortschritte erzielt werden. SwissHoldings ist der Überzeugung, dass ein attraktives DBA mit Brasilien nur in Kombination mit einer AIA-Vereinbarung abgeschlossen werden kann. Kommt Brasilien dank dem AIA und dem bestehenden Steuerinformationsabkommen an sämtliche wichtigen Steuerinformationen aus der Schweiz, dürfte der Wille ein auch für die Schweiz günstiges DBA zu vereinbaren, stark abnehmen. Aus diesen Gründen stimmt SwissHoldings einer AIA-Vereinbarung mit Brasilien nur zu, wenn gleichzeitig auch ein DBA zwischen den beiden Staaten vereinbart werden kann.

SwissHoldings unterstützt somit die geplante Ausdehnung des AIA auf die erwähnten Staaten. Eine Ausnahme bildet einzig Brasilien. Diesbezüglich sind wir der Meinung, dass eine AIA-Vereinbarung mit Brasilien nur abgeschlossen werden darf, wenn gleichzeitig auch ein DBA zwischen den beiden Staaten vereinbart werden kann.

Wir bitten Sie höflich, unsere Positionen gebührend zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

SwissHoldings
Geschäftsstelle

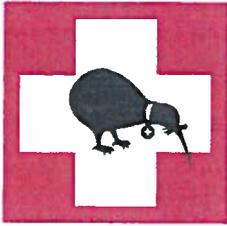


Dr. Gabriel Rumo
Mitglied der Geschäftsleitung



Martin Hess
Dipl. Steuerexperte

Cc SH-Vorstand, SH Tax Group, Geschäftsstelle



Swiss Society of New Zealand (Inc.)

P.O.Box 24061 Hamilton 3253

Email: Hans.vetsch@swiss.org.nz

An den Bundesrat
Bundeskanzlei
3003 Bern

Datum: 01.03.2017

Einführung des Automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen mit Neuseeland

Sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte

Ich danke dem Eidgenössischen Finanzdepartement für die Gelegenheit, im Rahmen des laufenden Vernehmlassungsverfahrens zur Frage der Einführung des Automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen mit Neuseeland Stellung zu nehmen. Ich tue dies im Namen der Swiss Society of New Zealand, der Dachorganisation der Schweizervereine in Neuseeland, der auch zahlreiche Einzelmitglieder angehören, welche an Orten leben, wo kein solcher Verein existiert. In Neuseeland sind rund siebentausend Schweizerbürger niedergelassen. Gegen zehn Prozent von ihnen sind in Schweizervereinen organisiert, der höchste Wert weltweit. Meine Organisation kann deshalb mit Fug und Recht in Anspruch nehmen, die Schweizer in Neuseeland zu vertreten. (Neben den erwähnten Schweizerbürgern dürfte es zudem noch mindestens etwa dreissigtausend Neuseeländer schweizerischer Abstammung geben.)

Die Swiss Society of New Zealand spricht sich unmissverständlich gegen die Einführung des AIA mit ihrem Gastland aus, solange die damit in direktem Zusammenhang stehende schwerwiegende Sozialversicherungsfrage zwischen den beiden Ländern nicht gelöst ist. Sie ersucht den Bundesrat bzw. die Eidgenössischen Räte, Neuseeland von der Liste der Länder zu streichen, mit denen der AIA 2018 eingeführt werden soll. Ein Abkommen mit Neuseeland über den AIA soll erst dann rechtsgültig abgeschlossen werden, wenn Neuseeland endlich Hand zu einer einvernehmlichen Lösung der erwähnten Frage geboten

hat. Bis zu diesem Zeitpunkt würde meine Organisation ein solches Abkommen mit allen ihr zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln bekämpfen.

Begründung

Das 1964 in seiner gegenwärtigen Form eingeführte staatliche Rentensystem Neuseelands unterscheidet sich radikal von denjenigen sämtlicher anderer OECD-Staaten. Jede hier lebende Person hat im Alter von 65 Jahren Anspruch auf eine staatliche Rente, sofern sie mindestens zehn Jahre, fünf davon in den letzten zehn Jahren, im Land gelebt hat. Weder eigene Arbeitstätigkeit noch Beitragsleistungen sind Voraussetzungen für die Rente. Diese ist, im Prinzip, für alle Rentner gleich und wird aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Die Nachhaltigkeit dieses Systems ist fraglich und wird in der neuseeländischen Öffentlichkeit immer mehr zur Diskussion gestellt.

Ein besonders diskutabler Aspekt dieses Rentensystems, beruhend auf der irrigen politischen Vorgabe, alle müssten das Gleiche erhalten, besteht im Abzug von Renten aus ausländischen Sozialversicherungssystemen. Davon sind die in Neuseeland lebenden Rentenbezüger aus allen Industriestaaten betroffen, ganz besonders aber Schweizer und ehemals in der Schweiz lebende Ausländer, die Anspruch auf eine durch eigene Beiträge (der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeber) finanzierte AHV-Rente haben. Diese sind deshalb besonders betroffen, weil AHV-Renten höher ausfallen als diejenigen aus allen anderen staatlichen Rentensystemen. Am stossendsten ist zudem die sogenannte „Spousal deduction“. Diese besteht darin, dass von der neuseeländischen Rente nicht nur die eigene Rente aus einem ausländischen Rentensystem abgezogen wird, sondern sogar diejenige eines Ehepartners. Neuseeland nimmt mit diesem Raubzug, anders kann man es nicht nennen, auf ehrlich erworbene ausländische Renten etwa 200 Millionen Franken im Jahr ein, davon weit über eine Million Franken aus schweizerischen AHV-Renten.

Dieses groteske System führt für viele hier lebende Schweizer zu einer massiv gekürzten oder sogar ganz gestrichenen neuseeländischen Rente. Die Zahl der davon Betroffenen wird in den nächsten Jahren massiv zunehmen. Andere, und hier liegt nun der Zusammenhang mit dem AIA, haben sich ihre AHV-Rente auf ein Konto in der Schweiz auszahlen lassen, nicht um Steuern zu hinterziehen, sondern um dem Raub ihrer AHV-Renten seitens der neuseeländischen Sozialbürokratie zu entgehen.

Die Schweiz hat natürlich diese seit 1964 bestehenden einseitigen neuseeländischen Massnahmen nie akzeptiert. Bundesräte, die zu Besuch waren, das Bundesamt für Sozialversicherungen, eine ganze Reihe von schweizerischen Botschaftern im Land und in jüngster Zeit Staatssekretär Jörg Gasser, anlässlich der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung über die Einführung des AIA in Wellington am vergangenen 2. Dezember, haben dies immer wieder deutlich gemacht, alle ohne jeden Erfolg.

Es dürfte nur ganz wenige Einwohner Neuseelands geben, die in der Schweiz Konti unterhalten, um Steuern zu hinterziehen, und praktisch keine Einwohner der Schweiz, die das in Neuseeland tun. Die Einführung des AIA zwischen den beiden Ländern

würde deshalb fast ausschliesslich in Neuseeland lebende Schweizer bzw. ehemals in der Schweiz arbeitende Ausländer treffen. Diejenigen unter ihnen, die Konti in der Schweiz vor dem neuseeländischen Fiskus verheimlicht haben, taten dies in den meisten Fällen nicht, um Steuern zu vermeiden, sondern um der neuseeländischen Rentenabzugspolitik zu entgehen.

Ich warne davor, allfälligen neuseeländischen Zusicherungen Glauben zu schenken, Daten aus dem AIA würden nur für Steuerzwecke verwendet. Im Gegensatz zur Schweiz herrscht hierzulande das Konzept des gläsernen Bürgers ohne Recht auf Privatsphäre und der Allmacht des Staates. Es besteht kein Zweifel, dass die Einführung des AIA mit Neuseeland zur Kriminalisierung bisher unbescholtener Schweizerbürger bzw. ehemaliger Einwohner der Schweiz führen kann.

Der Zeitpunkt, um das ja keineswegs nur die Schweiz betreffende Problem zu lösen, ist an sich nicht ungünstig. Das gegenwärtige Parlament hat im Jahr 2015 mit einer einzigen Stimme Mehrheit Nichteintreten auf einen radikalen Reformvorschlag des Rentensystems beschlossen, der auch die Beendigung des Abzugs ausländischer staatlicher Renten miteingeschlossen hätte. Am kommenden 23. September finden Neuwahlen statt. Es wird allgemein erwartet, dass diejenige Oppositionspartei, welche sich diese Reform auf die Fahne geschrieben hat, der zukünftigen Regierung angehören wird.

Sollte die Schweiz den AIA mit Neuseeland tatsächlich einführen, bevor das AHV-Problem gelöst ist, wurden die davon betroffenen Schweizerbürger und auch ehemals in der Schweiz arbeitende Ausländer, die ja auch zum Wohlstand unseres Landes beigetragen haben, dies als Rückenschuss und als Verrat seitens des eigenen Landes empfinden, umso mehr, als ja die Schweiz Initiatorin der Einführung des AIA gewesen ist und nicht etwa Neuseeland. Ich fordere deshalb im Namen all dieser Leute und im Namen aller schweizerischen Organisationen in Neuseeland Bundesrat und Bundesversammlung auf, den AIA mit Neuseeland zurückzustellen, bis das Problem mit den AHV-Renten rechtlich verbindlich gelöst ist.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.



Hans Vetsch

Präsident der Swiss Society of New Zealand

Kopie:

Frau Bundespräsidentin Doris Leuthard

Herrn Bundesrat Ueli Maurer

Herrn Bundesrat Didier Burkhalter

Herrn Bundesrat Johann N. Scheider- Ammann

Herrn Bundesrat Guy Parmelin

Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Herrn Bundesrat Alain Berset

Herrn Nationalrat Albert Rösti, Präsident der Schweizerischen Volkspartei

Herrn Nationalrat Adrian Amstutz, Fraktionspräsident SVP

Herrn Nationalrat Christian Levrat, Präsident der Sozialdemokratischen Partei

Herrn Nationalrat Roger Nordmann, Fraktionspräsident SP

Frau Nationalrätin Petra Gössi, Präsidentin der Freisinnig-demokratischen Partei

Herr Nationalrat Ignazio Cassis, Fraktionspräsident FDP

Herrn Nationalrat Gerhard Pfister, Präsident der Christlichdemokratischen Partei

Herrn Nationalrat Filippo Lombardi, Fraktionspräsident CVP

Herrn Staatssekretär Jörg Gasser, Eidgenössisches Finanzdepartement

Herrn Direktor Jürg Brechbühl, Bundesamt für Sozialversicherungen

Herrn Botschafter Jürg Burri, Direktor der Konsulardirektion, EDA

Herrn Botschafter Johannes Matyassy, Chef der Abteilung Asien/Pazifik, EDA

Herrn Botschafter David Vogelsanger, Wellington

Herrn Peter Deutsche, Konsul der Schweiz in Auckland

Herrn Remo Gysin, Präsident der Auslandschweizerorganisation

Frau Sarah Mastantuoni, Direktorin der ASO-Geschäftsstelle

Herrn Peter Ehrler, Vertreter Neuseelands im Auslandschweizerrat

Herrn Peter Canziani, Stv. Vertreter Neuseelands im Auslandschweizerrat

Präsidenten aller Schweizervereine in Neuseeland



Swiss Takeover Board
Übernahmekommission
Commission des OPA
Commissione delle OPA
—

Thomas A. Müller, Präsident
counsel@takeover.ch

Per E-Mail: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Zürich, 20. Dezember 2016

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 1. Dezember 2016 und danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme bezüglich den Ausführungen des erläuternden Berichts über die Bundesbeschlüsse zur Aktivierung des AIA mit den neuen Staaten und Territorien.

Die Übernahmekommission verzichtet auf eine diesbezügliche Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Thomas A. Müller
Präsident

Geschäftsstelle

Wallstrasse 8
Postfach
CH-4002 Basel

Telefon 061 206 66 66
Telefax 061 206 66 67
E-Mail vskb@vskb.ch



**Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Union des Banques Cantonales Suisses
Unione delle Banche Cantionali Svizzere**

Eidgenössisches Finanzdepartement
EFD
Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Datum 15. März 2017
Kontaktperson Michele Vono
Direktwahl 061 206 66 29
E-Mail m.vono@vskb.ch

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019

Sehr geehrter Herr Boillat
Sehr geehrter Herr Champeaux

Am 1. Dezember 2016 hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) die Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien eröffnet. Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Kantonalbanken haben sich mit der Vernehmlassung befasst und ihre Anliegen in die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) eingebracht. Wir unterstützen somit die Stellungnahme der SBVg. Entsprechend werden wir keine eigene Stellungnahme einreichen.

Wir danken Ihnen bestens für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Verband Schweizerischer Kantonalbanken

Hanspeter Hess
Direktor

Dr. Adrian Steiner
Leiter Public Affairs

Geschäftsstelle

Wallstrasse 8
Postfach
CH-4002 Basel

Telefon 061 206 66 66
Telefax 061 206 66 67
E-Mail vskb@vskb.ch



Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Union des Banques Cantionales Suisses
Unione delle Banche Cantionali Svizzere

Eidgenössisches Finanzdepartement
EFD
Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Datum 13. April 2017
Kontaktperson Michele Vono
Direktwahl 061 206 66 29
E-Mail m.vono@vskb.ch

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019

Sehr geehrter Herr Boillat
Sehr geehrter Herr Champeaux

Am 1. Februar 2017 hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) die Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit zusätzlichen Staaten und Territorien eröffnet. Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Kantonalbanken haben sich mit der Vernehmlassung befasst und ihre Anliegen in die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) eingebracht. Wir unterstützen somit die Stellungnahme der SBVg. Entsprechend werden wir keine eigene Stellungnahme einreichen.

Wir danken Ihnen bestens für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Verband Schweizerischer Kantonalbanken

Hanspeter Hess
Direktor

Dr. Adrian Steiner
Leiter Public Affairs



Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Association Suisse des Gérants de Fortune | ASG
Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni | ASG
Swiss Association of Asset Managers | SAAM

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Zürich, 15. März 2017

Per Email: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Vernehmlassung: Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihre Einladung vom 01.12.2016 zur Anhörung zu den Bundesbeschlüssen über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019. Wir möchten uns für diese Gelegenheit bedanken.

Zur Vorlage nimmt der VSV als führender nationaler Branchenverband der unabhängigen Vermögensverwalter wie folgt Stellung:

I. Grundlagen für die Einführung des AIA mit Partnerstaaten

Die rechtlichen Grundlagen für den AIA sind seit dem 1. Januar 2017 in Kraft. Damit der AIA mit einem Partnerstaat eingeführt werden kann, bedarf es dessen bilateraler Aktivierung.

Die zur Vernehmlassung vorgelegten Bundesbeschlüsse sollen den Bundesrat ermächtigen, den Partnerstaaten und der OECD mitzuteilen, dass die betreffenden Länder in die durch das Sekretariat des Koordinierungsgremiums geführte Liste nach Abschnitt 7 Absatz 2.2 MCAA aufzunehmen sind, was Voraussetzung für die Aktivierung des AIA mit den jeweiligen Staaten ist.

In seinem Grundsatzbeschluss vom 8. Oktober 2014 hatte der Bundesrat die politischen Eckwerte für die Einführung des AIA mit bestimmten Partnerstaaten festgelegt und kommuniziert.

Bahnhofstrasse 35
CH-8001 Zürich
Tel. 044 228 70 10
Fax 044 228 70 11
info@vsv-asg.ch
www.vsv-asg.ch

Chantepoulet 12
CH-1201 Genève
Tél. 022 347 62 40
Fax 022 347 62 39
info@vsv-asg.ch
www.vsv-asg.ch

Via Landriani 3
CH-6900 Lugano
Tel. 091 922 51 50
Fax 091 922 51 49
info@vsv-asg.ch
www.vsv-asg.ch

Nebst den 28 EU Ländern, mit denen der AIA über die Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU eingeführt wird, und nebst den USA, wo ein Wechsel vom FATCA-Modell II zum FATCA-Modell I (mit vorgegaukelter Reziprozität) derzeit am Scheitern ist, wurde mit weiteren Staaten über die Einführung des AIA verhandelt. Bei der Auswahl dieser Partnerstaaten sollen folgende Grundsätze zur Anwendung gelangen:

- Es sollen Staaten in Betracht gezogen werden, mit denen enge wirtschaftliche und politische Beziehungen bestehen
- Diese Staaten müssen ihren Steuerpflichtigen eine genügende Regularisierungsmöglichkeit der Vergangenheit bereitstellen
- Schliesslich sollen diese Staaten zumindest die Bereitschaft zeigen, schweizerischen Finanzdienstleistern Erleichterungen im Rahmen des Marktzugangs zu gewähren.

In seiner Vernehmlassungsvorlage und der Botschaft zur Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Einführung des AIA auf der Basis des Common Reporting Standards der OECD hat der Bundesrat zudem klar kund getan, dass die Einführung des AIA nur mit Staaten ins Auge gefasst werde, welche zudem und ohne Abstriche Gewähr für die Einhaltung des vom CRS geforderten Datenschutzes und des Spezialitätsprinzips bieten.

Weiter hat der Bundesrat mehrfach bekräftigt, dass er in den Verhandlungen mit potentiellen Partnerstaaten auf Erleichterungen beim Marktzutritt für die grenzüberschreitende Erbringung von Finanzdienstleistungen durch schweizerische Anbieter drängen wird. Dabei hat der Bundesrat keinen Unterschied zwischen dem Geschäft mit institutionellen Kunden und Privatkunden gemacht.

Schliesslich hat der Bundesrat wiederholt betont, dass bei der Einführung des AIA dem Grundsatz der gleich langen Spiesse im Wettbewerb der Finanzplätze hohe Bedeutung zukommt. Dem schweizerischen Finanzplatz sollen keine unnötigen Nachteile im Wettbewerb mit anderen Finanzplätzen dadurch erwachsen, dass die Schweiz einer wesentlich grösseren Zahl von Partnerstaaten den AIA anbietet, während andere Finanzplätze den neuen Standard nur zögerlich umsetzen.

Insbesondere mit Bezug auf die Beachtung des Datenschutzes und der Wahrung des Spezialitätsprinzips werfen die vorgelegten Bundesbeschlüsse Fragen auf. Bei der Mehrheit der neu ins Auge gefassten Partnerstaaten sind die Voraussetzungen, welche sich der Bundesrat selbst als Leitlinien für die Auswahl von Partnerstaaten gesetzt hat, nicht eingehalten! Dies vor allem aus folgenden Gründen:

A.

Vor allem bestehen in vielen der angestrebten neuen Partnerstaaten keine genügenden Regularisierungsmöglichkeiten für zukünftig vom AIA betroffene Steuerpflichtige. Diese Steuerpflichtigen werden mit der Einführung des AIA nicht – wie angestrebt - in die Steuerehrlichkeit begleitet, sondern auf andere Finanzplätze verjagt, welche ihnen weiterhin die ungenügende Versteuerung von Einkommen und Vermögen ermöglichen – namentlich in die USA. Mit der Ausweitung des AIA auf diese Staaten pervertiert die schweizerische Politik die dem Informationsaustausch zugrundeliegenden Absichten. Es wird nicht mehr Steuerehrlichkeit geschaffen, sondern die Steuerhinterziehung zementiert.

B.

Die Einhaltung der Vorgaben des Gemeinsamen Meldestandards der OECD („GMS“) zu Datenschutz und Spezialität ist absolute Grundvoraussetzung für die Einführung des AIA. Dabei geht es nicht nur darum, dass die Partnerstaaten einen Rechtsrahmen haben oder schaffen, welcher formal den Anforderungen¹ genügt, sondern dass auch die reale Rechtsstaatlichkeit im Partnerstaat die nötige Gewähr für die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben bietet. Bei mehreren der neu in den AIA aufzunehmenden Partnerstaaten ist diese doppelte Voraussetzung nicht gegeben. Insbesondere bei Staaten, in welchen Menschenrechte regelmässig missachtet werden, keine unabhängige Justiz besteht, oder die Administrativ- und/oder Justizbehörden in ihrer verfassungs- und gesetzmässigen Funktionsweise durch Korruption stark eingeschränkt sind, sind die Voraussetzungen für die Einführung des AIA auf der Grundlage des GMS nicht gegeben. Wird der AIA mit solchen Staaten trotzdem eingeführt, so macht sich die Schweiz zum Komplizen von Menschenrechtsverletzungen und Korruption, indem sie mit der Datenübermittlung Despoten, Tyrannen und korrupten Politikern, Funktionären und Richtern weitere Werkzeuge für ihr schändliches Tun liefert.

Aus diesen Gründen und weiteren nachfolgenden Feststellungen zu den einzelnen potentiellen neuen Partnerstaaten lehnt der VSV die Ausdehnung des AIA auf einzelne dieser Staaten und Territorien ab.

¹ Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass mit Bezug auf die rechtsstaatliche Realität die Überprüfungen des Vertraulichkeitsniveaus durch das Global Forum ausschliesslich auf einer Betrachtung des formalen Rechtsrahmens basiert. Ob und inwieweit dieser formale Rechtsrahmen in den (angeblich) überprüften Staaten auch umgesetzt wird, insbesondere, ob sich der Bürger hinreichend darauf verlassen kann, dass dieser Rechtsrahmen von Verwaltungs- und Justizbehörden auch beachtet wird, wurde durch das Global Forum konsequent ausser Acht gelassen. Diese Vorgehensweise des Global Forum schafft ein völlig verzerrtes Bild der Datenschutzrealität. Der VSV hat wenig Verständnis dafür, dass die stark eingeschränkte (weil bloss abstrakte) Überprüfung durch das Global Forum im Erläuterungsbericht nicht ausdrücklich offengelegt wird.

II. Zu den einzelnen vorgeschlagenen Bundesbeschlüssen

1. Argentinien

Trotz eines relativ hohen Grades der Korruption von Verwaltungs- und Justizbehörden bestehen gegen die Einführung des AIA mit Argentinien zurzeit keine grundsätzlichen Einwendungen.

Dennoch hält der VSV dafür, dass die Einführung des AIA mit Argentinien von konkreten Zugeständnissen im Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung abhängig gemacht wird. Der vereinbarte Dialog ist bloss inhaltsleere Absichtserklärung. Argentinien gehört zu den Staaten, die ihren Finanzmarkt systematisch und konsequent gegen ausländische Anbieter abschirmen². Deshalb lehnt der VSV die Einführung des AIA mit Argentinien ab, bis klare Fortschritte beim Marktzutritt erzielt werden.

2. Brasilien

Der VSV lehnt die Einführung des AIA mit Brasilien aus verschiedenen Gründen ab:

1.

Brasilien ist geradezu ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie weit formaler Rechtsrahmen und Rechtswirklichkeit auseinanderliegen können. Formal hat Brasilien einen Rechtsrahmen geschaffen, der Datenschutz und Vertraulichkeit auch bei Steuerdaten gewährleisten soll. Die Rechtswirklichkeit könnte kaum verschiedener sein. So gehört es zum Alltag in brasilianischen Städten, dass Unternehmen Schutzgelder an kriminelle Banden zahlen. Die Schutzgelder werden in ihrer Höhe ausserordentlich professionell bemessen. Bemessungsgrundlage bilden die Steuererklärungen von Unternehmen und Unternehmern, zu welchen die kriminellen Banden durch Korruption oder Erpressung von Steuerbeamten einfachen Zugang erhalten. Die Korruption der staatlichen Stellen auf allen Ebenen kennzeichnet denn auch die brasilianische Gesellschaft zutiefst. Brasilien verfügt nicht über eine funktionierende Verwaltung und Justiz, welche den brasilianischen Steuerpflichtigen, die zwar formal verankerten Regeln zu Vertraulichkeit und Datenschutz auch effektiv gewährleisten kann oder will.

Aus diesem Grund war auch das Regularisierungsprogramm, welches brasilianischen Steuerpflichtigen erlaubte, ihre vergangene steuerliche Unehrlichkeit zu attraktiven Konditionen zu bereinigen, nur ein mässiger Erfolg. Viele brasilianische Steuerpflichtige ziehen es vor, ihr Vermögen in Jurisdiktionen zu verschieben, die ihnen weiterhin erlauben, Teile von Einkommen und Steuern nicht nur den

² Die Zusammenarbeitserklärung von EFTA und den Mercosur-Staaten (zu denen Argentinien zählt) aus dem Jahr 2000 ist mit Bezug auf den Marktzugang für Finanzdienstleistungen während 17 Jahren toter Buchstabe geblieben. Argentinien hat offensichtlich bisher keine ehrliche Absicht zu einer Marktöffnung.

Steuerbehörden, vor allem aber der Bemessungsgrundlage für Schutzgelder vorzuenthalten. Als erste Destination gelten hier die USA³.

2.

Zwischen der Schweiz und Brasilien besteht (mit Ausnahme von Regelungen für Luft- und Schiffsverkehrsunternehmen) kein Doppelbesteuerungsabkommen. Es besteht damit keine Abgrenzung der Besteuerungshoheit zwischen Brasilien und der Schweiz. Dies ermöglicht es Brasilien in Missachtung allgemeiner Grundsätze des internationalen Steuerrechts bereits in der Schweiz besteuerte Einkommen und Vermögen zu einer doppelten Besteuerung heranzuziehen. Brasilien macht von dieser Möglichkeit auch ausgiebigen Gebrauch.

So werden Einkommen und Vermögen von brasilianischen Steuerpflichtigen, welche Vermögensinteressen in der Schweiz haben, bei entsprechender Offenlegung in konfiskatorischer Weise doppelt besteuert. Dies gilt z.B. für Eigentümer von schweizerischen Unternehmen mit Ansässigkeit in der Schweiz oder für das Einkommen aus in der Schweiz belegenen Liegenschaften. Brasilianische Steuerpflichtige sollen zukünftig als Kontrollinhaber von schweizerischen Unternehmen oder Inhaber von Konten, die der Bewirtschaftung schweizerischer Liegenschaften dienen, gemeldet werden. Dies hat zur Konsequenz, dass die Unternehmensgewinne (auf dem Wege der Hinzurechnung) und Liegenschaftenerträge einer doppelten Besteuerung unterworfen werden. Betroffen davon werden vor allem die zahlreichen, in Brasilien lebenden Auslandschweizer sein.

Ohne den Schutz vor konfiskatorischer Doppelbesteuerung durch ein Doppelbesteuerungsabkommen darf der AIA mit Brasilien deshalb nicht eingeführt werden.

3.

Brasilien gehört zu den Staaten, die ihren Finanzmarkt systematisch und konsequent gegen ausländische Anbieter abschirmen⁴. In Ergänzung zur Zusammenarbeitserklärung zwischen EFTA und den Mercosur-Staaten hatten die Schweiz und Brasilien 2012 ein Memorandum of Understanding of Financial Consultations unterzeichnet. Der auf der Grundlage dieses Memorandums abgehaltene jährliche Finanzdialog hat in nunmehr bald fünf Jahren (mit der Ausnahme von im Interesse der brasilianischen Versicherungsgesellschaften liegenden Erleichterungen im Rückversicherungsgeschäft) keinerlei Fortschritte beim Marktzugang für Finanzdienstleistungen gezeigt. Brasilien hat keinen ehrlichen Willen zu irgendwelchen Verbesserungen im Bereich Marktzugang.

³ Entgegen dem, was der Erläuterungsbericht hier insinuiert, bietet das zwischen Brasilien und den USA abgeschlossene FATCA-Abkommen keinen wirklichen reziproken Informationsaustausch. Insbesondere übermitteln die USA keine Informationen an andere Staaten über die kontrollierenden Personen von Gesellschaften oder die Errichter und Begünstigten von Stiftungen und Trusts. Nicht zu Unrecht hat der Bundesrat im Rahmen der AIA-V selbst entschieden, dass die USA nicht zum Kreis der am AIA teilnehmenden Staaten zu zählen sind.

⁴ Die Zusammenarbeitserklärung von EFTA und den Mercosur-Staaten (zu denen auch Brasilien zählt) aus dem Jahr 2000 ist mit Bezug auf den Marktzugang für Finanzdienstleistungen während 17 Jahren toter Buchstabe geblieben.

Dieses Verhalten des potentiellen Partnerstaates darf mit der Einführung des AIA nicht noch belohnt werden.

4.

Bisher (Stand 15. März 2017) hat kein anderer Staat den AIA mit Brasilien aktiviert. Würde die Schweiz den AIA mit Brasilien aufnehmen, so würde sie sich – unnötige – Wettbewerbsnachteile im Vergleich zu anderen Finanzplätzen einhandeln.

3. Indien

Der VSV lehnt die Einführung des AIA mit Indien aus verschiedenen Gründen ab:

1.

Indien hat sich in den vergangenen Jahren von einem demokratisch verfassten Rechtsstaat zu einer autokratisch geführten „gelenkten Demokratie“ gewandelt, deren zentrale Politik strikt auf die ethnische und religiöse Mehrheit ausgerichtet ist. Die grossen ethnischen und religiösen Minderheiten im indischen Bundesstaat werden zunehmend unterdrückt und ihrer verfassungsmässigen Rechte beraubt. Übergriffe durch Zivilpersonen und Sicherheitskräfte auf Angehörige ethnischer Minderheiten (welche auch willkürliche Tötungen umfassen) werden nicht verfolgt. Den von Übergriffen Betroffenen und ihren Angehörigen werden elementare Verfahrensrechte nicht gewährt. Es droht ihnen selbst rechtliche Verfolgung in Missachtung von Persönlichkeits-, einschliesslich Datenschutzrechten oder öffentliche Diffamiation (auch durch regimenahne Medien), wobei auch dabei nach den anwendbaren Datenschutzgesetzen vertrauliche Information öffentlich gemacht wird. Sogar schwerwiegende Rechtsverstösse durch Beamte sind durch die indische Strafprozessordnung weitgehend ausgeschlossen. Zu den Vergehen, für welche indische Verwaltungs- und Justizbeamte nicht belangt werden können, gehören auch die im Erläuterungsbericht gepriesenen Datenschutzvorschriften, deren Missachtung ohne Folge bleibt und sie mithin toter Buchstabe sind.

Ganze Gliedstaaten von Indien unterstehen zudem polizeilichem Notrecht. Die in diesen Bundesstaaten ansässigen Steuerpflichtigen können sich ebenfalls nicht auf die Geltung der Datenschutzgesetzgebung berufen.⁵

In Indien sind damit grosse Teile der Angehörigen von ethnischen und religiösen Minderheiten rechtlich und faktisch vom Schutz der Datenschutz- und Vertraulichkeitsbestimmungen ausgeschlossen. Mit Bezug auf diese grosse Bevölkerungsgruppe ist eine *conditio sine qua non* für den AIA nicht erfüllt.

⁵ Für weitere Informationen verweisen wir auf den Bericht 2017 von Human Rights Watch zu Indien, abgerufen unter <https://www.hrw.org/world-report/2017/country-chapters/india#a333d6> am 14.3.2017

2.

Die Regularisierungsmöglichkeiten in Indien waren weitgehend unwirksam. Anstelle der Regularisierung und in Anbetracht der anstehenden Einführung des AIA mit den EU-Mitgliedstaaten sind viele indische Steuerpflichtige mit steuerlichen Altlasten auf andere Finanzplätze, namentlich Hong Kong, Singapur sowie in die USA ausgewichen.

Indien hat seinen Steuerpflichtigen keine effektive Regularisierung der steuerlichen Vergangenheit angeboten. Die Programme waren nicht attraktiv.

3.

Auch Indien gehört zu den Staaten, die ihren Finanzmarkt systematisch und konsequent gegen ausländische Anbieter, mit Ausnahme solcher aus der ehemaligen Kolonialmacht England, abschirmen. Der 2012 aufgenommene Dialog zu Finanzfragen hat in bald fünf Jahren keinerlei Fortschritte beim Marktzugang für Finanzdienstleistungen gezeigt. Indien hat keinen ehrlichen Willen zu irgendwelchen Verbesserungen im Bereich Marktzugang.

Dieses Verhalten des potentiellen Partnerstaates darf mit der Einführung des AIA nicht noch belohnt werden.

4. Mexiko

Der VSV lehnt die Einführung des AIA mit Mexiko aus verschiedenen Gründen ab:

1.

In Mexiko klaffen formaler Rechtsrahmen und Rechtswirklichkeit weit auseinander. Zwar besteht ein formaler Rechtsrahmen für einen ausgebauten Datenschutz, dessen Verwirklichung im Rechtsalltag allerdings nicht gewährleistet ist.

Wesentliche Teile von Mexiko stehen heute unter einer weitgehenden, von der Zentralregierung teilweise sogar tolerierten Kontrolle durch kriminelle Banden, die mit dem Drogenschmuggel in die benachbarten USA und nach Europa gross und mächtig geworden sind. Zu den heutigen Geschäftsfeldern dieser kriminellen Banden gehört auch das lokale Schutzgeldgeschäft. Bemessungsgrundlage für die Schutzgelder sind oft durch Korruption bei den Steuerbehörden erhaltene Steuerdaten. Die Korruption der staatlichen Stellen auf allen Ebenen kennzeichnet denn auch die mexikanische Gesellschaft zutiefst. Mexiko verfügt nicht über eine funktionierende Verwaltung und Justiz, welche für die mexikanischen Steuerpflichtigen die zwar formal verankerten Regeln zu Vertraulichkeit und Datenschutz auch effektiv gewährleisten kann oder will. Der durch das kriminelle Bandenwesen ausgehölte Rechtsstaat bietet den vom GMS verlangten Datenschutz und die entsprechende Datensicherheit nur auf dem Papier, jedoch nicht im Rechtsalltag.

2.

Mexiko gehört zu den Staaten, die ihren Finanzmarkt systematisch und konsequent gegen ausländische Anbieter abschirmen. Trotz wiederholter Bemühungen zu einem Ausbau des seit 2001 bestehenden Freihandelsabkommens mit der EFTA konnten keinerlei Fortschritte beim Marktzugang für Finanzdienstleistungen erreicht werden. Mexiko hat keinen ehrlichen Willen zu irgendwelchen Verbesserungen im Bereich Marktzugang.

Dieses Verhalten des potentiellen Partnerstaates darf mit der Einführung des AIA nicht noch belohnt werden.

5. Südafrika

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit Südafrika.

Dennoch hält der VSV dafür, dass die Einführung des AIA mit Südafrika von konkreten Zugeständnissen im Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung abhängig gemacht wird. Der vereinbarte Dialog ist bloss inhaltsleere Absichtserklärung.

6. Chile

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit Chile.

Dennoch hält der VSV dafür, dass die Einführung des AIA mit Chile von konkreten Zugeständnissen im Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung abhängig gemacht wird. Der vereinbarte Dialog ist bloss inhaltsleere Absichtserklärung.

7. Israel

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit Israel.

Zwar werden in Israel ethnische und religiöse Minderheiten ebenfalls systematisch benachteiligt. Mit Bezug auf Einschränkungen im Bereich des Datenschutzrechts, namentlich im steuerlichen Bereich, bestehen keine Anhaltspunkte.

Dennoch hält der VSV dafür, dass die Einführung des AIA mit Israel von konkreten Zugeständnissen im Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung abhängig gemacht wird. Zwar erwähnt der Erläuterungsbericht, dass mehrere schweizerische Banken in Israel präsent sind. Mit Be-

zug auf grenzüberschreitende Dienstleistungen durch schweizerische Finanzdienstleister bestehen weiterhin hohe und diskriminierende Hürden gegenüber schweizerischen Anbietern.

8. Neuseeland

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit Neuseeland.

9. Andorra

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit Andorra ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn Andorra ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegt.

10. Färöer Inseln

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit den Färöer Inseln ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn die Färöer Inseln ein angemessenes Regularisierungsprogramm für ihre Steuerpflichtigen auflegen.

11. Grönland

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit Grönland ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn Grönland ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegt.

12. Monaco

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit Monaco.

Zwar hat Monaco kein angemessenes Regularisierungsprogramm für ansässige Personen. Da Monaco von natürlichen Personen keine Einkommens-, Kapitalgewinn- und Vermögenssteuern erhebt,

bleibt das Fehlen eines solchen Programms ohne Auswirkungen, die der Einführung des AIA entgegenstehen.

13. San Marino

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit San Marino.

14. Bermuda

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit Bermuda. Dies namentlich infolge des Verzichts des Partnerstaates auf Reziprozität, d.h. auf Datenlieferungen aus der Schweiz.

15. Britische Jungferninseln (BVI)

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit den BVI. Dies namentlich infolge des Verzichts des Partnerstaates auf Reziprozität, d.h. auf Datenlieferungen aus der Schweiz.

16. Cayman Inseln

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit den Cayman Inseln. Dies namentlich infolge des Verzichts des Partnerstaates auf Reziprozität, d.h. auf Datenlieferungen aus der Schweiz.

17. Turks und Caicos Inseln

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit den Turks und Caicos Inseln. Dies namentlich infolge des Verzichts des Partnerstaates auf Reziprozität, d.h. auf Datenlieferungen aus der Schweiz.

18. Barbados

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit Barbados. Dies nachdem der potentielle Partnerstaat sehr weitreichende Regularisierungsmöglichkeiten aufgelegt hat.

19. Mauritius

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit Mauritius. Obschon kein spezifisches Regularisierungsprogramm besteht, eröffnet das bestehende Steuerrecht des potentiellen Partnerstaates hinreichende Regularisierungsmöglichkeiten.

20. Seychellen

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit den Seychellen. Obschon kein spezifisches Regularisierungsprogramm besteht, eröffnet das bestehende Steuerrecht des potentiellen Partnerstaates hinreichende Regularisierungsmöglichkeiten.

21. Uruguay

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit Uruguay ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn Uruguay ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegt.

III. Schlussfolgerungen

Die vom Bundesrat vorgeschlagene zweite Gruppe von Partnerstaaten erfüllt zu einem nicht unerheblichen Teil die Anforderungen an Vertraulichkeit und Spezialität gemäss dem GMS nicht. Andere der vorgeschlagenen neuen Partnerstaaten erfüllen die vom Bundesrat selbst aufgestellten Regeln für die Selektion von Partnerstaaten nicht.

Entsprechend ist auf die Einführung des AIA mit den Partnerstaaten, welche die Voraussetzungen nicht erfüllen, zu verzichten.

Abschliessend bedanken wir uns für die Möglichkeit zur Vernehmlassung zu einem Bundesbeschluss über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit 21 weiteren Staaten und Territorien. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

**Verband Schweizerischer
Vermögensverwalter | VSV**



Alexander Rabian
Vorsitzender der Geschäftsleitung SRO



Andreas Brügger
Leiter Corporate Services



Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Association Suisse des Gérants de Fortune | ASG
Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni | ASG
Swiss Association of Asset Managers | SAAM

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Zürich, 13. April 2017

Per Email: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Vernehmlassung: Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019 (Batch 3)

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihre Einladung vom 02.02.2017 zur Anhörung zu den Bundesbeschlüssen über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer weiteren Serie von Staaten und Territorien ab 2018/2019. Wir möchten uns für diese Gelegenheit bedanken.

Zur Vorlage nimmt der VSV als führender nationaler Branchenverband der unabhängigen Vermögensverwalter wie folgt Stellung:

I. Grundlagen für die Einführung des AIA mit Partnerstaaten

Die rechtlichen Grundlagen für den AIA sind seit dem 1. Januar 2017 in Kraft. Damit der AIA mit einem Partnerstaat eingeführt werden kann, bedarf es dessen bilateraler Aktivierung.

Die zur Vernehmlassung vorgelegten Bundesbeschlüsse sollen den Bundesrat ermächtigen, den Partnerstaaten und der OECD mitzuteilen, dass die betreffenden Länder in die durch das Sekretariat des Koordinierungsgremiums geführte Liste nach Abschnitt 7 Absatz 2.2 MCAA aufzunehmen sind, was Voraussetzung für die Aktivierung des AIA mit den jeweiligen Staaten ist.

In seinem Grundsatzbeschluss vom 8. Oktober 2014 hatte der Bundesrat die politischen Eckwerte für die Einführung des AIA mit bestimmten Partnerstaaten festgelegt und kommuniziert.

Bahnhofstrasse 35
CH-8001 Zürich
Tel. 044 228 70 10
Fax 044 228 70 11
info@vsv-asg.ch
www.vsv-asg.ch

Chantepoulet 12
CH-1201 Genève
Tél. 022 347 62 40
Fax 022 347 62 39
info@vsv-asg.ch
www.vsv-asg.ch

Via Landriani 3
CH-6900 Lugano
Tel. 091 922 51 50
Fax 091 922 51 49
info@vsv-asg.ch
www.vsv-asg.ch

Nebst den 28 EU Ländern, mit denen der AIA über die Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU eingeführt wird, und nebst den USA, wo ein Wechsel vom FATCA-Modell II zum FATCA-Modell I (mit vorgegaukelter Reziprozität) derzeit am Scheitern ist, wurde mit weiteren Staaten über die Einführung des AIA verhandelt. Bei der Auswahl dieser Partnerstaaten sollen folgende Grundsätze zur Anwendung gelangen:

- Es sollen Staaten in Betracht gezogen werden, mit denen enge wirtschaftliche und politische Beziehungen bestehen.
- Diese Staaten müssen ihren Steuerpflichtigen eine genügende Regularisierungsmöglichkeit der Vergangenheit bereitstellen.
- Schliesslich sollen diese Staaten zumindest die Bereitschaft zeigen, schweizerischen Finanzdienstleistern Erleichterungen im Rahmen des Marktzugangs zu gewähren.

In seiner Vernehmlassungsvorlage und der Botschaft zur Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Einführung des AIA auf der Basis des Common Reporting Standards der OECD hat der Bundesrat zudem klar kund getan, dass die Einführung des AIA nur mit Staaten ins Auge gefasst werde, welche zudem und ohne Abstriche Gewähr für die Einhaltung des vom CRS geforderten Datenschutzes und des Spezialitätsprinzips bieten.

Weiter hat der Bundesrat mehrfach bekräftigt, dass er in den Verhandlungen mit potentiellen Partnerstaaten auf Erleichterungen beim Marktzutritt für die grenzüberschreitende Erbringung von Finanzdienstleistungen durch schweizerische Anbieter drängen wird. Dabei hat der Bundesrat keinen Unterschied zwischen dem Geschäft mit institutionellen Kunden und Privatkunden gemacht.

Schliesslich hat der Bundesrat wiederholt betont, dass bei der Einführung des AIA dem Grundsatz der gleich langen Spiesse im Wettbewerb der Finanzplätze hohe Bedeutung zukommt. Dem schweizerischen Finanzplatz sollen keine unnötigen Nachteile im Wettbewerb mit anderen Finanzplätzen dadurch erwachsen, dass die Schweiz einer wesentlich grösseren Zahl von Partnerstaaten den AIA anbietet, während andere Finanzplätze den neuen Standard nur zögerlich umsetzen.

Insbesondere mit Bezug auf die Beachtung des Datenschutzes und der Wahrung des Spezialitätsprinzips werfen die im Rahmen des Batch 3 vorgelegten Bundesbeschlüsse erhebliche Fragen auf. Bei der Mehrheit der neu ins Auge gefassten Partnerstaaten sind die Voraussetzungen, welche sich der Bundesrat selbst als Leitlinien für die Auswahl von Partnerstaaten gesetzt hat, in qualifizierter Weise nicht eingehalten! Dies vor allem aus folgenden Gründen:

A. Keine Regularisierungsmöglichkeiten

Vor allem bestehen in fast allen der angestrebten neuen Partnerstaaten keine genügenden Regularisierungsmöglichkeiten für zukünftig vom AIA betroffene Steuerpflichtige. Diese Steuerpflichtigen werden mit der Einführung des AIA nicht – wie angestrebt - in die Steuerehrlichkeit begleitet, sondern auf andere Finanzplätze verjagt, welche ihnen weiterhin die ungenügende Versteuerung von Einkommen und Vermögen ermöglichen – namentlich in die USA. Mit der Ausweitung des AIA auf diese Staaten pervertiert die schweizerische Politik die dem Informationsaustausch zugrundeliegenden Absichten. Es wird nicht mehr Steuerehrlichkeit geschaffen, sondern die Steuerhinterziehung zementiert.

B. Keine Gewähr für Einhaltung von Datenschutz und Spezialität

Die Einhaltung der Vorgaben des Gemeinsamen Meldestandards der OECD („GMS“) zu Datenschutz und Spezialität ist absolute Grundvoraussetzung für die Einführung des AIA. Dabei geht es nicht nur darum, dass die Partnerstaaten einen Rechtsrahmen haben oder schaffen, welcher formal den Anforderungen¹ genügt, sondern dass auch die reale Rechtsstaatlichkeit im Partnerstaat die nötige Gewähr für die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben bietet. Bei mehreren der neu in den AIA aufzunehmenden Partnerstaaten ist diese doppelte Voraussetzung nicht gegeben. Insbesondere bei Staaten, in welchen Menschenrechte regelmässig missachtet werden, keine unabhängige Justiz besteht, oder die Administrativ- und/oder Justizbehörden in ihrer verfassungs- und gesetzmässigen Funktionsweise durch Korruption stark eingeschränkt sind, sind die Voraussetzungen für die Einführung des AIA auf der Grundlage des GMS nicht gegeben.

C. Die Schweiz als Gehilfe bei der Steuereintreibung durch Diktaturen und Diktatoren

Unabhängig davon, dass eine grosse Zahl der neu vorgeschlagenen Partnerstaaten keine Gewähr für die Einhaltung der Vorgaben des GMS zu Datenschutz und Spezialität bieten, stellt sich die Frage, wie weit die Schweiz mit Staaten steuerliche Kooperationen eingehen will, welche Menschenrechte, denen von internationalen Standards der UNO und anderen Organisationen „universeller Charakter“ gegeben wurde, seit Jahren oder Jahrzehnten und in die unabsehbare Zukunft mit Füßen treten. Der Bundesrat scheint allen Ernstes zu beabsichtigen, im Rahmen des AIA mit Regimes zusammenzuarbeiten wollen, welche öffentliche Massenhinrichtungen veranstalten, in denen Organe des Staates (namentlich Polizeibehörden und Inlandsgeheimdienste) missliebige Individuen systematisch einfach verschwinden lassen (d.h. willkürlich auf unabsehbare Zeit menschenrechtswidrig und unter unwür-

¹ Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass mit Bezug auf die rechtsstaatliche Realität die Überprüfungen des Vertraulichkeitsniveaus durch das Global Forum ausschliesslich auf einer Betrachtung des formalen Rechtsrahmens basiert. Ob und inwieweit dieser formale Rechtsrahmen in den (angeblich) überprüften Staaten auch umgesetzt wird, insbesondere, ob sich der Bürger hinreichend darauf verlassen kann, dass dieser Rechtsrahmen von Verwaltungs- und Justizbehörden auch beachtet wird, wurde durch das Global Forum konsequent ausser Acht gelassen. Diese Vorgehensweise des Global Forum schafft ein völlig verzerrtes Bild der Datenschutzrealität. Der VSV hat wenig Verständnis dafür, dass die stark eingeschränkte (weil bloss abstrakte) Überprüfung durch das Global Forum im Erläuterungsbericht nicht ausdrücklich offengelegt wird.

digen Bedingungen inhaftieren oder gleich – meist nach grausamster Folter – umbringen) und in denen ethnische und religiöse Minderheiten unterdrückt werden.

Es ist und bleibt eines demokratisch verfassten Rechtsstaates schlicht unwürdig, mit solchen Regimes eine engere staatliche Zusammenarbeit einzugehen, welche die Übermittlung von Personendaten umfassen. Damit wird die Schweiz zur freiwilligen Lieferantin von Informationen, welche solche Regimes befördert und ihnen weiteres Instrumentarium zu systematischer Unterdrückung und Menschenrechtsverletzung in die Hand gibt.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Schweiz mit einzelnen dieser Staaten Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Doppelbesteuerung unterhält. Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit sollen den privaten Sektoren der Wirtschaft in diesen Staaten zugutekommen und nicht dem Regime und den Behörden seines Unterdrückungsapparates. Aus freiheitlicher Sicht sollen solche Abkommen der Stärkung der Zivilgesellschaft dienen, während Informationsaustausch den Staatsapparat stützt. Doppelbesteuerungsabkommen dienen der Abgrenzung der Steuerhoheit und sollen bei der Zusammenarbeit von privaten Unternehmen aus den Vertragsstaaten Rechtssicherheit schaffen.

Mehrere der vorgeschlagenen neuen Partnerstaaten sind aus rechtsstaatlichen und, vor allem aus Überlegungen der Achtung der Menschenrechte, aus grundsätzlichen Überlegungen abzulehnen. Daran ändert auch nichts, dass der AIA ein von der OECD festgelegter Standard ist. Aufgabe der OECD ist die Beförderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Wahrung und Förderung der Einhaltung von Menschenrechten oder gar der Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen ist nicht relevant auf der Agenda der OECD. Von der Schweiz im Rahmen der OECD in diese Richtung gestartete Projekte sind in der Vergangenheit allesamt wirkungslos verpufft und/oder am Widerstand der G8- und einer Mehrheit der G20-Staaten gescheitert.

Wird der AIA mit Staaten eingeführt, die systematisch Menschenrechte und elementare Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit missachten, so macht sich die Schweiz aktiv zum Komplizen von Menschenrechtsverletzungen und Korruption, indem sie mit der Datenübermittlung Despoten, Tyrannen und korrupten Politikern, Funktionären und Richtern weitere Mittel und Werkzeuge für ihr schändliches Tun liefert.

Aus diesen Gründen und weiteren nachfolgenden Feststellungen zu den einzelnen potentiellen neuen Partnerstaaten lehnt der VSV die Ausdehnung des AIA auf die Mehrheit der neu als AIA-Partner vorgeschlagenen Staaten und Territorien ab.

II. Zu den einzelnen vorgeschlagenen Bundesbeschlüssen

1. Volksrepublik China

Der VSV lehnt die Einführung des AIA mit der Volksrepublik China aus verschiedenen Gründen ab:

1.

Die Volksrepublik China ist eine der übelsten Diktaturen auf unserem Planeten. Die Menschenrechte werden in dieser kommunistischen Parteidiktatur täglich zehntausendfach mit Füßen getreten. Meinungs-, Religions-, Versammlungs-, und Koalitionsfreiheit werden konsequent missachtet. Keine der menschlichen Grundfreiheiten sind in diesem Staat auch nur im Ansatz gewährleistet. Die Verachtung gegenüber den von der UNO und anderen Organisationen für universell erklärten Menschenrechte gipfelt darin, dass ihnen die Universalität von der politischen Führung abgesprochen wird, und jeder Hinweis auf deren Missachtung als „ausländische Einmischung in innere Angelegenheiten“ gewertet wird.

Der Polizeiapparat der Diktatur lässt jährlich zehntausende Menschen ohne Justizverfahren in polizeilich-administrativer Haft auf unbestimmte Zeit verschwinden. Viele davon kehren nie wieder zurück, weil sie die menschenunwürdige Haft nicht überleben oder informell, d.h. ohne jedes gerichtliche Verfahren, hingerichtet werden. Im völkerrechtswidrig annektierten Tibet und in anderen Regionen hat dieses Verschwindenlassen von Menschen Züge ethnischer Säuberungen.

Nur schon aus diesen Gründen darf der Volksrepublik China der AIA nicht gewährt werden. Mit der Lieferung von Steuerdaten wird das menschenverachtende Regime gestärkt und sämtliche Bemühungen, auf die Wahrung der Menschenrechte hinzuwirken, werden damit untergraben.

2.

Die Parteidiktatur China ist ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie weit formaler Rechtsrahmen und Rechtswirklichkeit auseinanderliegen können. Formal hat China zwar einen Rechtsrahmen geschaffen, der Datenschutz und Vertraulichkeit auch bei Steuerdaten gewährleisten soll. Dieser formale Rechtsrahmen ist seine vielen Zeichen nicht wert.

Der formale Rechtsrahmen zum angeblichen Datenschutz wird durch die weitreichenden Befugnisse des Polizeiapparates vollständig ausgehöhlt. Dieser Polizeiapparat missachtet jede Rechtsstaatlichkeit und ist nur den diktatorischen Zielen der kommunistischen Partei – und dem Machterhalt der Parteibonzen – verpflichtet.

Die Volksrepublik China erfüllt damit die Anforderungen an den Datenschutz und die Vertraulichkeit, welche unabdingbare Voraussetzung für den AIA ist, nicht.

3.

Die Volksrepublik China hat kein Regularisierungsprogramm, das chinesischen Steuerpflichtigen die zumutbare Bewältigung ihrer steuerlichen Vergangenheit ermöglicht. Im Gegenteil: das Halten von Auslandvermögen durch Privatpersonen ohne genügende Regimenähe wird als ziviler Ungehorsam angesehen und entsprechend mit willkürlichen repressiven Massnahmen geahndet.

Der AIA wird so die Repressionsmaschine in China geradezu beflügeln, wenn es den chinesischen Steuerzahlern nicht gelingt, zeitig in Jurisdiktionen abzuwandern, welche dem Unrechtsregime in Peking nicht so willfährig sind, wie es der Bundesrat sein will.

Auch aus diesem Grund ist der AIA mit der Volksrepublik China abzulehnen.

4.

Es gibt für das Geschäft mit Privatkunden in der Volksrepublik China keinen Marktzugang. Marktzugang gewährt das kapitalistisch orientierte Unrechtsregime nur soweit es den Exportinteressen der eigenen Industrie dient. Im Rahmen der Aushandlung des bilateralen Freihandelsabkommens wurde dies von China gezielt verweigert. Kapitalverkehrsfreiheit des Bürgers ist dem Regime ein Gräuel, stellt diese doch einen Pfeiler einer unerwünschten Zivilgesellschaft dar.

Auch aus diesem Grund ist der AIA mit der Volksrepublik China abzulehnen.

2. Indonesien

Der VSV lehnt die Einführung des AIA mit der Indonesien aus verschiedenen Gründen ab:

1.

In Indonesien werden weiterhin Menschenrechte universellen Charakters, insbesondere die Religionsfreiheit, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit durch islamistische Kräfte, die sich weite Teile des Staatsapparats bemächtigt haben, systematisch missachtet.

Politischen Gefangenen aus den Staatsteilen Papua Neu-Guinea und den Molukken werden sämtliche Verfahrensrechte, insbesondere dasjenige auf gerichtliche Haftprüfung seit Jahren, teilweise sogar seit Jahrzehnten verweigert.

Und als neueste „Erfindung“ der Missachtung von Menschenrechten werden in Indonesien Homosexuelle durch den Gesetzgeber und andere Staatsorgane geächtet und der „legalen“ Folter unterworfen.

Nur schon aus diesen Gründen darf Indonesien der AIA nicht gewährt werden. Mit der Lieferung von Steuerdaten wird das menschenverachtende Regime gestärkt und sämtliche Bemühungen, auf die Wahrung der Menschenrechte hinzuwirken, werden damit untergraben.

2.

Die Datensicherheit und Vertraulichkeit sind in Indonesien offensichtlich nicht gewährleistet.

Anstelle des Aussetzens der Datenlieferung aus der Schweiz, wie dies der Bundesrat für den Fall des Ausbleibens von diesbezüglichen Fortschritten vorschlägt, hält der VSV dafür, den AIA mit Indonesien abzulehnen. Gelingt es Indonesien, Menschenrechts- und Datenschutzsituation auf ein akzeptables Niveau zu heben, kann eine neue Vorlage eingebracht werden.

3.

Unter dem Gesichtspunkt der Regularisierungsmöglichkeiten erfüllt Indonesien die Anforderungen.

4.

Das Thema Marktzugang wird im Erläuterungsbericht gar nicht erst adressiert. Marktzugang zum indonesischen Markt ist nicht gewährleistet. Eine Verbesserung der Situation ist nicht absehbar.

Fehlen Bemühungen zu einer Marktöffnung von vornherein, so sind die vom Bundesrat für die Gewährung des AIA aufgestellten Bedingungen nicht erfüllt.

3. Russische Föderation

Der VSV lehnt die Einführung des AIA mit der Russischen Föderation aus verschiedenen Gründen ab:

1.

Die Russische Föderation ist ein Pseudo-Rechtstaat. Rechtsstaatlichkeit ist nur formal gegeben, jedoch durch ein System der Korruption und Günstlingswirtschaft rund um den Präsidenten und sein „Führungsteam“ überlagert und faktisch vollständig ausser Kraft gesetzt.

Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind je länger desto weniger gewährleistet. Organisationen und Exponenten einer aktiven Zivilgesellschaft werden unter massivem Einsatz von Kräften des Inlandgeheimdienstes systematisch unterdrückt.

Auch in der Schweiz mussten regelmässig Rechtshilfeersuchen in Strafsachen aus Russland abgelehnt werden, weil der politisch motivierte Missbrauch des Strafrechts offensichtlich war. Zudem wurde in unlängst vergangenen Jahren in zumindest einem Fall (Chodorkowski) einem russischen Staatsangehörigen wegen politischer Verfolgung Asyl in der Schweiz gewährt.

Damit steht fest, dass Russland zwar einen formalen Rechtsrahmen kennt, der Datenschutz- und Vertraulichkeit beim AIA gewährleisten soll. Der Buchstabe des Gesetzes ist – in für moderne Diktaturen typischer Form - aber reine Farce. Materiell kann im Rahmen des AIA übermitteltes Informationsmaterial zu politischen Abrechnungen mit Exponenten der russischen Zivilgesellschaft missbraucht werden. Und es ist damit zu rechnen, dass dies auch geschehen wird.

2.

Russland führt Krieg gegen die europäische Friedens- und Nationenordnung! Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, welche Bestandteil des völkerrechtlich anerkannten Gebiets der Ukraine ist, hat Russland einen Angriffskrieg gegen die europäische Friedensordnung gestartet. Gleiches gilt für die mehr oder weniger klandestine militärische Intervention durch russische Verbände in der Ost-Ukraine.

Zahlreiche Organisationen und Personen des bzw. aus dem Umfeld des russischen Regimes sind deshalb Gegenstand von Sanktionen durch die Vereinten Nationen, welche die Schweiz mitträgt.

Die Schweiz als OSZE-Mitglied darf einen Staat, der sich an der europäischen Friedensordnung in solcher Weise vergeht, nicht mit der Gewährung des AIA belohnen. Es wäre schlicht absurd, mit einem Staat, der Sanktionen unterliegt, noch den AIA zu vereinbaren.

3.

Viele russische Steuerpflichtige haben vom von der russischen Regierung aufgelegten Regularisierungsprogramm keinen Gebrauch gemacht, weil die angeblich gewährte Vertraulichkeit der Nachdeklaration nicht gewährleistet war, und die offengelegten Daten zu politisch motivierten Kampagnen gegen Regimekritiker missbraucht wurden. Faktisch wurde das Programm von dem Putin-Regime nahestehenden Personen genutzt.

4.

Marktzutritt nach Russland unterliegt völlig willkürlichen Regeln. Wer dem Regime hofiert, kann sich sicher fühlen. Wer nicht, weiss nicht, woran er ist.

4. Königreich Saudi-Arabien

Der VSV lehnt die Einführung des AIA mit dem Königreich Saudi-Arabien aus verschiedenen Gründen ab:

1.

Auch das Königreich Saudi-Arabien gehört zu den übelsten Diktaturen auf diesem Planeten. Willkürliche Verhaftungen, Gerichtsverfahren, die diesen Namen nicht verdienen, gehören zur Tagesordnung.

Opfer dieses Terrorregimes sind primär Exponenten einer kaum mehr wahrnehmbaren Zivilgesellschaft sowie sämtliche Angehörige religiöser Minderheiten.

Menschenrechtswidrige Körperstrafen sind ebenso an der Tagesordnung wie grausamste öffentliche Hinrichtungen.

Frauen gelten im Königreich Saudi-Arabien konsequent als Menschen zweiter Klasse. Ihnen werden fast alle normalen Rechte verweigert.

Nur schon aus diesen Gründen darf dem Königreich Saudi-Arabien der AIA nicht gewährt werden. Mit der Lieferung von Steuerdaten wird das menschenverachtende Regime gestärkt. Sämtliche Bemühungen, auf die Wahrung der Menschenrechte hinzuwirken, werden damit untergraben.

2.

Die Justiz und die Verwaltung werden vom Weisungsrecht der königlichen Familie oder von ihr nach Gutdünken eingesetzten Machträger bestimmt. Eine für einen Rechtsstaat typische Bindung von Justiz und Verwaltung an das Recht gibt es nicht. Entsprechend ist das schriftlich in Ministerialdekreten niedergelegte Datenschutz- und Vertraulichkeitsrecht nichts wert, da es nach Lust und Laune des jeweiligen Ministers von Gnaden der Königsfamilie angewandt oder eben nicht angewandt wird.

Entsprechend besteht keine hinreichende Gewähr für die Einhaltung von Datenschutz und Vertraulichkeit.

3.

Gleiches gilt für die Regularisierungsmöglichkeiten. Faktisch stehen diese nur den Rechtgläubigen und Regimetreuen offen. Wer sich religiös, politisch oder zivilgesellschaftlich in Widerspruch zur religiös geprägten Monarchie stellt, hat mit seinen politischen und seinen Menschenrechten auch den Zugang zur steuerlichen Regularisierung verwirkt. So etwas ist keine echte Regularisierungsmöglichkeit für alle Bürger.

4.

Der Marktzutritt nach Saudi-Arabien unterliegt völlig willkürlichen Regeln. Wer dem Regime hofiert, kann sich sicher fühlen. Wer nicht, weiss nicht, woran er ist und darf mit Diskriminierung und Verfolgung rechnen.

5. Fürstentum Liechtenstein

Der VSV hat keine Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit dem Fürstentum Liechtenstein.

6. Kolumbien

Der VSV lehnt die Einführung des AIA mit Kolumbien aus verschiedenen Gründen ab:

1.

Kolumbien ist ein weiteres Beispiel dafür, wie weit formaler Rechtsrahmen und Rechtswirklichkeit auseinanderliegen können. Formal hat Kolumbien einen Rechtsrahmen geschaffen, der Datenschutz und Vertraulichkeit auch bei Steuerdaten gewährleisten soll. Die Rechtswirklichkeit könnte kaum verschiedener sein. So gehört es zum Alltag in kolumbianischen Städten, dass Unternehmen Schutzgelder an kriminelle Banden zahlen. Bemessungsgrundlage bilden die Steuererklärungen von Unternehmen und Unternehmern, zu welchen die kriminellen Banden durch Korruption oder Erpressung von Steuerbeamten einfachen Zugang erhalten. Die Korruption der staatlichen Stellen auf allen Ebenen kennzeichnet denn auch die kolumbianische Gesellschaft zutiefst. Kolumbien verfügt nicht über eine funktionierende Verwaltung und Justiz, welche den kolumbianischen Steuerpflichtigen die zwar formal verankerten Regeln zu Vertraulichkeit und Datenschutz auch effektiv gewährleisten kann oder will.

Aus diesem Grund ist auch das Regularisierungsprogramm der kolumbianischen Regierung nur ein mässiger Erfolg. Viele kolumbianische Steuerpflichtige ziehen es vor, ihr Vermögen in Jurisdiktionen zu verschieben, die ihnen weiterhin erlauben, Teile von Einkommen und Steuern nicht nur den Steuerbehörden, vor allem aber der Bemessungsgrundlage für Schutzgelder vorzuenthalten. Als erste Destination gelten hier die USA.

2.

Kolumbien gehört zu den Staaten, die ihren Finanzmarkt systematisch und konsequent gegen ausländische Anbieter abschirmen.

Dieses Verhalten des potentiellen Partnerstaates darf mit der Einführung des AIA nicht noch belohnt werden.

7. Malaysia

Der VSV lehnt die Einführung des AIA mit Malaysia aus verschiedenen Gründen ab:

1.

Auch Malaysia ist ein weiteres Beispiel dafür, wie weit formaler Rechtsrahmen und Rechtswirklichkeit auseinanderliegen können. Formal hat Malaysia einen Rechtsrahmen geschaffen, der Datenschutz und Vertraulichkeit auch bei Steuerdaten gewährleisten soll. Die Rechtswirklichkeit könnte kaum verschiedener sein.

Die grassierende Korruption im Land verhindert einen effektiven Datenschutz und eine effektive Vertraulichkeit.

2.

Zahlreiche Menschenrechte sind in Malaysia nicht gewährleistet. Dies gilt namentlich für die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Gegenüber der Regierung oder der Staatsreligion kritisch eingestellte Personen werden willkürlich verfolgt, verhaftet und gefoltert. Zahlreiche UN-Arbeitsgruppen weisen auf die unzufriedenstellende Menschenrechtssituation hin.

3.

Auch Malaysia gehört zu den Staaten, die ihren Finanzmarkt systematisch und konsequent gegen ausländische Anbieter abschirmen. Malaysia hat keinen ehrlichen Willen zu irgendwelchen Verbesserungen im Bereich Marktzugang.

Dieses Verhalten des potentiellen Partnerstaates darf mit der Einführung des AIA nicht noch belohnt werden.

8. Vereinigte Arabische Emirate

Der VSV hat keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Einführung des AIA mit den VAE. Dies ausschliesslich infolge des Verzichts des Partnerstaates auf Reziprozität, d.h. auf Datenlieferungen aus der Schweiz.

9. Montserrat

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit Montserrat ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn Montserrat seine Grundlagen für Datenschutz und Vertraulichkeit geschaffen hat und ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegt.

10. Aruba

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit Aruba ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn Aruba seine Grundlagen für Datenschutz und Vertraulichkeit geschaffen hat und ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegt.

11. Curaçao

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit Curaçao ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn Curaçao seine Grundlagen für Datenschutz und Vertraulichkeit geschaffen hat und ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegt.

12. Belize

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit Belize ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn Belize seine Grundlagen für Datenschutz und Vertraulichkeit geschaffen hat und ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegt.

13. Costa Rica

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit Costa Rica ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn Costa Rica seine Grundlagen für Datenschutz und Vertraulichkeit geschaffen hat und ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegt.

14. Antigua und Barbuda

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit Antigua und Barbuda ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn Antigua und Barbuda seine Grundlagen für Datenschutz und Vertraulichkeit geschaffen hat und ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegt.

15. Grenada

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit Grenada ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn Grenada seine Grundlagen für Datenschutz und Vertraulichkeit geschaffen hat und ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegt.

16. Saint Kitts und Nevis

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit Saint Kitts und Nevis ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn Saint Kitts und Nevis seine Grundlagen für Datenschutz und Vertraulichkeit geschaffen hat und ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegt.

17. Saint Lucia

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit Saint Lucia ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn Saint Lucia seine Grundlagen für Datenschutz und Vertraulichkeit geschaffen hat und ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegt.

18. Saint Vincent und Grenadinen

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit Saint Vincent und Grenadinen ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn Saint Vincent und Grenadinen Grundlagen für Datenschutz und Vertraulichkeit geschaffen haben und ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegen.

19. Cookinseln

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit den Cookinseln ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn die Cookinseln ihre Grundlagen für Datenschutz und Vertraulichkeit geschaffen haben und ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegen.

20. Marshallinseln

Der VSV lehnt derzeit eine Einführung des AIA mit den Marshallinseln ab.

Die Situation soll neu beurteilt werden, wenn die Marshallinseln ihre Grundlagen für Datenschutz und Vertraulichkeit geschaffen haben und ein angemessenes Regularisierungsprogramm für seine Steuerpflichtigen auflegen.

III. Schlussfolgerungen

Die vom Bundesrat vorgeschlagene dritte Gruppe von Partnerstaaten erfüllt mehrheitlich die Anforderungen an Vertraulichkeit und Spezialität gemäss dem GMS nicht. Andere der vorgeschlagenen neuen Partnerstaaten erfüllen die vom Bundesrat selbst aufgestellten Regeln für die Selektion von Partnerstaaten nicht. Dass Staaten als AIA-Partner vorgeschlagen werden, die zu den übelsten Diktaturen auf diesem Planeten gehören, hat den VSV sehr erstaunt. Mit solchen Daten sollen keine personenbezogenen und möglicherweise zu Unterdrückungsmassnahmen zu missbrauchenden Daten ausgetauscht werden.

Entsprechend ist auf die Einführung des AIA mit den Partnerstaaten, welche die Voraussetzungen nicht erfüllen, zu verzichten.

Abschliessend bedanken wir uns für die Möglichkeit zur Vernehmlassung zu einem Bundesbeschluss über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Staaten und Territorien. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

**Verband Schweizerischer
Vermögensverwalter | VSV**



Alexander Rabian
Vorsitzender der Geschäftsleitung SRO



Andreas Brügger
Leiter Corporate Services

foreign banks . in switzerland .

Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher des Eidg. Finanzdepartemens
PER EMAIL

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Zurich 7 April 2017

Initiation of consultation on introduction of AEOI with additional countries – Comments AFBS

Mr Federal Council,

On 2nd of February 2017, you initiated the consultation on the introduction of the automatic exchange of information (AEOI) in tax matters with additional countries as of 1 January 2018 to exchange information from 2019 onwards.

Our Association has supported the signing of agreements with a large number of partner countries. We also endorse the current proposal, but we would like to add some observations on CRS in general and on the extension to the new countries in particular.

The signing of these agreements raises concerns on the competitive situation of the Swiss financial center. While it is fair to say that the increase in bilateral agreements worldwide has been much sharper than expected, there are still some important competing financial centers which – taken the OECD data base as reference point – are as of now lagging behind in the number of signed agreements. This can lead to competitive disadvantages. In order to prevent such a negative outcome, our Association believes that Switzerland has to define “a line of defence”.

In line with the position of the banking sector, our Association has always insisted that agreements should only be signed when it is assured that certain criteria are fulfilled. These criteria fall in three categories: First, criteria which form part of the OECD standard, second, criteria which are endorsed by the OECD but not formally included in their standard, and third, criteria which have been added by the Swiss Government. Switzerland must strive to assure that these criteria are fulfilled before an agreement is signed or activated, respectively.

Therefore, the Association of Foreign Banks in Switzerland invites the Parliament and the Administration to pursue negotiations with additional countries on the explicit recognition of the following principles:

The AEOI standards includes the obligation of the countries to adhere to certain principles and the right of the signing partners to suspend the CRS if these principles are violated.

The AEOI includes the duty to exchange information according to the CRS, given that the following principles are assured:

- apply reciprocity
- adhere to the principle of speciality
- assure data protection.

Any partner country must comply with these three conditions; compliance must be regularly monitored and confirmed. The OECD explicitly recognizes the right of any country to suspend or withdraw from an agreement if one of the three aforementioned conditions is violated.

We invite the Parliament to create the legal basis and a political commitment by Switzerland to suspend – temporarily or definitively – in line with OECD-practice and other countries' experiences - the exchange of information as soon as there is evidence of insufficient compliance, even after the agreement is put into force. Such an activation clause assures flexibility when future violations are discovered.

Evidence of non-compliance are for example:

- A partner country not applying reciprocity by exchanging incomplete or incorrect data or by restricting the information to a subset of persons or forms of income, independent whether such incomplete data are exchanged with Switzerland or such exchange occurs with a third country.
- An infraction of the speciality principle concerning Switzerland or a third country by the partner country.
- Infraction of data protection (concerning Switzerland or a third country) or a report of the OECD on insufficient data protection.

The OECD monitors the system. Switzerland should request from the OECD timely information on violation, such that the Swiss authorities can decide on either a non-activation or – if an agreement is already in place at the time of a violation of the basic condition - a suspension on the base of all available information.

With respect to the agreements which are intended to be put into force in 2018, the Federal Council can activate each of them by the end of 2017, if no evidence of violation of the aforementioned principles exists; the agreement would then enter into force in 2018. The Parliament may consider to relate the activation clause to the actual transmission of information in 2019. In that case, the Parliament puts into force the CRS, but delegates the right to the Federal Council to activate the actual transmission of the relevant information to the foreign authority by the end of 2018. Under this variant, banks would prepare all necessary information but transmit the information only, if the transmission of data is activated by the Federal Council. This is in fact the system which most countries apply.

As you know there is a considerable concern amongst our member banks that certain countries might use the received client identification and other pertaining data for purposes other than its intended purpose. This is of concern particularly in countries where personal security might be at stake.

The OECD advocates voluntary disclosure programs (VDP), even though they do not form part of the standard.

AFBS is aware that there are limits on persuading a partner country to offer a VDP. Nevertheless, we believe that in the negotiation Switzerland should emphasize that the OECD has advocated the VDPs and that the experiences of existing VDP, based on the principles outlined below, has been favourable. In particular, an appropriate VDP is a strong instrument to avoid the relocation of assets to financial centers with which a particular partner country has not signed an agreement. :

- A VDP is to be designed as an incentive for clients to disclose. An inappropriate VDP may lead to relocation of undeclared assets.

- The VDP must not favour the repatriation of assets by differentiating tax rates and penalties between repatriated assets and assets held cross-border. The AEOI should not become an instrument to raise barriers on cross-border banking. In fact, it should be pointed out to partner countries that the AEOI only makes sense when cross-border banking relations are treated equally to domestic relations.

Also we recognize that there is only limited freedom to reject the request for an agreement by a country which offers no or only an inadequate VDP, Switzerland should take a more passive stance and try to negotiate the VDP. Certainly, Switzerland should actively invite countries to join the network of agreements only if such a country is interested to implement a VDP.

Market access and level playing field

The OECD does not include or even advocate better market access as part of its standards. Neither does it include in its evaluation whether a country has signed agreements with all economically relevant financial centres; it counts the numbers of signed agreements only. Both aspects matter. Therefore, Switzerland has to develop its own political instruments in order to remain competitive without violating its international commitment.

We support the proposal that Parliament ties the delegation of the right to sign an agreement with a particular partner country to an “activation clause”. Such a clause would allow postponing the signature until a partner country reacts to the Swiss proposals. Parliament and the Swiss Government can send a strong signal that they are not willing to accept Switzerland’s role as being a mere follower, but as becoming an active partner, which is determined to assure the level playing field.

Financial Dialogue

We would like to stress that financial dialogues with some of the countries with which an exchange of information should enter into force in 2018 can bring us a long way to a better market access. Some of these countries – e.g. Russia and China - have been favourable to include Switzerland in the financial track of the G-20 (in contrast to traditional partner countries) and have shown a strong respect for the Swiss tradition on confidentiality. These countries are interested in exploring win-win situations as their financial agenda is broad. We permit ourselves to sketch some possible issues to be addressed:

- Market access with BRICS and other emerging country is very often severely limited by exchange and currency controls rather than by client contact issues. An independent monetary policy may need such controls, but Switzerland may insist that such instruments should not become entry barriers. With respect to Russia, both “Russian FATCA” and “Currency Control Restrictions” should be lifted vis-à-vis Switzerland if we go forward with the AEOI. Both of them are effectively market entry barriers.
- China has strict rules on the export of assets by resident persons in China. But Hong Kong has been given a specific status to accept private assets held abroad by residents in China. Switzerland may want to discuss with the Chinese authorities the possibility of receiving an identical status in Private Wealth Management.
- For a long time we have proposed that market access should be restricted to the access to sophisticated or qualified clients only. As few banks in these countries have international private banking expertise, a cooperation involving a preferred status of wealth management service provision from Switzerland to these clients given an AEOI may become an interesting offer to these countries as capital export in other jurisdiction is less

We strongly believe that we can find in the negotiations with these countries solutions for the development of the cross-border service provision. Such agreements would give the Swiss financial centre an interesting competitive edge in these new markets.

Proposal

The Association of Foreign Banks in Switzerland proposes:

- A legal basis and a mandate should be given by the Parliament to the Federal Council and the Administration to suspend - temporarily or definitively – the agreement with a partner country if there is evidence of a violation of those principles which are an integral part of the AEOI.
- The Federal Council should receive a clear mandate that the implementing of an agreement should be related to the existence of an appropriate and non-discriminatory VDP, equal treatment of competing financial centres by the partner country, and a clear legal framework for the cross-border financial service provision.
- To raise awareness of partner countries in the financial dialogues of the mutual benefits of (controlled) market access and level playing field. We believe that an active discussion on cross-border service provision can be very valuable, if it is assured that the interest of these countries (tax, monetary policy/currency control, economic ties to a market with know-how and experience) are taken into account.

We thank you for taking into account our comments. We are at your disposal to discuss the matter in more detail and to respond to arising concerns.

Best Regards

ASSOCIATION OF FOREIGN BANKS IN SWITZERLAND



Martin Maurer
Geschäftsführer



Raoul Wuergler
Stv. Geschäftsführer

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfrage SIF
per E-Mail an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Zürich, 14. März 2017

Stellungnahme zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit einer Serie von weiteren Staaten und Territorien ab 2018/2019

Sehr geehrte Damen und Herren

Die VAV dankt für die zwei Einladungen zu der geplanten Einführung des AIA über Finanzkonten mit zwei weiteren Serien von Staaten und Territorien ab 2018/2019, Stellung zu nehmen. Wir beziehen uns bei dieser Antwort sowohl auf die Einladung vom 1. Dezember 2016, als auch auf diejenige vom 2. Februar 2017.

Unsere Antwort beschränkt sich auf grundsätzliche Bemerkungen. Ansonsten möchten wir uns der Stellungnahme der Bankiervereinigung anschliessen.

Kernpositionierung: Analog zu unseren Stellungnahmen vom 19. August 2015 und vom 11. April 2016 zum AIA mit bereits 38 OECD-Ländern sind wir bereit, einen Ausbau des AIA mit weiteren Ländern mitzutragen. Angesichts der Qualität der 41 weiteren vom Bundesrat vorgesehenen Jurisdiktionen, der zum Teil angespannten politischen und rechtsstaatlichen Situation und der noch nicht ganz geklärten Wettbewerbssituation unter den massgebenden Finanzplätzen, empfehlen wir den Schweizer Behörden jedoch dringend eine behutsame Vorgehensweise. **Wir beantragen deshalb, dass in den vom Parlament zu verabschiedenden Bundesbeschlüssen eine sog. Aktivierungsklausel eingebaut wird. Diese soll den Bundesrat dazu verpflichten, kurz vor dem ersten Datenaustausch mit jeder einzelnen Jurisdiktion zu prüfen, ob die AIA-„Level Playing Field“-Situation mit den relevanten Konkurrenzfinanzplätzen gewährleistet und ob der Datenschutz hinreichend sichergestellt ist.**

Beim Zeitpunkt der Aktivierung gilt es, den definierten Minimalanforderungen Rechnung zu tragen:

- **Datenschutz und Datenschutzsicherheit**

Bei diesem sehr zentralen Kriterium ist es nicht ausreichend, sich ausschliesslich auf formelle Gesetztestexte der potentiellen AIA Partnerstaaten oder die entsprechenden OECD Länder-Empfehlungen abzustützen. Weitere Kriterien wie der Korruptionsindex (CPI) müssen in eine Gesamtbeurteilung miteinfließen. Dabei darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass im Rahmen des AIA mit der Meldung der Vermögenswerte (und nicht nur der Vermögenserträge) in vielen Ländern mehr Informationen an die ausländischen Behörden geliefert werden, als dies aufgrund ihrer lokalen Gesetzgebung für die Steuereingaben verlangt wird. Entsprechend gross sind die Befürchtungen von Kundinnen und Kunden mit steuerlicher Ansässigkeit in solchen Staaten, dass die unter dem AIA gelieferten Daten für nicht steuerliche Zwecke missbraucht werden könnten.

- **Eine akzeptable Möglichkeit zur Regularisierung**

Inzwischen gibt es zwar in den meisten potentiellen AIA-Partnerstaaten Möglichkeiten der Regularisierung. Wenn solche Lösungen jedoch eine uneingeschränkte Repatriierung der Vermögenswerte aus dem Ausland voraussetzen – wie aktuell die VDP in Mexico – ist das als Angriff auf das grenzüberschreitende Bankdienstleistungsgeschäft zu werten. Dies sollte im Gegenzug nicht noch mit einem AIA Abkommen „belohnt“ werden.

- **Marktzugangsverbesserungen**

Der Marktzutritt ist ein sehr bedeutsames Element für grenzüberschreitende Bankdienstleistungen und somit sind diesbezüglich angestrebte Verbesserungen sehr wünschenswert. Als Minimalziel muss im Rahmen von AIA-Verhandlungen darauf bestanden werden, dass nationale Regelungen, welche eine ausländische Bankbeziehung nahezu verunmöglichen (wie zum Beispiel die „Currency Control Legislation“ in Russland) angepasst werden, bevor mit dem entsprechenden Land ein AIA-Abkommen abgeschlossen wird.

- **„Level Playing Field“**

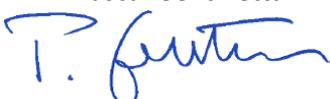
In der Medienmitteilung des SIF vom 2. Februar zur Eröffnung der Vernehmlassung wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass andere internationale Finanzplätze die entsprechenden Länder ebenfalls auf ihre Liste der Partnerstaaten aufführen. Eine konsolidierte Betrachtung wird der Frage des „Level Playing Field“ aus unserer Sicht jedoch nicht gerecht. Entscheidend sind die jeweiligen AIA-Länderpaare mit den effektiv relevanten Konkurrenzfinanzplätzen. So ist es beispielsweise kaum relevant, ob Singapore AIA-Abkommen mit lateinamerikanischen Ländern abgeschlossen hat. Für diese Ländergruppe ist die USA als gewichtigster „peer“ Finanzplatz entscheidend. Gegenwärtig gibt es keine Anzeichen, dass die USA entsprechende AIA-Abkommen abschliessen werden. Deshalb müssen für die potentiellen AIA-Partnerstaaten, die für die Schweiz jeweils relevanten „peer“ Finanzplätze definiert werden und darauf gestützt eine Beurteilung des „Level Playing Field“ als Voraussetzung für die AIA-Implementierung stattfinden.

Aus Sicht des Finanzplatzes ist es deshalb zentral, dass vor dem ersten Datenaustausch im Rahmen der AIA-Umsetzung verbindlich geprüft wird, dass sowohl das „Level Playing Field“ sichergestellt ist, als auch die Voraussetzungen in Bezug auf die Vertraulichkeit der Daten erfüllt sind. Der lange gesetzgeberische Prozess in der Schweiz zur Ratifizierung neuer AIA-Abkommen erweist sich dabei gegenüber anderen Finanzplätzen mit zeitlich wesentlich kürzeren Ratifizierungsprozessen als strategisch nachteilig. Dieser Nachteil kann nur mit einer „Aktivierungsklausel“ beseitigt werden. Diese sieht vor, dass die Abkommen vom Parlament formell bewilligt werden, der Bundesrat jedoch verpflichtet wird, den effektiven ersten Datenaustausch erst dann zu aktivieren, wenn insbesondere die Kriterien des „Level Playing Field“ und des Datenschutzes erfüllt sind. Damit ist eine zeitlich besser gestaffelte Implementierung nach Massgabe objektiv bestimmbarer Kriterien sichergestellt.

Für die Kenntnisnahme und wohlwollende Prüfung unserer Ausführungen möchten wir uns im Voraus bedanken.

Freundliche Grüsse

Dr. Pascal Gentinetta



Geschäftsführer

Simon Binder



Public Policy Manager



Association de
Banques Privées Suisses
Vereinigung
Schweizerischer Privatbanken
Association of Swiss Private Banks

Par e-mail

(vernehmlassungen@sif.admin.ch)

Monsieur Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Département fédéral des finances
Bernernhof
3003 Berne

Genève, le 9 mars 2017

Consultations sur l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec 41 nouveaux États et territoires

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous remercions votre Département d'avoir invité l'Association de Banques Privées Suisses (ABPS) à participer aux consultations ouvertes le 1^{er} décembre 2016 et le 2 février 2017 à propos de l'approbation des arrêtés fédéraux concernant l'introduction de l'échange automatique de renseignements (EAR) relatifs aux comptes financiers avec 21 respectivement 20 nouveaux Etats et territoires signataires de l'Accord multilatéral entre autorités compétentes concernant l'EAR.

L'ABPS soutient le développement de l'EAR, qui est un standard international qu'une centaine de pays s'est engagée à appliquer. Afin que ce standard soit vraiment global et efficace, la pression doit être intensifiée sur les Etats-Unis pour qu'ils remplacent leur loi FATCA par le standard de l'OCDE.

Lorsqu'une déclaration conjointe contenant une clause sur le développement des services financiers est signée, le Conseil fédéral doit sans délai tenter d'obtenir le meilleur accès au marché possible pour les banques suisses, afin que celles-ci puissent continuer à se développer en Suisse.

Pour que la Suisse puisse accorder l'EAR à ces 41 pays en 2019, sur la base des données de 2018, il est nécessaire que le Parlement ratifie ces arrêtés fédéraux. Cela étant, il devrait les compléter par une clause qui oblige le gouvernement à vérifier une dernière fois à l'été 2019, avant d'envoyer des données à un pays donné, i) si celui-ci a respecté les principes de confidentialité et de spécialité vis-à-vis des renseignements échangés par d'autres pays et ii) si d'autres places financières internationales concurrentes ont aussi accordé ou promis d'accorder l'EAR à ce pays.

Enfin, il est important que l'EAR couvre toujours des années calendaires, afin de ne pas compliquer le travail des banques.

Le développement de l'EAR

L'ABPS soutient le standard de l'EAR tel que développé par l'OCDE. Ce standard prévoit des échanges entre tous les pays qui se sont engagés à l'appliquer. Il est donc attendu de la Suisse qu'elle étende son réseau d'Etats et territoires partenaires à ceux qui sont intéressés à recevoir des informations de sa part. Il serait d'ailleurs délicat de refuser l'EAR à un Etat qui s'est engagé à l'appliquer, sauf si l'on constate que cet Etat présente des défaillances telles que les autres pays renoncent aussi à lui transmettre des données.

La Suisse semble aller plus vite que les autres en annonçant déjà publiquement qu'elle échangera des données avec 79 Etats ou territoires en tout (83 si l'on rajoute Singapour, Hong Kong, Panama et les Bahamas, avec lesquels un accord pourrait être signé en 2017, cf. le rapport explicatif du 2 février 2017, ch. 1.2 in fine). En réalité, avec les 41 pays objets des présentes consultations, la Suisse ne s'en tiendra pas au calendrier prévu d'un échange en 2018 portant sur les données de 2017. Compte tenu du processus parlementaire suisse, l'échange ne pourra avoir lieu qu'un an plus tard, en 2019, ce qui ne manque pas d'agacer plusieurs membres de l'OCDE et du G20.

L'heure n'est donc plus aux préférences ou aux priorités, la Suisse doit avancer pour ne pas avoir deux ans de retard au lieu d'un. Si les autres Etats tiennent leur engagement, ils échangeront en 2018, donc un an avant la Suisse, avec au moins autant de partenaires que la Suisse en prévoit. Cela n'est pas encore officiellement confirmé par l'OCDE, car les pays qui échangeront des données en 2018 doivent lui annoncer leurs partenaires d'ici à l'été 2017. Le Parlement aura ainsi l'occasion de le vérifier.

Il n'en demeure pas moins qu'un standard global de lutte contre la soustraction fiscale ne fonctionne que si tous les centres financiers internationaux l'appliquent, car sinon les clients récalcitrants auront vite fait de préférer celui qui ne l'applique pas. C'est d'ailleurs ce que l'on constate avec les Etats-Unis qui, bien qu'étant à l'origine du standard de l'OCDE, ne se sont pas engagés à l'appliquer et imposent en lieu et place leur loi FATCA, qui est tout aussi exigeante pour les contribuables américains, mais beaucoup moins pour les autres, surtout s'ils agissent à travers des entités juridiques. Le résultat en est un avantage compétitif indéniable pour les banques américaines. Cet avantage est peut-être à court terme, mais un client qui part ne revient pas de sitôt.

Il est donc indispensable que les autorités suisses, lors de chaque contact avec leurs homologues étrangères, insistent pour que la pression soit mise sur les Etats-Unis pour qu'ils remplacent leur loi FATCA par le standard de l'OCDE. D'une part, ce n'est qu'ainsi que ce dernier sera vraiment efficace, au lieu de tolérer une échappatoire énorme. D'autre part, le travail des banques du monde entier sera simplifié et harmonisé.

L'accès au marché

Les déclarations communes avec l'Argentine, le Brésil, l'Inde, le Mexique, l'Afrique du Sud, le Chili et Israël contiennent une clause qui affirme *« l'intérêt d'aspirer à des allégements et à des améliorations des conditions cadre régissant les activités transfrontalières »*. Il serait bon que des déclarations communes avec l'Arabie Saoudite, les Emirats Arabes Unis, la Chine et la Russie, si elles voient le jour, contiennent une clause semblable.

Mais au-delà des bonnes intentions, il est essentiel que l'accès au marché de ces pays soit concrètement discuté, même si l'ABPS reconnaît qu'il faut être deux pour négocier. En effet, avec le développement des moyens de communication, un client a moins de raisons de venir voir son banquier en Suisse et il faut pouvoir le servir depuis la Suisse comme le font les banques de son pays. A tout le moins, il faudrait pouvoir le renseigner sur l'état de son portefeuille et lui proposer des ajustements, par téléphone ou sur place, et aussi pouvoir démarcher de nouveaux clients sur place.

Si l'on veut développer en Suisse les emplois et les recettes fiscales que les relations bancaires transfrontières génèrent, ces dernières doivent pouvoir se dérouler sans obstacle, réglementaire ou pénal. Il faut donc étudier les allègements que les pays ont accordé à d'autres places financières et demander au moins les mêmes pour la Suisse. N'oublions pas que la Suisse offre elle-même un large accès à son marché.

Une dernière vérification

Le Parlement se prononcera sur les arrêtés fédéraux objets des présentes consultations au cours des sessions d'automne et d'hiver 2017. A ce moment, les intentions des autres pays devraient avoir été dévoilées et l'on pourra constater qui échangera avec qui en septembre 2018. Il sera alors plus facile de vérifier si la Suisse est la seule à accorder l'EAR à un pays donné ou non. Cela étant, il y aura encore certains Etats dont tous les partenaires ne seront pas connus, notamment ceux qui au lieu de s'appuyer sur la convention multilatérale de l'OCDE préfèrent des accords bilatéraux, plus longs à négocier. Il serait donc bienvenu que le gouvernement suisse, avant d'envoyer effectivement des données à un pays en septembre 2019, vérifie à nouveau à ce moment que la Suisse ne fasse pas cavalier seul, et que ses principaux concurrents envoient aussi des renseignements fiscaux à ce pays. A défaut, les clients qui le souhaitent ne manqueront pas de pratiquer l'arbitrage réglementaire et le but de l'EAR, à savoir la lutte contre la soustraction fiscale, ne sera pas atteint.

La question de la confidentialité des données échangées préoccupe aussi nombre de clients, notamment en Amérique latine, en Russie ou en Asie. Leurs soucis ne sont pas d'ordre fiscal, mais concernent bien leur intégrité physique, en raison des risques de corruption et des jeux politiques dans leur pays. L'OCDE et les Etats-Unis ont mené des examens sur place pour vérifier la sécurité des données et le respect des règles de confidentialité, mais il y a souvent une différence entre la théorie et la pratique. Fin 2017, les premiers échanges entre « early adopters » auront eu lieu, mais il sera encore trop tôt pour en tirer des conclusions définitives. En septembre 2018 auront lieu les premiers échanges vers les pays dont les résidents s'inquiètent. Puisque la Suisse ne sera en position d'échanger avec eux qu'un an plus tard, en septembre 2019, elle serait bien inspirée de vérifier juste avant si un scandale lié à une utilisation abusive des renseignements fiscaux est survenu. Dans un tel cas, plutôt que de suspendre l'échange comme le permet le standard de l'OCDE, il vaut mieux tout simplement ne pas le commencer, tant que les défaillances du pays receveur ne sont pas corrigées.

C'est d'ailleurs ce que prévoit le rapport explicatif du DFF du 2 février 2017, au point 4 : « *S'il conclut que les conditions ne sont pas remplies, [le Conseil fédéral] aura toujours la possibilité, avant le premier échange de données prévu pour septembre 2019, de retirer le nom du partenaire de la notification à l'organe de coordination de l'accord EAR, et ce même après que le Parlement aura approuvé l'arrêté pertinent. [...]* ». Alternativement,

« Dans le cas où l'Etat partenaire dispose du cadre légal adéquat, mais n'offrirait pas ou plus les garanties nécessaires en matière de confidentialité au moment de l'échange (par exemple en raison de l'absence de suivi effectif des recommandations du Forum mondial), l'échange se déroulera, conformément à la norme, sur une base non-réciproque jusqu'à ce que l'Etat partenaire ait pris les mesures nécessaires. Dans cette hypothèse, la Suisse recevra donc des données sans devoir en livrer. »

C'est d'ailleurs ce qui est envisagé pour nombre des pays faisant l'objet de la consultation du 2 février 2017 : comme ils ne remplissent pas encore les standards de confidentialité fixés par l'OCDE, la Suisse envisage de ne pas leur transmettre de données s'ils ne se sont pas améliorés d'ici septembre 2019. Ils s'ajouteraient alors aux pays auxquels la Suisse ne fournira de toute façon aucun renseignement – parce qu'ils n'y sont pas intéressés : Emirats arabes unis, Bermudes, Îles Vierges britanniques, Îles Caïman, Îles Turques-et-Caïques.

On voit ainsi que tant le « level playing field » que la confidentialité des données méritent d'être vérifiés une dernière fois avant l'envoi de données à l'étranger. En approuvant les arrêtés fédéraux qui lui sont soumis, le Parlement pourrait inviter le gouvernement à procéder à une telle vérification.

Des années calendaires

Certains pays connaissent des années fiscales différentes de l'année calendaire. Il faut résister à l'envie de leur faire plaisir en leur offrant de faire commencer l'EAR au milieu d'une année. De nombreux revenus, d'intérêts notamment, sont bouclés en fin d'année seulement. Le solde des comptes est calculé avec précision au 31 décembre seulement. Tout EAR qui ne se calquerait pas sur l'année calendaire impliquerait d'énormes frais et complications pour les banques suisses.

* * *

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre très haute considération.

ASSOCIATION DE
BANQUES PRIVÉES SUISSES

Le Directeur :



Jan Langlo

Le Directeur adjoint :



Jan Bumann